

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

Konfliktbarometer 2005

Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Vermittlungen - Friedensschlüsse

14. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positions differenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Sezession
Dekolonisation
Autonomie
System, Ideologie
Nationale Macht
Regionale
Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-level	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
	hoch	4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
		5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2005 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder.

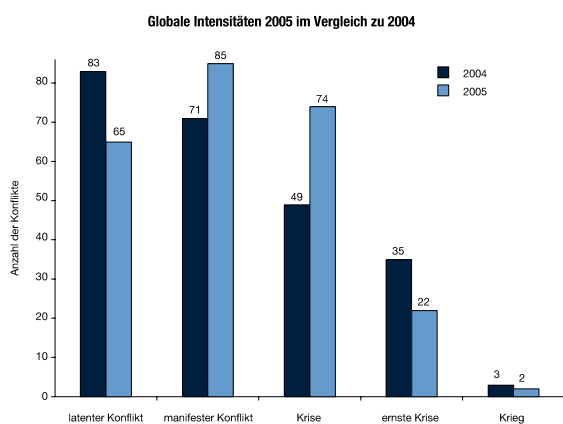
Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben.

Das HIIK übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der gedruckten Daten in dieser Veröffentlichung.

Globales Konfliktpanorama 2005

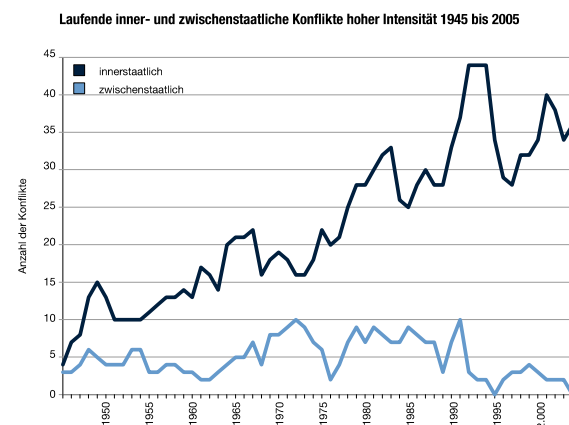
Globale Entwicklung

Im Jahr 2005 werden 249 politische Konflikte gezählt. Zwei davon sind Kriege und 22 ernste Krisen; damit werden insgesamt 24 Konflikte mit massivem Gewalteininsatz ausgetragen. 74 Konflikte werden als Krisen klassifiziert, was bedeutet, daß nur sporadisch Gewalt eingesetzt wird. Dagegen gibt es 151 gewaltlose Konflikte, die in 86 manifeste und 65 latente Konflikte unterschieden werden können.



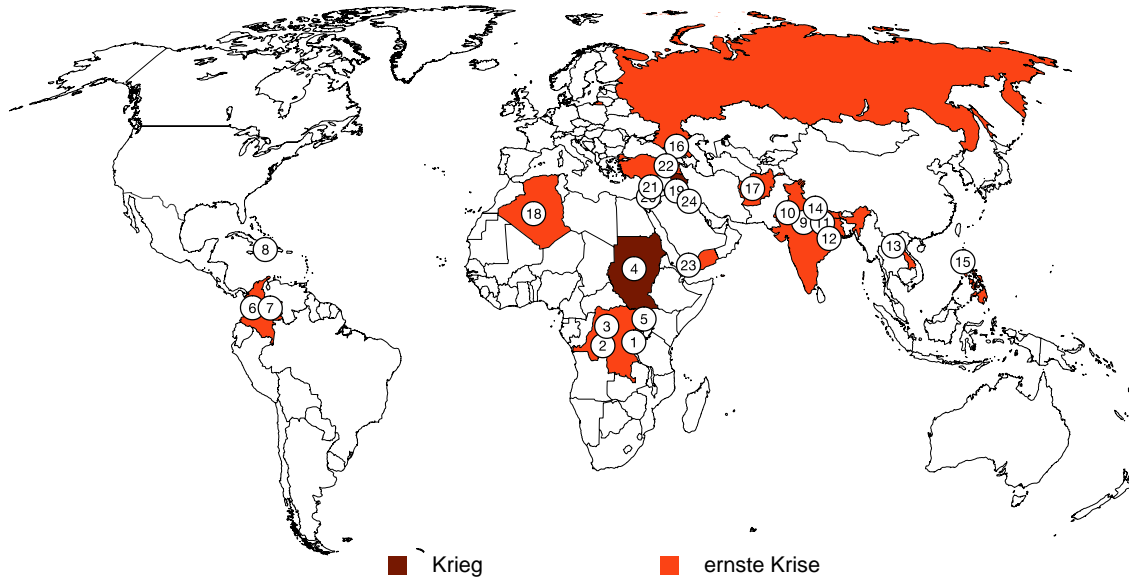
Im Vergleich zum letzten Jahr verringert sich die Anzahl der Konflikte, die auf der höchsten Intensitätsstufe ausgefochten wurden, leicht von drei auf zwei Kriege. Diese beiden, der Konflikt in der Darfur-Region des Sudan [=> Sudan (Darfur)] und der Krieg zwischen der irakischen Übergangsregierung und hauptsächlich sunnitischen Aufständischen [=> Irak (Aufständische)], wurden auch im Vorjahr auf derselben Intensitätsstufe ausgetragen. Der dritte Krieg des letzten Jahres in der DR Kongo [=> DR Kongo (diverse Rebellengruppen)] deeskaliert zu einer ernststen Krise. Die Anzahl ernstster Krisen nimmt signifikant von 25 auf 22 ab, was eine beachtliche Reduktion von Konflikten auf den beiden höchsten Intensitätsstufen darstellt. 2005 werden nur noch 24 hochgewaltsame Konflikte gezählt, im Gegensatz zu 38 im Jahr 2004. Dagegen nimmt die Anzahl der Krisen - die Konflikte mittlerer Intensität darstellen - signifikant von 50 auf 74 zu. Einerseits ist dies auf den

aktuellen Trend der Deeskalation zurückzuführen, da die Mehrzahl der ernststen Krisen des letzten Jahres um eine Stufe deeskaliert. Andererseits ist diese Zunahme bedingt durch die Eskalation einiger zuvor gewaltloser Konflikte auf eine gewaltsame Stufe sowie durch elf neue Konflikte, die gleich im Jahr ihres Auftretens die Schwelle zur Gewalt überschreiten. Die Anzahl der Konflikte auf den beiden nichtgewaltsamen Stufen nimmt um zwei ab, von 154 auf 151. Während manifeste Konflikte von 71 auf 86 ansteigen, nehmen latente Konflikte von 83 auf 65 ab. Insgesamt steigt die Anzahl aller Konflikte von 242 auf 249, da sechs Konflikte 2004 enden und 13 neue 2005 beobachtet werden. Diese Konflikte verteilen sich wie folgt auf die Regionen: In Europa enden 2004 zwei Konflikte und ein neuer Konflikt entsteht 2005. In Afrika endet 2004 kein Konflikt, jedoch wird ein Konflikt als 2005 beendet angesehen, da der Territorialstreit zwischen Niger und Benin durch eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag beigelegt wird. Fünf neue Konflikte treten 2005 in Afrika auf. In den Amerikas endet 2004 ein Konflikt und drei neue entstehen 2005; in Asien und Ozeanien enden zwei und vier sind neu; im Vorderen und Mittleren Orient endet ein Konflikt, kein neuer tritt auf.



Von den 13 neuen Konflikten werden nur zwei ohne Gewalt ausgetragen: Gambia vs. Senegal und Kolumbien vs. Venezuela. Elf werden auf einem niedrigen Gewaltniveau ausgefochten: Frankreich

Weltkarte: Gewaltsame Konflikte mit hoher Intensität 2005



Die von Konflikten betroffenen Länder sind nach der höchsten Intensität markiert.

Legende

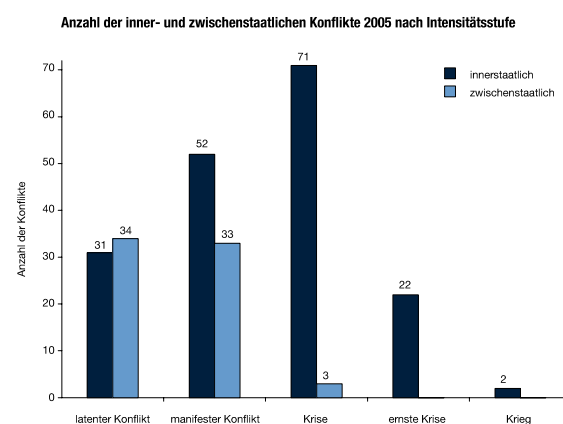
Nr. Konfliktname und Konfliktgegenstände	Nr. Konfliktname und Konfliktgegenstände
Afrika - Ernste Krisen	
1 Burundi (Hutu) - Nationale Macht	13 Laos (LCMD, CIDL) - Nationale Macht, System/ Ideologie, Autonomie
2 DR Kongo (Hema - Lendu) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	14 Nepal (Maoisten) - System/ Ideologie, Nationale Macht
3 DR Kongo (verschiedene Rebellengruppen) - Nationale Macht, Ressourcen	15 Philippines (Abu Sayyaf) - Sezession
5 Uganda (LRA) - Autonomie	Europa - Ernste Krisen
Afrika - Kriege	16 Russland (Tschetschenien) - Sezession
4 Sudan (Darfur) - Regionale Vorherrschaft	Mittlerer Osten und Maghreb - Ernste Krisen
Amerika - Ernste Krisen	17 Afghanistan (Taliban) - Regionale Vorherrschaft, Nationale Macht, System/ Ideologie
6 Kolumbien (ELN) - System/ Ideologie, Nationale Macht	18 Algerien (Islamistische Gruppen) - Nationale Macht, System/ Ideologie
7 Kolumbien (FARC) - Regionale Vorherrschaft, System/ Ideologie	19 Irak (al-Sarkawi Gruppe) - Nationale Macht, System/ Ideologie
8 Haiti - Nationale Macht	20 Israel (Hisbollah) - System/ Ideologie
Asien - Ernste Krisen	21 Israel (Palastinenser) - Sezession, System/ Ideologie, Ressourcen
9 Indien (Assam) - Sezession, Ressourcen	22 Türkei (Kurden) - Autonomie
10 Indien (Kashmir) - Sezession	23 Jemen (Gläubige-Jugendbewegung) - System/ Ideologie
11 Indien (Manipur) - Sezession	Mittlerer Osten und Maghreb - Kriege
12 Indien (Naxalites) - System/ Ideologie	24 Irak (Rebellen) - Nationale Macht, System/ Ideologie

(randalierende Jugendliche), Äthiopien (Opposition), Äthiopien (Oromo - Somali), Guinea (Mordanschlag), Sudan (Östliche Front), Belize (Opposition), Kolumbien (Guambianos), Bangladesch (JMP), Indien (GSU), Kirgisien (Opposition) und Usbekistan (Opposition). Um längerfristige Entwicklungstrends darzustellen, werden die Fünf Intensitätsstufen zu drei Kategorien zusammengefasst: Die beiden nichtgewaltsamen Intensitätsstufen werden als niedrige Intensität kategorisiert, Krisen als mittlere Intensität und ernste Krisen sowie Kriege als hohe Intensität. Zudem zeigt die Graphik auch die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte. Wie die Kurve verdeutlicht, hat die Anzahl der jährlich beobachteten Konflikte nahezu kontinuierlich zugenommen, von 74 im Jahr 1945 auf 249 im Jahr 2005. Die Mehrheit der Konflikte sind Konflikte niedriger Intensität. Bezüglich der hochgewaltsamen Konflikte ist ein kontinuierlicher und meist regelmäßiger Anstieg festzustellen, von sieben 1945 auf 38 im Jahr 2004. Damit ist die jüngste Entwicklung einer Abnahme hochgewaltsamer Konflikte auf 24 im Jahr 2005 sehr auffällig. Drei Phasen hoher Eskalation können unterschieden werden: 1945 bis 1949 von sieben auf 20, 1976 bis 1979 von 22 auf 37 und 1989 bis 1991, in der Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion, von 31 auf 47 - der absolute Höhepunkt hochgewaltsamer Konflikte. Wenn man die Graphen von Konflikten hoher und mittlerer Intensität vergleicht, ist eine diametrale Entwicklung im Anstieg und Fall der Kurven zu beobachten. Nimmt die Anzahl der hochgewaltsamen Konflikte zu, nimmt die der Konflikte mittlerer Intensität ab und vice versa. Dies indiziert, daß deeskalierende hochgewaltsame Konflikte häufig auf einem gewaltsamen Niveau verbleiben, während Krisen häufig zu hochgewaltsamen Konflikten eskalieren. In vielen Fällen oszillieren einzelne Konflikte zwischen den Stufen einer Krise und einer ernsten Krise beziehungsweise eines Krieges.

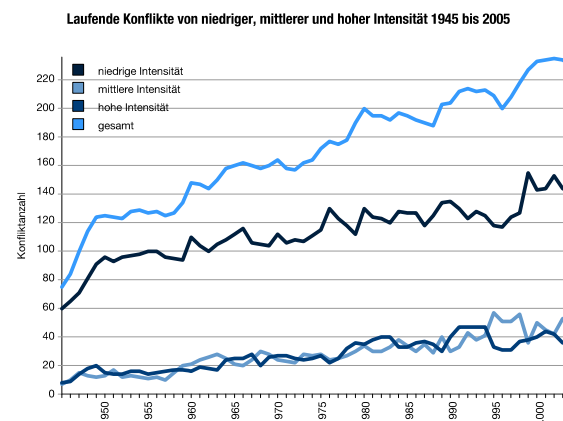
Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

Im Jahr 2005 werden insgesamt 178

innerstaatliche und 71 zwischenstaatliche Konflikte gezählt. Keiner der beiden Kriege und keine der 22 ernstesten Krisen finden zwischen Staaten statt, alle werden innerstaatlich ausgetragen. Dies stellt ein sehr bemerkenswertes Ergebnis dar. Nur in drei zwischenstaatlichen Konflikten (Armenien vs. Aserbaidschan, Nigeria vs. Kamerun, Bangladesch vs. Indien) wird von den gegnerischen Parteien gelegentlich Gewalt angewandt, dagegen in 71 innerstaatlichen Konflikten. Auch auf der Stufe der manifesten Konflikte ist die Anzahl innerstaatlicher Konflikte mit 52 größer als die zwischenstaatlicher mit 34.



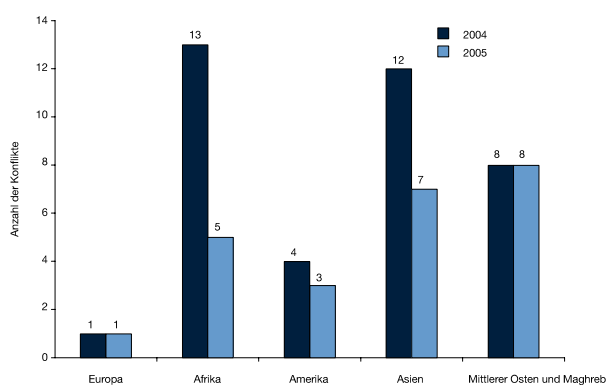
Nur bei den latenten Konflikten überwiegen die zwischenstaatlichen die innerstaatlichen mit vier Konflikten mehr. Die Analyse langfristiger Trends, für die die beiden höchsten Intensitätsstufen - ernste Krise und Krieg - zu einer Kategorie zusammengefasst wurden, zeigt deutlich, daß von Beginn des Beobachtungszeitraumes an innerstaatliche Gewalt gegenüber zwischenstaatlicher vorherrschend ist.



Regionale Entwicklungen

Die Amerikas sind mit 24 die Region mit der geringsten Konfliktanzahl allgemein. Mit 86 von 249 Konflikten insgesamt ist fast ein Drittel aller Konflikte in Asien und Ozeanien zu verorten. Diese Region hat mit 79 auch die höchste Anzahl an Konflikten geringer und mittlerer Intensität. In Asien und Ozeanien werden 28 Krisen ausgetragen, gefolgt von Afrika südlich der Sahara mit sechs weniger und Europa an dritter Stelle mit halb so vielen Krisen wie Afrika. Bemerkenswert ist, daß Europa in Bezug auf die Gesamtzahl der Konflikte an dritter Stelle steht, aber mit nur einer ernstesten Krise [=> Russland (Tschetschenien)] die kleinste Anzahl hochgewaltsamer Konflikte zu verzeichnen hat. Im Unterschied zu den vorherigen Jahren werden mit acht die meisten hochgewaltsamen Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient ausgetragen; Asien und Ozeanien kommt mit sieben an zweiter Stelle, Afrika folgt mit Fünfen. Dies ist gerade die umgekehrte Reihenfolge wie in den vergangenen Jahren, was darauf zurückzuführen ist, daß die Anzahl der hochgewaltsamen Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben ist, während in Asien und Ozeanien ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen ist und ein noch deutlicherer in Afrika.

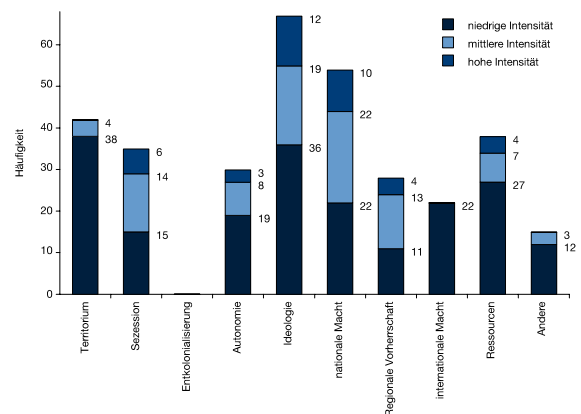
Konflikte hoher Intensität 2005 im Vergleich zu 2004



Zudem ist bemerkenswert, daß in Asien und Ozeanien im zweiten Jahr in Folge keine Kriege zu verzeichnen sind und auch nur ein Krieg in Afrika: Sudan (Darfur). Der zweite Krieg in Afrika im Jahr 2004 [=> DR Kongo (diverse Rebellengruppen)] deeskaliert um eine Stufe. Im

Vorderen und Mittleren Orient wird wie im Vorjahr nur ein Krieg gezählt [=> Irak (Aufständische)]. Europa ist die Region mit der geringsten Anzahl an hochgewaltsamen Konflikten, sowohl absolut (einer) als auch in Relation zur Anzahl der Staaten. Der Vorderen und Mittleren Orient hat sowohl die höchste Anzahl von Konflikten allgemein pro Staat wie auch von hochgewaltsamen Konflikten pro Staat.

Globale Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2005 nach Intensitätsgruppen



Asien und Ozeanien hat zwar fast ein Drittel aller Konflikte weltweit, aber weniger Konflikte pro Staat als der Vorderen und Mittleren Orient - und zählt zudem mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Vergleicht man die Anzahl der hochgewaltsamen Konflikte in der Region in den Jahren 2004 und 2005, zeigt sich ein signifikanter Rückgang in Afrika (von 13 auf Fünf) und Asien und Ozeanien (von zwölf auf sieben), ein leichter Rückgang in den Amerikas (von vier auf drei), während die Zahlen in Europa (einer) und dem Vorderen und Mittleren Orient (acht) gleich bleiben.

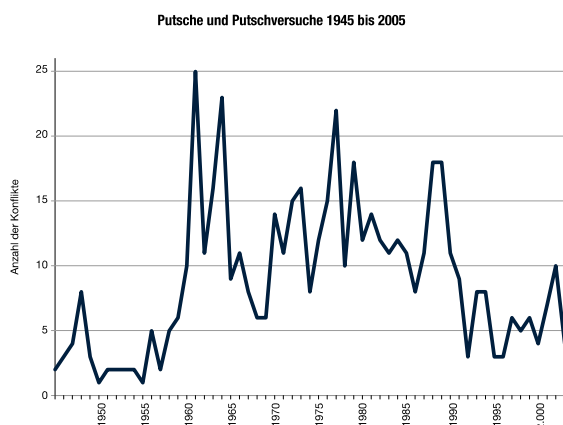
Konfliktgegenstände

2005 werden die meisten Konflikte aufgrund ideologischer Differenzen beziehungsweise mit dem Ziel der Veränderung des politischen Systems ausgetragen (67), der zweithäufigste Konfliktgrund ist das Streben nach der nationalen Macht (53). Mehr als die Hälfte der Konflikte um nationale Macht, aber weniger als die Hälfte der ideologisch bedingten Konflikte werden gewaltsam ausgetragen, wobei der Gewalteinsatz häufig nur sporadisch ist. Keiner der Dispute um internationale Macht - ein zwischenstaatlicher

Gegenstand - ist 2005 gewaltsam. Territorialansprüche, ein weiterer zwischenstaatlicher Gegenstand, werden nur selten gewaltsam ausgefochten - wobei jedoch alle gewaltsamen zwischenstaatlichen Konflikte in diesem Jahr Territorien zum Gegenstand hatten. Dagegen werden Konflikte um die innerstaatlichen Gegenstände Sezession und Regionale Vorherrschaft in mehr als der Hälfte der Fälle gewaltsam ausgefochten. Auch (innerstaatliche) Autonomiekonflikte werden in mehr als einem Drittel der Fälle mit Gewalt ausgefochten. Streitigkeiten um Ressourcen sind in weniger als einem Drittel der beobachteten Fälle gewaltsam. Dabei muß beachtet werden, daß Konflikte häufig um mehr als nur einen Gegenstand geführt werden, wobei Ressourcen derjenige Gegenstand sind, der sehr häufig in Verbindung mit nationaler und internationaler Macht sowie mit regionaler Vorherrschaft, Autonomie und Sezession auftritt.

Putsche

Nach dem letztjährigen Höhepunkt von zehn versuchten Putschen gibt es 2005 drei erfolgreiche und keine gescheiterten Putschversuche.



In Mauretanien - das hier zur Region des Vorderen und Mittleren Orient gezählt wird - stürzt eine Gruppe der Republikanischen Garde das Regime von Präsident Maaouiya Ould Taya, zwei Jahre, nachdem ein Putschversuch gegen ihn scheiterte. Die beiden anderen Putsche ereignen sich in Asien. In Nepal setzt König Gyanendra die Regierung ab und ruft am 1. Februar den Notstand aus. In Kirgisien stürzt das Volk nach gefälschten

Wahlen Präsident Askar Akayev, der im April nach Russland flieht.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Von 2004 auf 2005 sind 171 Konflikte auf derselben Intensitätsstufe verblieben. Insgesamt 34 Konflikte sind eskaliert, neun davon um zwei Stufen, 25 um eine. 31 Konflikte sind deeskaliert, sieben davon um zwei Stufen, 24 um eine. Alle neun Konflikte, die um zwei Stufen eskaliert sind, haben sich von einem latenten Konflikt zu einer Krise entwickelt. Alle sieben Konflikte, die um zwei Stufen deeskaliert sind, sind von gewaltsam zu gewaltlos transformiert: Zwei frühere Krisen haben sich zu latenten Konflikten gewandelt, Fünf ernste Krisen zu manifesten Konflikten. Von 31 deeskalierten Konflikten werden 17 im Jahr 2005 gewaltlos ausgefochten.

Intensitätsänderungen	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	0
Eskalation um zwei Stufen	9
Eskalation um einer Stufe	25
Keine Änderung	171
Deeskalation um einer Stufe	24
Deeskalation um zwei Stufen	7
Deeskalation um drei Stufen	0
Deeskalation um vier Stufen	0

Terrorismus

Terrorismus ist kein neues Phänomen. Europa ist seit Jahrzehnten mit dieser Art von Gewalt konfrontiert worden, mit der ETA in Spanien oder der IRA in Nordirland. Doch mit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 scheint der Terrorismus eine neue Qualität erreicht zu haben. Von fundamentalistischem religiösen Glauben angetrieben, plant das transnationale al-Qaida-Netzwerk Angriffe - üblicherweise Selbstmordattentate - weit im voraus, um große Effekte mit massivem Ausmaß an Zerstörung und vielen Opfern zu erzielen, die die größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollen. Dieses Ziel wird sicherlich mit dem letztjährigen Angriff auf das System des öffentlichen

Nahverkehrs in Madrid, Spanien, sowie mit den diesjährigen Ereignissen im Vereinigten Königreich und Jordanien erreicht. Am 7. Juli tötet eine Serie von Bombenanschlägen auf das öffentliche Nahverkehrssystem in London 56 Menschen, einschließlich der vier Selbstmordattentäter britischer Nationalität. Etwa 700 Personen werden verletzt. Nach polizeilichen Hausdurchsuchungen in Leeds, Luton und Birmingham wird am 14. Juli der Kopf hinter den Anschlägen identifiziert - ein Pakistaner mit Verbindungen zu Osama Bin Laden, dem Führer der islamistischen Terrororganisation al-Qaida. Am 21. Juli werden vier weitere Versuche unternommen, Bombenanschläge in London zu verüben. Sieben Verdächtige werden festgenommen und angeklagt. Am 9. November werden drei Hotels in der jordanischen Hauptstadt Amman von Selbstmordattentätern mit Bomben angegriffen. Die irakische al-Qaida-Gruppe unter Führung des jordanischen Staatsbürgers Abu Mussab al Sarkawi übernimmt die Verantwortung für die Anschläge. Obwohl solche Vorfälle Auswirkungen auf diejenigen internationalen Beziehungen haben, die von der terroristischen Bedrohung herausgefordert werden, werden sie hier nicht als separate Konflikte betrachtet. In den dargestellten Fällen beziehen sich die Forderungen nicht auf Konflikte, die zwischen dem Angreifer und dem Angegriffenen bestehen, sondern stehen häufig in Verbindung mit anderen Konflikten, z.B. dem Irak-Konflikt oder dem Nahost-Konflikt, und zielen auf einen Wechsel der (Außen-)Politik der angegriffenen Länder ab. Terroristische Anschläge werden von uns aufgenommen, jedoch nicht als separate Konflikte, sondern als Maßnahmen des Konfliktaustrags. So beispielsweise in Konflikten wie Irak (al Sarkawi), Israel (Palästinenser), Philippinen (Abu Sayyaf), Spanien (Baskenland) oder Vereinigtes Königreich (Nordirland). In diesen Fällen werden terroristische Mittel von einer Konfliktpartei als Maßnahme zur Verfolgung von Interessen eingesetzt, die nach unserer Definition mit nationalen Werten verbunden sind.

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

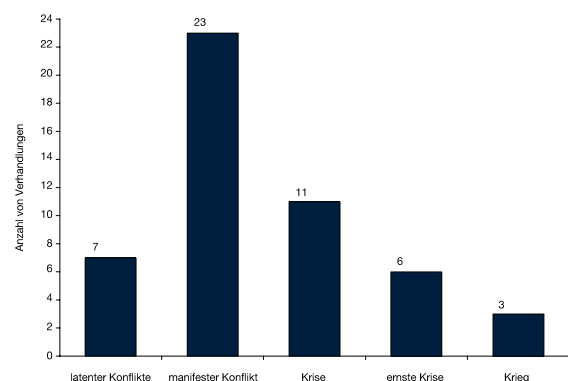
Verhandlungen

In mindestens 24 der 249 laufenden Konflikte werden während des Jahres Gespräche, Verhandlungen und Konferenzen abgehalten. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Konfliktparteien miteinander verhandeln, ist in denjenigen Konflikten, die auf den höchsten beiden Intensitätsstufen ausgetragen werden, am größten. Die meisten Gespräche finden statt in Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan, gefolgt von Nordkorea vs. Südkorea und der Elfenbeinküste (Rebellen).

Verträge

Insgesamt werden 2005 22 Verträge oder Abkommen zur Konfliktregulierung unterzeichnet, fünf davon in hochgewaltsamen Konflikten, z.B. in Burundi (Hutu) und Sudan (Darfur). Drei der geschlossenen Verträge sind Friedensverträge [Sudan (SPLM/A), Senegal (MFDC), Indonesien (Aceh)], drei weitere Waffenstillstandsabkommen [Burundi (Hutu), Elfenbeinküste (Rebellen), Indien (Bodos - Santhals)].

Anzahl von Verhandlungen 2005 nach Intensität



Jedoch bedeuten diese Abkommen keine endgültige Lösung der Konflikte. Die anderen Abkommen betreffen die Regelung von Verfahrensweisen oder Konfliktgegenständen oder sind allgemeinerer Natur, wie etwa Memoranden der Verständigung und Prinzipienklärungen.

Überblick: Laufende Peacekeeping-Missionen der UNO

Missionskürzel	Name der Mission	Beginn	Land
Europa			
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus	1964	Zypern
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo	1999	Serbien und Montenegro
UNOMIG	UN Observer Mission to Georgia	1993	Georgien
Afrika			
MONUC	UN-Mission in the Democratic Republic of the Congo	1999	DR Kongo
ONUB	UN-Mission for Burundi	2003	Burundi
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone	1999	Sierra Leone
UNMEE	United Nations Mission in Ehtioopia and Eritrea	2000	Äthiopien/ Eritrea
UNMIL	UN-Mission in Liberia	2003	Liberia
UNMIS	UN-Mission in Sudan	2005	Sudan
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire	2004	Elfenbeinküste
Amerika			
MNUSTAH	UN Stabilization Mission in Haiti	2004	Haiti
Asien und Ozeanien			
UNMOGIP	United Nations Mission Observers Group in Indien and Pakistan	1949	Indien und Pakistan
UNOTIL	UN Office in Timor-Leste	2005	Ost Timor
Vorderer und Mittlerer Orient			
MINURSO	UN-Mission for the Referendum in Western Sahara	1991	Morokko (Westsahara)
UNAMA	UN Assistance Mission in Afghanistan	2002	Afghanistan
UNDOF	UN Disengagement Observer Force Golan Heights	1974	Syrien - Israel
UNIFIL	UN Interim Force in Libanon	1978	Libanon
UNTSO	UN Truce Supervisory Organization Middle East	1948	Naher Osten

Internationale Organisationen

Am Ende des Jahres 2005 unterhält die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) 18 Friedensmissionen, darunter zwei politische Missionen. Zwei neue Friedensmissionen werden eingerichtet und zwei enden während des Beobachtungszeitraumes. Am 20. Mai beginnt die politische Mission des UN-Büros in Osttimor (UNOTIL) mit dem Ziel, die Kapazitätsentwicklung als kritisch eingestufte Institutionen zu unterstützen, die Demokratie zu stärken sowie die Entwicklung zum Frieden zu fördern. Am 24. März beschließt die UN, die UN-Mission im Sudan (UNMIS) zu entsenden, um die Implementation des Friedensabkommens vom 9. Januar zu unterstützen, das zwischen der sudanesischen Regierung und der Befreiungsbewegung/-armee des sudanesischen Volkes geschlossen wurde. Zum Ende des Jahres

sind 3.519 Soldaten im Sudan stationiert. Diese Mission unterstreicht die verstärkten Bemühungen, die die UN in Afrika in den vergangenen Jahren unternommen hat. Im Jahre 2004 hatte die UN erstmals sechs Missionen gleichzeitig in dieser konflikterschütterten Region unterhalten (ONUB in Burundi, UNOCI in der Elfenbeinküste, UNMIL in Liberia, MONUC in der DR Kongo, UNMEE in Äthiopien und Eritrea sowie UNAMSIL in Sierra Leone). 2005 steigt diese Zahl mit der Sudan-Mission auf sieben an. Somit stellt Afrika die Region mit den meisten UN-Missionen dar, gefolgt vom Vorderen und Mittleren Orient mit fünf laufenden Friedensmissionen (die politische Mission UNAMA in Afghanistan, UNDOF auf den Golanhöhen zwischen Syrien und Israel, MINURSO in der Westsahara, Marokko, UNIFIL im Libanon sowie UNTSO in Israel).

Wie im vorigen Jahr unterhält die UN drei Missionen in Europa (UNFICYP auf Zypern, UNOMIG in Abchasien, Georgien sowie UNMIK im Kosovo, Serbien und Montenegro). Obwohl Asien und Ozeanien die Region mit der höchsten Anzahl gewaltsamer Konflikte ist, sind nur drei UN-Missionen dort aktiv (UNOTIL folgte auf UNMISET in Osttimor; UNMOGIP in Indien und Pakistan). Eine dieser Missionen, UNMISET, endete am 20. Mai, wurde jedoch durch UNOTIL abgelöst. Eine allgemeine Beobachtung im Bezug auf UN-Friedensmissionen ist, daß die Internationale Gemeinschaft den Blauhelmen robustere Mandate gibt und ihre Anstrengungen in gewaltsamen Konflikten verstärkt. In vier Fällen werden UN-Truppen in hochgewaltsame Konflikte entsandt, und zwar in den Krieg im Sudan (Darfur) sowie in die ernstesten Krisen in Burundi (Hutu), der DR Kongo (diverse Rebellengruppen) und Israel (Palästinenser). Im Oktober sind insgesamt 61.106 Soldaten aus 107 verschiedenen Ländern in Friedensmissionen tätig. Im Jahr 2004 waren es 62.790 aus 103 verschiedenen Ländern. Pakistan steuert die meisten Soldaten bei (8.183 bis 9.914 Mann im Einsatz während des Jahres), gefolgt von Bangladesch (7.923 bis 9.457) und Indien (5.154 bis 6.878). 248 bis 297 Deutsche sind in Fünf Missionen stationiert. Abgesehen von Friedensmissionen kann die UN auch Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens ergreifen, die nicht den Einsatz von Waffengewalt umfassen. Zu derartigen Maßnahmen zählen Sanktionen. 2005 erhält die UN Sanktionen gegen neun Staaten aufrecht: Afghanistan, DR Kongo, Elfenbeinküste, Irak, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia und Sudan. Außer den UN unterhalten einige Regionalorganisationen im Jahr 2005 Friedensmissionen, z.B. die Afrikanische Union (AU) in Sudan (Darfur), die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft Zentralafrikas (CEMAC) in der Zentralafrikanischen Republik und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Haiti und Surinam. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält insgesamt sieben Missionen, die meisten davon auf dem Balkan. Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) leitet Friedensmissionen im Kosovo und in Afghanistan.

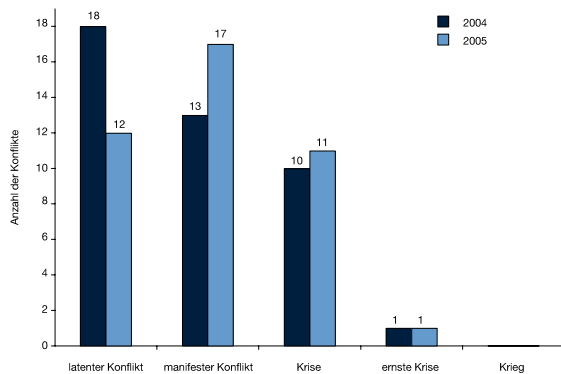
Autoritative Entscheidungen des IGH

Am 29. September erhebt Costa Rica Klage gegen Nicaragua. Der Fall, der zu zehn bereits 2004 anhängigen Fällen hinzukommt, wird dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag in einem Streit über navigatorische und damit verbundene Rechte Costa Ricas am San Juan-Fluss vorgelegt. Der IGH fällt im Beobachtungszeitraum drei Entscheidungen. Am 15. Dezember 2004 kommt der IGH zu dem Schluss, daß die Entscheidung in der Klage über die Rechtmäßigkeit des Gewalteinsatzes, die Serbien und Montenegro gegen Belgien, Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien, Kanada, die Niederlande und Portugal eingereicht hatte, nicht in seinen Zuständigkeitsbereich falle. Zudem entscheidet der Gerichtshof am 10. Februar, daß auch der Streit zwischen Deutschland und Liechtenstein über gewisses Eigentum nicht unter seine Jurisdiktion falle. Am 1. Juni 2001 hatte Liechtenstein die Klage über eine Entschuldigung für seine Staatsbürger, die nach dem Zweiten Weltkrieg von ehemals tschechoslowakischem Territorium vertrieben worden waren, eingereicht. Am 12. Juli füllt der Gerichtshof eine Entscheidung im Grenzstreit zwischen Benin und Niger. Er urteilt, daß die Insel Lt Goungou im Niger-Fluß zu Niger gehört. 2005 steht kein Beratungsfall an.

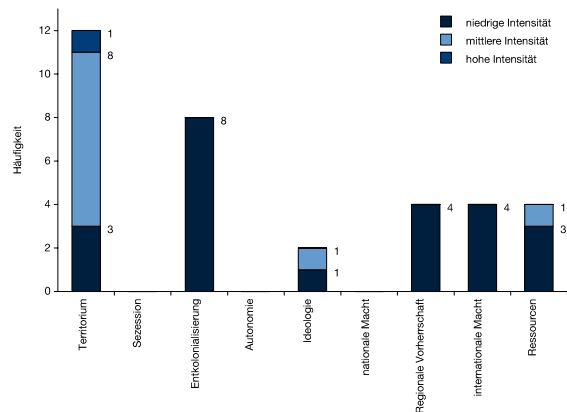
Europa

Im diesjährigen Untersuchungszeitraum werden in Europa 41 Konflikte gezählt. In Frankreich beobachten wir seit diesem Jahr einen neuen Konflikt zwischen den französischen Behörden und randalierenden Jugendlichen. Zwei Konflikte konnten Ende 2004 beendet werden: Georgien (Adjarien) und Georgien (Putsch). Im Vergleich zum vergangenen Jahr steigt die Anzahl der gewaltsamen Konflikte von 11 auf 12. Zwei Konflikte überschreiten die Grenze zur Gewalttätigkeit: der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan über die Provinz Nagorno-Karabach und der Konflikt in der südlichen Provinz Presevo in Serbien. Die einzige ernste Krise in Europa ist der Konflikt in Russland (Tschetschenien). Abspaltung, Autonomie und Territorium sind weiterhin die am weitesten verbreiteten Konfliktgegenstände in Europa. Die konfliktreichsten Regionen sind der Kaukasus und der Balkan.

Konfliktintensitäten in Europa 2005 im Vergleich zu 2004



Häufigkeit von Konfliktgegenständen in Europa 2005 nach Intensitätsgruppen



Armenien - Aserbaidschan

Intensität: 3 Änderung: ↗ Beginn: 1988
 Konfliktparteien: Armenien vs. Aserbaidschan
 Konfliktgegenstand: Territorium

Im Konflikt um die territoriale Zugehörigkeit der völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehörenden, aber seit 1992 von Armenien besetzten und mehrheitlich von Armeniern bewohnten Enklave Berg-Karabach zeichnet sich auch in diesem Jahr keine politische Lösung ab. Im Februar und März kommt es zur Verletzung des Waffenstillstandes und Schusswechseln an den Korridor Grenzen von Berg-Karabach. Mehrere Treffen der Außenminister und Präsidenten beider Länder führen trotz leichter Annäherung zu keinem nennenswerten Verhandlungsdurchbruch. Hierbei bildet der Status der Enklave Berg-Karabach weiterhin den Hauptstreitpunkt. Armenien beansprucht die Enklave für sich. Es gibt keinerlei Anzeichen, daß Armenien die Besatzung beenden wird. Auf der anderen Seite betrachtet Aserbaidschan Berg-Karabach weiterhin als

aserbaidschanisches Territorium und macht Verhandlungen über dessen zukünftigen Status von einem vorherigen Abzug der armenischen Truppen abhängig. Die aserbaidschanischen Parlamentswahlen im November führen zu keiner Änderung der aserbaidschanischen Position bezüglich der Berg-Karabach Frage.

tw

Aserbaidschan (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt in Aserbaidschan zwischen der Opposition und der Regierung von Präsident Ilham Aliyew besteht weiterhin und erreicht im November einen neuen Höhepunkt. Im März verhaftet die Polizei mehrere Journalisten, die sich kritisch gegenüber der Regierung geäußert haben. Die Opposition wirft der Regierung vor, hinter der Ermordung eines Journalisten zu stehen und organisiert daraufhin Massenproteste. Nachdem

Zusammenfassung: Konflikte in Europa 2005

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Armenien - Aserbaidschan	Armenien vs. Aserbaidschan	Territorium	1988	↗	3
Aserbaidschan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2003	•	3
Bosnien und Herzegowina (Republika Srpska - Föderation von Bosnien und Herzegowina)	Serbische Republik vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation	Autonomie	1995	•	2
Dänemark - Kanada (Insel Hans)	Dänemark vs. Kanada	Territorium	1973	↗	2
Frankreich (Korsika)	korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Frankreich (randalierende Jugendliche)	Randalierer vs. Regierung	Sonstige (soziale Lage)	2005	neu	3
Georgia (Abchasien)	Abchasische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Georgia (Südossetien)	Südossetische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Kaspisches Meer*	Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Turkmenistan vs. Türkei*	Territorium (Seegrenze), Ressourcen (Öl und Gas), internationale Macht	1993	•	2
Kroatien (Krajina, West- und Ost Slawonien)	kroatische Serben, militante Serben vs. Regierung	Autonomie	1992	↗	2
Lettland (Russischsprachige Minderheit)	russischsprachige Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1991	•	2
Liechtenstein - Deutschland	Liechtenstein vs. Deutschland	Andere	1998	•	1
Makedonien (albanische Minderheit)	albanische Minderheit vs. Regierung	Sezession	1991	•	3
Makedonien - Griechenland	Makedonien vs. Griechenland	Territorium, sonstige (Namensstreit)	1991	•	2
Moldau (Transnistrien)	transnistrische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	2
Rumänien (Ungarische Minderheit)*	ungarische Minderheit vs. Regierung *	Autonomie	1989	•	1
Rumänien - Ukraine*	Rumänien vs. Ukraine*	Territorium (Seegrenze), Ressourcen (Öl und Gas)	1991	•	1
Russland (Tschetschenien)	Tschetschenische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1989	•	4
Russland - Georgien*	Russland vs. Georgien*	Internationale Macht	1992	↘	2
Russische Föderation - Lettland*	Russische Föderation vs. Lettland*	Internationale Macht	1994	•	2
Russland - Norwegen (Barentssee)	Russland vs. Norwegen	Territorium, Ressourcen	1947	↗	2
Russland- Ukraine*	Russische Federation vs. Ukraine*	Territorium	2003	•	1
Serbien und Montenegro (ungarische Minderheit)*	Ungarische Minderheit in der Vojvodina vs. Serbien*	Autonomie	1998	•	2
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Albanische Mehrheit im Kosovo vs. serbische Regierung	Sezession	1989	•	3
Serbien und Montenegro (Montenegro)*	Serbien vs. Montenegro*	Sezession	1997	•	1
Serbien and Montenegro (UCPMB)	südserbische Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja, UCPMB vs. serbische Regierung	Sezession	2000	↑	3
Slowakei (ungarische Minderheit)*	ungarische Minderheit vs. Regierung*	Autonomie	1993	•	1
Slowenien- Kroatien*	Slowenien vs. Kroatien*	Territorium	1991	•	2
Spain (Basque provinces)	ETA vs. Regierung	Sezession	1959	•	3
Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla)*	Spanien vs. Marokko*	Territorium	1961	•	1
Spanien - Marokko (Petersilieninsel)*	Spanien vs. Marokko*	Territorium	1956	•	1
Spanien - Vereinigtes Königreich (Gibraltar)*	Spanien vs. Vereinigtes Königreich*	Territorium	1954	•	1
Türkei - Armenien	Türkei vs. Armenien	Sonstige (Anerkennung des Völkermordes)	1915	↗	2
Türkei - Griechenland*	Türkei vs. Griechenland*	Territorium	1973	•	2

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Ukraine (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2004	•	2
Ungarn - Rumänien*	Ungarn vs. Rumänien*	Autonomie	1990	•	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit)*	Ungarn vs. Slowakei*	Autonomie	1993	•	1
Ungarn - Slowakei (Ressourcen)*	Ungarn vs. Slowakei*	Ressourcen	1989	•	1
Vereinigtes Königreich (Nordirland)	Sinn Féin, IRA vs. Regierung, UUP, DUP, UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers	Sezession	1968	•	3
Weißrussland - Polen	Weißrussland vs. Polen	Internationale Macht	1994	↗	2
Zypern (Nordzypern)	Nordzypern vs. Republik Zypern	Sezession	1963	•	2

-Legende: siehe Seite 11

der Europarat die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert hatte, verkündet Aliyew die Freilassung von 114 Gefangenen. Zwischen Mai und Oktober finden mehrmals regimekritische Demonstrationen und Kundgebungen in der Hauptstadt Baku statt. Ende Oktober erleichtert Aliyew internationalen Wahlbeobachtern den Zugang zur Überwachung der Wahlen. Menschenrechtsorganisationen beklagen jedoch Einschüchterung und Gewaltmaßnahmen gegenüber regierungskritischen Gruppierungen im Vorfeld der Wahlen. Die Präsidentschaftswahlen am 6. November, aus denen Aliyew als Sieger hervorgeht, entsprechen nicht demokratischen Standards und werden sowohl von der Opposition wie auch von internationalen Beobachtern als unfair bezeichnet. Die Opposition organisiert daraufhin Massendemonstrationen und kündigt an, ihre Proteste so lange fortzusetzen, bis die Wahlen annulliert werden. Am 12. November demonstrieren in Baku 20.000 Menschen gegen das Wahlergebnis. Die Regierung erklärt ihrerseits, daß in Aserbaidschan keine Entwicklung wie in der Ukraine zu erwarten sei. Den Vorwurf des Wahlbetrugs beantwortet die Regierung mit der Entlassung von zwei Gouverneuren, die man für die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen verantwortlich macht. In einem Wahlkreis sollen die Stimmen neu ausgerechnet werden.

Bosnien und Herzegowina (Republika Srpska - Föderation von Bosnien und Herzegowina)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1995
 Konfliktparteien: Republika Srpska vs. Bosnienk-Croat Federation
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Der Konflikt zwischen den beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina (BiH), der Republika Srpska und der Föderation Bosnien-Herzegowina, setzt sich fort. Nach monatelanger Ablehnung gibt das Parlament der Republika Srpska (RS) am 4. Oktober dem Druck des Bevollmächtigten der internationalen Gemeinschaft, Paddy Ashdown, und der EU nach und stimmt einer Polizeireform zu. Diese Reform zielt ab auf einen Zusammenschluss der Polizeikräfte der beiden Entitäten und gilt als Voraussetzung für die Eröffnung von Gesprächen über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit der EU vor Ende des Jahres. Zuvor hatte das Parlament der RS am 30. August den Weg zur Bildung einer einheitlichen bosnischen Staatsarmee freigemacht. Obwohl im Laufe des Jahres einige mutmaßliche Kriegsverbrecher verhaftet oder vor Gericht gestellt werden, sind die beiden Hauptverdächtigen des Bosnienkriegs, Ratko Mladic und Radovan Karadzic, weiterhin flüchtig. Am 11. November trifft sich der Präsident der RS Dragan Cavic mit seinem serbischen Amtskollegen Boris Tadic und dem serbischen Ministerpräsidenten Vojislav Kostunica in Belgrad zu Gesprächen über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal. Man ist sich einig, daß die flüchtigen Ratko Mladic und Radovan Karadzic nach Den Haag überstellt werden sollen. Anlässlich einer Konferenz in

Brüssel, bei der über Ergänzungen zur Dayton-Verfassung verhandelt wird, äußert sich Cavic im November strikt gegen Verfassungsänderungen in BiH, die die Existenz der RS gefährden könnten. Stattdessen erklärt er, daß die bosnisch-serbischen Parteien bereit seien, den Vorschlag der bosnischen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) über die Schaffung einer dritten, kroatischen Entität zu erörtern. Am 21. November stimmen die EU-Außenminister zu, Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen zwischen der EU und BiH zu beginnen. aog

Dänemark - Kanada (Insel Hans)

Intensität: 2 Änderung: ↗ Beginn: 1973
 Konfliktparteien: Denmark vs. Canada
 Konfliktgegenstand: Territorium

Noch immer beanspruchen sowohl Kanada als auch Dänemark die Eigentumsrechte an der kleinen, unbewohnten Insel Hans, die in der Mitte des Kennedy Kanals in der Nares-Straße zwischen dem kanadischen Arktis-Archipel und dem zu Dänemark gehörenden Grönland liegt. Als die Grenzen 1973 festgelegt wurden, blieb diese Frage ungeklärt. Wiederholt hissen seitdem die kanadische bzw. die dänische Seite in symbolischer Geste ihre Flaggen auf der Insel. Im Juli erreicht der Konflikt einen neuen Höhepunkt, als der kanadische Verteidigungsminister Bill Graham seinen Fuß auf die Insel setzt, um den kanadischen Anspruch zu untermauern. Als Antwort darauf schickt die dänische Regierung einen Protestbrief. Im August entsendet Kanada zwei Kriegsschiffe in die Region. Im September einigen sich beide Staaten darauf, historische Dokumente und Karten zu überprüfen, um Klarheit darüber zu erlangen, wem die Insel rechtmäßig gehört. Für den Fall, daß keine Einigung erzielt wird, soll der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Frage entscheiden.

Frankreich (Korsika)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: Corsican Nationalists, FLNC vs. Regierung

Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen der separatistischen Frontu di Liberazione Naziunale Corsu (FLNC) und der französischen Regierung hält weiter an. Seit

November 2004 verübt die FLNC fünfzehn Bombenanschläge auf Regierungsgebäude, Ferienhäuser sowie öffentliche und private Einrichtungen. Nach der Verurteilung eines FLNC-Anführers explodieren am 29. Mai fünf Sprengsätze in verschiedenen Städten Korsikas. Der Besuch des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy am 22. Juli wird ebenso von Bombenanschlägen umrahmt. Die Anschläge verursachen hauptsächlich Sachschäden - Todesopfer gibt es keine. al

Frankreich (randalierende Jugendliche)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Randalierer vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sonstige (soziale Lage)

In Frankreich eskaliert ein gewalttätiger Konflikt zwischen unterprivilegierten, oft aus Einwandererfamilien stammenden Jugendlichen und den französischen Behörden. Am 25. Oktober wird der französische Innenminister Nicolas Sarkozy bei einem Besuch des Pariser Stadtteils Argenteuil mit Steinen und Flaschen beworfen. Hintergrund seines Besuches sind neue Maßnahmen der französischen Regierung gegen urbane Gewalt. Seine Aussage, daß von Gewalt geprägte Nachbarschaften "mit dem Hochdruckreiniger gesäubert werden sollten" führt zu Protesten. Als zwei Tage später zwei Jugendliche getötet werden, weil sie auf der Flucht vor der Polizei im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois einen mit Spannung geladenen Elektrozaun zu überqueren versuchen, löst dies landesweite Unruhen aus. Während der Unruhen liefern sich Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei. Eine Person wird getötet, mehrere verletzt und es werden ca. 9000 Autos in Brand gesetzt. Am 9. November wird für 90 Tage der Ausnahmezustand über 30 französische Städte verhängt. Nach drei Wochen andauernden Unruhen erklärt die Polizei die Situation wieder für normal. sd

Georgien (Abchasien)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Abchasische Separatisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Die autonome Republik Abchasien strebt weiterhin nach Unabhängigkeit von Georgien. Am 12.

Januar gewinnt der Präsident der autonomen Republik, Sergej Bagapsch, die Wiederholung der Wahlen vom Oktober 2004 mit 90,1% der Stimmen. Bagapsch spricht sich klar für die Abspaltung Abchasiens von Georgien aus und nennt die Akzeptanz der abchasischen Unabhängigkeit als Vorbedingung für Verhandlungen mit der georgischen Zentralregierung. Im Januar wird bekannt, daß abchasische Behörden die Ausstellung eigener Ausweispapiere vorbereiten wollen. Im März verabschiedet das abchasische Parlament ein Gesetz zur abchasischen Staatsbürgerschaft. Georgien protestiert gegen diese Schritte. Die abchasische Führung hingegen kritisiert die georgische Aufrüstung und georgische Pläne, eine Aufnahme in die NATO zu beantragen. Abchasien lehnt die Vermittlung durch EU oder US-Unterhändler ab. Bagapsch spricht sich für die assoziierte Mitgliedschaft mit der Russischen Föderation aus und nennt Russland den wichtigsten Handelspartner und Investor Abchasiens. Die abchasische Delegation, angeführt von Außenminister Sergei Shamba, lehnt es im Juli ab, an Verhandlungen über Abchasiens Zukunft unter Vermittlung der VN teilzunehmen. Zwischen dem 15. und 17. August führen abchasische Milizen das größte Manöver seit dem abchasisch-georgischen Waffenstillstandsabkommen von 1994 durch. Die Situation in Abchasien wird zusätzlich durch zwei Bombenanschläge belastet, die im Februar und April von Unbekannten auf den abchasischen Premierminister Alexander Ankwaba verübt werden. luk

Georgien (Südostsetien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Südostsetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt zwischen Georgien und seiner autonomen Region Südostsetien streben die Südostseten weiterhin die Unabhängigkeit und eine anschließende Vereinigung mit dem zur Russischen Föderation gehörenden Nord-Ossetien an. Russland hat weiterhin Friedenstruppen in Südostsetien stationiert und es gibt enge Kontakte zwischen der südostsetischen und der russischen Regierung. Am 26. Januar lehnt die südostsetische Führung den Vorschlag der georgischen

Regierung hinsichtlich einer weit reichenden Autonomie Südostsetiens innerhalb der georgischen Staatsgrenzen ab. Georgien beschuldigt die südostsetischen Separatisten hinter dem Bombenanschlag auf die georgische Stadt Gori am 1. Februar zu stecken, bei dem drei georgische Polizisten getötet werden. Die südostsetischen Behörden weisen diesen Vorwurf zurück. Beim Zusammenstoß zwischen georgischen Sicherheitskräften und südostsetischen Milizen am 30. Mai werden 5 Menschen getötet. Am 1. Juni erklärt der südostsetische Präsident Eduard Kokoity, daß er mit der Annerkennung der Unabhängigkeit seiner Republik binnen zwei Jahren rechnet. Am 22. September werden georgische Dörfer an der Grenze zur autonomen Republik Südostsetien von südostsetischen Separatisten mit schweren Waffen angegriffen.

luk

Kroatien (Krajina, West- und Ost Slawonien)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Kroatische Serben, militante Serben vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen Kroatien und den kroatischen Serben hält an. Am 26. Februar rufen in Belgrad serbische Nationalisten, die angeblich Vojislav Seseljs Serbischer Radikaler Partei (SRS) angehören, eine serbische Exilregierung für die kroatische Krajina-Region ins Leben. Kroatien protestiert gegen diese Regierungsbildung. Ende Januar verkündet die EU, daß Kroatiens EU-Beitrittsgespräche nicht wie geplant am 17. März beginnen würden, falls der wegen Kriegsverbrechen gesuchte kroatische Ex-General Ante Gotovina nicht dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag überstellt werde. Im März entscheiden sich die EU-Außenminister dafür, die Beitrittsgespräche Kroatiens wegen mangelnder Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal zu verschieben. Nachdem Kroatien im September damit begonnen hat, frühere kroatische Sicherheitskräfte, die an der Folterung und Tötung serbischer Kriegsgefangener vor allem in der Krajina beteiligt waren, vor Gericht zu bringen, beginnen am 4. Oktober die offiziellen EU-Beitrittsgespräche. Am 11. Oktober beginnt vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal der Prozess gegen drei

ehemalige Offiziere der Jugoslawischen Volksarmee, denen eine Beteiligung am Massaker von Vukovar 1991 einschließlich der Ermordung von über 260 Kroaten und anderen Nichtserben vorgeworfen wird.

aog

Lettland (Russischsprachige Minderheit)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: russisch-sprechende Minderheit vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Die russischsprachige Bevölkerung in Lettland kämpft weiterhin für kulturelle Autonomie und besondere Rechte für die russischsprachige Minderheit. Noch immer leben ca. 400.000 überwiegend russischsprachige Staatenlose in Lettland, wobei die Naturalisierungsrate im letzten Jahr entscheidend gestiegen ist. Es gibt mehrere Organisationen und Parteien, insbesondere die linksradikale Partei "Union für Menschenrechte in einem vereinigten Lettland" (PCTVL), die sich für die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung einsetzen. Im Mai stimmt die PCTVL im lettischen Parlament gegen die Ratifizierung der "Konvention für Rahmenbedingungen zum Schutze nationaler Minderheiten" und organisiert Proteste, weil die Konvention vom lettischen Parlament nur mit Einschränkungen ratifiziert wurde. Die PCTVL und mehrere andere Gruppierungen fordern von der lettischen Regierung, daß Russisch als Kommunikationssprache in Kommunalbehörden verwendet werden darf und daß das Wahlrecht in Kommunalwahlen allen permanenten Einwohnern, also auch den Staatenlosen, gewährt wird. Diese Forderung wird auch auf EU-Ebene erhoben. Im Juni verabschiedet die Parlamentarische Vertretung des Europarates eine Resolution, die Lettland dazu auffordert, allen permanenten Einwohnern das Wahlrecht bei Kommunalwahlen zu gewähren. Das "Zentrum für die Verteidigung der russischsprachigen Schulen" organisiert auch in diesem Jahr Proteste gegen das 2004 eingeführte Schulgesetz, demzufolge 60% des Unterrichts an allen weiterführenden Schulen auf Lettisch abgehalten werden muß. Im November wird bekannt, daß Russland 17,5 Millionen US Dollar für die Unterstützung von NGOs in den Ländern zur Verfügung stellt, in denen nach Ansicht der russischen Regierung die Rechte von Russen verletzt werden.

Liechtenstein - Deutschland

Intensität: 1 Änderung: • Beginn: 1998
 Konfliktparteien: Liechtenstein vs. Deutschland
 Konfliktgegenstand: Andere

Der Konflikt zwischen Liechtenstein und Deutschland über eine angemessene Entschädigung liechtensteinischer Staatsbürger, die auf dem Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei nach Ende des Zweiten Weltkrieges enteignet wurden, ist seit 1998 ungelöst. Am 10. Februar gibt der Internationale Gerichtshof (IGH), den Liechtenstein im Jahr 2001 wegen der ungelösten Frage der Kompensation angerufen hatte, bekannt, daß er nicht für diesen Fall zuständig ist. Grund dafür ist die Tatsache, daß es sich um Ereignisse handelt, die auf das Jahr 1945 zurückgehen - einen Zeitpunkt, zu dem es den Internationalen Gerichtshof noch nicht gab, und lange bevor Liechtenstein und Deutschland anerkannt haben, daß der IGH in Rechtsstreitigkeiten zwischen beiden Ländern entscheidungsbefugt ist.

ts

Makedonien (Albanische Minderheit)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: albanische Minderheit vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen Makedonien und der albanischen Minderheit über die Abspaltung der mehrheitlich von Albanern bewohnten Regionen bleibt weiterhin bestehen. Der makedonische Sicherheitsrat und internationale Beobachter sowie der Generalsekretär des Europarates, Terry Davis, würdigen im diesjährigen Untersuchungszeitraum den Dezentralisierungsprozess und die stabile Sicherheitslage im Land. Dennoch verüben albanische Extremisten mehrere Anschläge auf Polizeistationen in der makedonischen Hauptstadt Skopje und in anderen Landesteilen. Mehrere Albaner werden wegen separatistischer und terroristischer Aktivitäten zu hohen Haftstrafen verurteilt. Makedonien überstellt den früheren Innenminister des Landes Ende März dem UN-Tribunal für Kriegsverbrechen in Den Haag. Mitte Juli verabschiedet das makedonische Parlament ein Gesetz, das es Albanern erlaubt, in Gebieten, in denen sie die Mehrheit stellen, ihre Flagge zu hissen. Am 30. September gründen albanische

Politiker im westmakedonischen Tetovo eine neue Partei der rechten Mitte: die Partei der demokratischen Zukunft.

aj

Makedonien - Griechenland

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Macedonia vs. Greece	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Sonstige (Namensstreit)	

Griechenland und Makedonien einigen sich auch im diesjährigen Untersuchungszeitraum auf keinen offiziellen Namen, der von beiden Seiten akzeptiert wird. Die griechische Regierung sieht in der nordgriechischen Provinz Makedonien das Kerngebiet Makedoniens und wünscht für den Staat Makedonien nach wie vor einen geographisch eingrenzenden Zusatz im Staatsnamen. VN-Vermittler Nimetz unterbreitet mehrere Namensvorschläge, welche jedoch entweder von der griechischen oder der makedonischen Regierung abgelehnt werden. Die griechische Luftaufsichtsbehörde verbietet Mitte März einem Flugzeug mit dem makedonischen Ministerpräsidenten an Bord die Überflugsrechte, da die Maschine den Namen Makedonien trägt. Im November wird Makedonien offiziell Kandidat für die Aufnahme in die Europäische Union. Die griechische Regierung unterstreicht jedoch ihre Blockadehaltung bezüglich makedonischer EU-Perspektiven, sollte Skopje auf einem Staatsnamen beharren, der in Athen keine Zustimmung findet.

aj

Moldau (Transnistrien)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Transdnestrtsche Regierung	Separatisten vs. Regierung
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Republik Moldau und der abtrünnigen Transnistrischen Moldauischen Republik (PMR) besteht weiterhin. Moldau verzögert zu Beginn des Jahres die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses durch ein Einreiseverbot nach Transnistrien für diplomatische Vertreter aus Russland und der Ukraine. Im April legt der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konflikts vor. Am 22. Juli verabschiedet das Parlament der Republik Moldau das Gesetz "Über die Grundbestimmungen des

rechtlichen Sonderstatus des Dnestrlandes". Laut diesem Gesetz wird Transnistrien den Status einer "besonderen territorialen Autonomie im Staatsverband Moldaus" genießen. Im Oktober erkennt Russland die territoriale Integrität Moldaus an. Im September und Oktober kommt es zur Wiederaufnahme des eingefrorenen Verhandlungsprozesses im erweiterten Format. Neben den beiden Konfliktparteien sowie Russland, der Ukraine und der OSZE nehmen von nun an auch die EU und die USA an den Verhandlungen zur Lösung des Transnistrienkonflikts teil.

ag

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Chechen Rebellen vs. Regierung of the Russische Federation	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Russland bemüht sich weiterhin ohne Erfolg, die Beziehungen zu der abtrünnigen Kaukasusrepublik zu normalisieren und die kaukasische Region zu stabilisieren. Nach der Krise in der Stadt Beslan in der russischen Republik Nord-Ossetien, die an Tschetschenien grenzt, ruft der Separatistenführer Aslan Maskhadov im Februar zu einem Waffenstillstand auf. Im März wird Maskhadov jedoch in Tschetschenien ermordet. Im Februar urteilt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, daß sich die russische Regierung in Tschetschenien mehrfacher Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat und fordert Russland zu Kompensationszahlungen auf. Im Juli kommen mindestens 15 Menschen bei einer Bombenexplosion nördlich von Grozny ums Leben. Am 13. Oktober werden in Nalchik, der Hauptstadt der Nordkaukasischen Republik Kabardino-Balkarien, mehrere Bombenanschläge verübt. Zahlreiche Polizisten und Zivilisten werden getötet oder verletzt. Der tschetschenische Rebellenführer Shamil Basayev erklärt sich wenige Tage später für die Anschlagserie verantwortlich, bei der laut russischen Angaben 217 Terroristen Anschläge auf polizeiliche und andere strategische Bauten verübten. In diesem Zusammenhang berichtet das russische Innenministerium, daß die Anzahl der terroristischen Vorfälle in Tschetschenien über die letzten zwei Jahre allmählich gesunken ist, während in der gleichen Periode die Anzahl solcher Angriffe anderswo im

nördlichen Kaukasus dramatisch anstieg. Am 27. November werden in Tschetschenien die ersten Parlamentswahlen seit 1999 abgehalten. Die Partei "Vereinigtes Russland" gewinnt die Wahl mit 61% der Stimmen. Es gibt jedoch keine Wahlbeobachtung durch die OSZE aufgrund von Sicherheitsbedenken nach den Ereignissen in Nalchik und aufgrund der Tatsache, daß den Wahlbeobachtern der uneingeschränkte Zugang zu allen Wahllokalen nicht garantiert werden kann.

vl

Russland - Norwegen (Barentssee)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Russland vs. Norway	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

Im Konflikt zwischen Russland und Norwegen über die und über Rohstoffe in der Barentssee verschärft sich die Situation. Am 15. Oktober wirft Norwegen Russland vor, der russische Fischdampfer Elektron habe innerhalb der norwegischen 200-Seemeilen-Zone um Spitzbergen, die von Russland allerdings nicht anerkannt wird, illegalen Fischfang betrieben. Der russische Fischdampfer wird von einem norwegischen Küstenwachtschiff gestoppt, zwei norwegische Inspektoren gehen an Bord und stellen Verstöße gegen die norwegischen Fischfangvorschriften fest. Mit den zwei norwegischen Kontrolleuren an Bord nimmt der russische Dampfer Kurs auf die russische Stadt Archangelsk. Erst am 20. Oktober übergibt Russland die beiden Fischereiinspektoren der norwegischen Seite. Am 24. Oktober nimmt die norwegische Küstenwache zwei weitere russische Fischdampfer innerhalb der 12-Meilen-Zone um die norwegische Insel Bjørnøya (Bäreninsel) unter Arrest. Am 26. Oktober äußert ein Sprecher des russischen Außenministeriums in einem Statement, daß Norwegen "zu weit gegangen" sei. Am 28. Oktober entlässt die norwegische Küstenwache die russischen Schiffe nach der Hinterlegung einer Kautions. Am 10. November treffen sich die Außenminister Sergej Lawrow und Jonas Gahr Store im norwegischen Harstad, um die Probleme in der Barentssee-Region zu erörtern.

luk

Serbien und Montenegro (Kosovo)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Albanische Mehrheit in Kosovo vs. Serbian Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen Serbien-Montenegro und der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo um den Status der Provinz dauert an. Im Dezember wird Präsident Ibrahim Rugova in seinem Amt bestätigt. Ministerpräsident wird Ramush Haradinaj, ein ehemaliger Kommandeur der UÇK. Nur drei Monate nach seiner Ernennung erklärt Haradinaj Anfang März seinen Rücktritt, nachdem das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag Anklage gegen ihn erhoben hat. Nachfolger im Amt des kosovarischen Ministerpräsidenten wird Bajram Kosumi, dessen erklärtes Ziel die Fortsetzung der Politik seines Vorgängers ist. Im März nehmen Serbien und der Kosovo nach einem Jahr der Unterbrechung wieder direkte Gespräche auf. Im Verlauf des Jahres findet ein weiteres bedeutsames Treffen zwischen Vertretern beider Regierungen statt - dabei geht es primär um den Dezentralisierungsprozess sowie um Flüchtlingsfragen. Anfang Juni beauftragt UN-Generalsekretär Kofi Annan den norwegischen Diplomaten Kai Eide mit einer umfassenden Prüfung der aktuellen Lage im Kosovo. Als Voraussetzung für den Beginn von Verhandlungen über den endgültigen Status der Provinz fordern die UN die Erfüllung diverser demokratischer Standards. Anfang Oktober präsentiert Eide den abschließenden Bericht seiner Ermittlungen. Darin kommt er zu dem Schluss, daß die Provinz zwar keinen der geforderten demokratischen Standards vollständig erfülle, eine weitere Aufrechterhaltung des Status Quo seiner Meinung nach jedoch nicht sinnvoll sei. Mit der offiziellen Empfehlung für den Beginn von Statusverhandlungen durch Kofi Annan und der einstimmigen Zustimmung des UN Sicherheitsrats am 24. Oktober kommt der Kosovo der endgültigen Klärung der Statusfrage ein großes Stück näher. Reaktionen auf diese Entscheidung machen jedoch einmal mehr die unterschiedlichen Standpunkte beider Seiten deutlich. Während die albanische Mehrheit im Kosovo die vollständige Unabhängigkeit anstrebt, läßt sich die serbische Position in der Formel "mehr als Autonomie, weniger als Unabhängigkeit" zusammenfassen. Den

Fortschritten auf politischer Ebene stehen auch in diesem Jahr diverse Gewaltakte gegenüber. Die UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) wird Ziel mehrerer Bombenanschläge, die insgesamt ein Todesopfer fordern. Auch die OSZE und die Regierung des Kosovo werden angegriffen. Präsident Rugova überlebt ein Attentat auf seinen Konvoi. Vereinzelt Übergriffe auf die serbische Minderheit fordern insgesamt zwei Todesopfer.

ic

Serbien und Montenegro (Presevo)

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 2000
 Konfliktparteien: southern Serbian municipalities Presevo, Bujanovac and Medvedja, UCPMB vs. Serbian Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen Serbien und den drei mehrheitlich von Albanern bewohnten Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja im Süden Serbiens nahe der Grenze zum Kosovo verschärft sich. Im Januar wird ein junger Albaner von serbischen Soldaten erschossen, nachdem er versucht hatte, illegal die Grenze zu Makedonien zu überqueren. Daraufhin wachsen die Spannungen. Mehrere tausend Demonstranten versammeln sich und fordern den Rückzug serbischer Soldaten aus der Region. Ein Regierungsgebäude wird gestürmt. Serbien kündigt eine Untersuchung des Vorfalls an, warnt aber gleichzeitig davor, den Tod des Jungen für politische Zwecke zu missbrauchen. Der serbische Verteidigungsminister Prvoslav Davinic kündigt an, daß im Grenzgebiet demnächst Polizisten die Soldaten ersetzen sollten und verspricht, die Zahl der Grenzübergänge zu erhöhen. Die serbische Regierung beschließt außerdem, daß das "Zentrum für Koordination", welches für Südserbien und den Kosovo zuständig ist, sich mit der Lage in Presevo auseinandersetzen solle. Lokale albanische Politiker werden eingeladen, an der Arbeit des Zentrums mitzuwirken - die Reaktion auf dieses Angebot bleibt jedoch zurückhaltend. Im Oktober wird ein Bombenanschlag auf eine Polizeistation verübt. Eine militante Gruppe mit dem Namen "Schwarzer Schatten" bekennt sich zu der Tat und fordert vor dem Hintergrund beginnender Statusgespräche im Kosovo die Angliederung der Presevo-Region an das Kosovo. Im November einigen sich die serbische Regierung, lokale Behörden sowie OSZE-Vertreter auf die Einführung von Albanisch

als zweiter Amtssprache im Bildungssektor sowie in der Justiz und versuchen damit, die ethnischen Probleme im Süden Serbiens zu entschärfen.

ic

Spanien (Baskenland)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1959
 Konfliktparteien: ETA vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen der Organisation Baskenland und Freiheit (ETA) und der spanischen Regierung um die Unabhängigkeit des Baskenlands bleibt ungelöst. Am 12. Dezember 2004 stimmt das baskische Regionalparlament für den Autonomieplan des Regionalpräsidenten Juan Jose Ibarretxe, der vorsieht, die Beziehungen zur Zentralregierung in Madrid zu lockern. Dieser Plan beinhaltet eine weitgehende Loslösung des Baskenlandes von Spanien und sieht einen Freistaat mit eigener Justiz und einer eigenen diplomatischen Vertretung bei internationalen Organisationen vor. Das spanische Parlament lehnt den Plan am 1. Februar jedoch ab. Bei den baskischen Regionalwahlen am 17. April bleibt die Baskische Nationalistische Partei (PNV/EA) von Ibarretxe stärkste Partei (38,6%). Die Kommunistische Partei der baskischen Lande (PCTV/EHAK) gewinnt auf Anhieb 12,5 %, nachdem die verbotene Partei Batasuna (Einheit) ihre Anhänger zur Wahl der Kommunisten aufgerufen hatte. Im Laufe des Jahres signalisiert die spanische Regierung unter Ministerpräsident Jose Luis Zapatero mehrmals Gesprächsbereitschaft. Das spanische Parlament spricht sich am 17. Mai unter der Bedingung, daß die ETA endgültig die Waffen niederlegt, für Verhandlungen mit der ETA aus. Die ETA kündigt aufgrund des veränderten politischen Klimas am 18. Juni an, keine weiteren Attentate auf Politiker zu verüben. Sie setzt jedoch ihren bewaffneten Kampf fort: Bei einer Reihe von Sprengstoffanschlägen in verschiedenen spanischen Städten werden zahlreiche Menschen verletzt. Spanische und französische Sicherheitskräfte nehmen zahlreiche Mitglieder der ETA fest, unter ihnen mehrere Führungspersonen der ETA und den Sprecher der verbotenen separatistischen Partei Batasuna, Arnaldo Ortegi.

sk

Türkei - Armenien

Intensität: 2 Änderung: ↗ Beginn: 1915
 Konfliktparteien: Türkei vs. Armenien
 Konfliktgegenstand: Sonstige (Anerkennung des Völkermordes)

Die Frage des Genozids an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich im Jahr 1915 bleibt einer der größten Streitpunkte in den türkisch-armenischen Beziehungen. Die türkische Regierung kritisiert die weltweit stattfindenden Gedenkveranstaltungen zum 90. Jahrestag des Völkermordes. Der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk wird für seine Aussage, während des Ersten Weltkrieges seien eine Millionen Armenier getötet worden, wegen Beleidigung des türkischen Staates angeklagt. Die türkische Regierung verneint den Tatbestand des Völkermordes. Politischer Druck des Justizministers Cemil Cicek verhindert eine für Ende Mai geplante Armenier-Konferenz dreier Istanbuler Universitäten. Eine Ersatzveranstaltung an der Istanbuler Bilgi-Universität kann aufgrund der Intervention des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan Ende September unter Polizeischutz stattfinden. Erdogan schlägt außerdem vor, daß eine gemeinsame Experten-Kommission, bestehend aus türkischen und armenischen Historikern, die Ereignisse von 1915 untersuchen solle.

aj

Ukraine (Opposition)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 2004
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Oppositionspartei Unsere Ukraine und der ukrainischen Regierung kann durch die angeordneten Neuwahlen entschärft werden. Nach Massendemonstrationen gegen das offizielle Wahlergebnis erklärt der Oberste Gerichtshof der Ukraine das Wahlergebnis vom 21. November 2004 für ungültig und ordnet Neuwahlen an. Der Oppositionsführer Viktor Juschtschenko geht als Sieger aus den Neuwahlen hervor. Er verspricht, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine zu stärken. Angebliche Korruptionsfälle und Verbrechen der scheidenden Amtsinhaber sollen untersucht werden. Nachdem der Oberste Gerichtshof die Klage des Gegenkandidaten Janukowitsch, der das Ergebnis der Neuwahlen anzweifelt, ablehnt,

wird Juschtschenko im Januar als Präsident vereidigt. Im Februar wird die von ihm nominierte Premierministerin Julia Timoschenko mit überragender Mehrheit vom Parlament gewählt. Im September 2005 entlässt Juschtschenko die Regierung von Ministerpräsidentin Timoschenko wegen schweren Korruptionsvorwürfen. Zum neuen Ministerpräsidenten ernannt Juschtschenko Juri Jechanurov.

al

Vereinigtes Königreich (Nordirland)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1968
 Konfliktparteien: Sinn Féin, IRA vs. Regierung, UUP, DUP, UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt über die Abspaltung Nordirlands vom Vereinigten Königreich hält an. Nach dem Banküberfall mit Geiselnahme Ende 2004 und dem Mord an einem unbeteiligten katholischen Zivilisten in aller Öffentlichkeit im Januar verliert die IRA rapide an Unterstützung, vor allem in den USA. Auf zunehmenden öffentlichen Druck hin verkündet die IRA-Führung Ende Juli überraschend ihre Bereitschaft zur Entwaffnung. Da außer unparteiischen Zeugen keine öffentliche Dokumentation zugelassen wird, bleiben politische Gegner und die Bevölkerung skeptisch. Gleichwohl entschließt sich die britische Regierung zu einem Abbau ihrer Militärpräsenz in Nordirland. Bis August 2007 soll die Truppenstärke auf die eines normalen Stützpunktes reduziert werden. Der positiven Signale der republikanischen Seite ungeachtet kommt es während der alljährlichen Paraden des Oranierordens zu außergewöhnlich gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Katholiken und Protestanten, die in ihrem Ausmaß an frühere Jahre erinnern. Ein maßgeblicher Akteur sind die loyalistischen Paramilitärs, insbesondere "Freiwillige Kämpfer Ulster" (UVF) und "Loyalistische Freiwillige Kämpfer" (LVF), die ihrerseits ihre lagerinterne Fehde mit unverminderter Gewalt fortführen. Trotz erster vorsichtiger Sondierungen gibt es seitens der loyalistischen Gruppen keine ernsthaften Entwaffnungsabsichten. Daher bleibt die Regionalregierung weiterhin suspendiert und die Fortsetzung des Friedensprozesses unsicher.

mt

Weißrussland - Polen

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Belarus vs. Polen	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Seit Alexander Lukaschenko 1994 zum Präsidenten von Weißrussland gewählt wurde, haben sich die polnisch-weißrussischen Beziehungen stetig verschlechtert. Am 12. Mai erklärt ein weißrussisches Gericht die Wahl des neuen Vorsitzenden des Verbandes der Polen in Weißrussland für illegal. Weißrussland beschuldigt die polnische Minderheit der Spionage und wirft ihr vor, eine Revolution zu planen. Mehrere polnische Zeitungen werden von der weißrussischen Regierung verboten. In den folgenden Wochen weisen beide Seiten Diplomaten des Nachbarlandes aus und Weißrussland nimmt vorübergehend Mitglieder des Verbandes der Polen in Weißrussland fest. Am 28. Juli beruft Polen seinen Botschafter aus Minsk ab. Im August verweigern weißrussische Grenzbehörden einer Delegation von polnischen Europaparlamentariern, angeführt vom Vizepräsidenten des Europaparlaments Jacek Saryusz-Wolski, die Einreise. Am 28. August wählt der Verband der Polen in Weißrussland einen neuen Vorsitzenden. Die Wahl findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die polnische Regierung erkennt die Wahl nicht an und stoppt die finanzielle Unterstützung. Im Oktober kehrt der polnische Botschafter nach Minsk zurück. Am 23. November erklärt Präsident Lukaschenko, daß man die weißrussischen Einwohner polnischer Abstammung nicht als polnische Minderheit bezeichnen könne.

luk

Zypern (Nordzypern)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Northern Cyprus vs. Republic of Cyprus	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Republik Zypern und Nordzypern bleibt weiterhin ungelöst. Während des EU-Gipfels im Dezember 2004 fordert die griechisch-zypritische Regierung die Türkei auf, die Republik Zypern formal anzuerkennen, bevor die Beitrittsverhandlungen mit der EU beginnen. Die Türkei lehnt dies ab. Allerdings erkennt der türkische Premierminister Tayyip Erdogan die

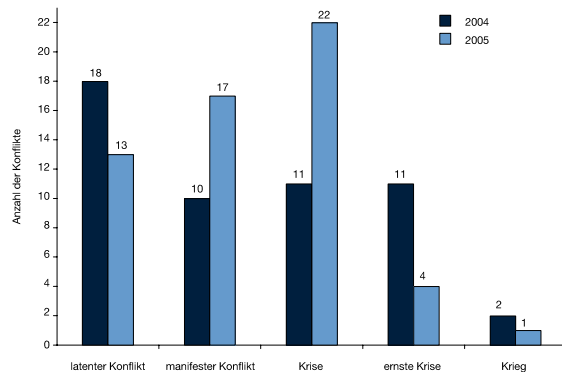
griechisch-zypritische Regierung insofern indirekt an, als er Zollabkommen mit allen EU Mitgliedsstaaten, inklusive der Republik Zypern, in Aussicht stellt. Die Parlamentswahlen vom 20. Februar gewinnt die Republikanische Türkische Partei des amtierenden türkisch-zypritischen Premierministers Mehmet Ali Talat mit 44% der Stimmen. Am 17. April gewinnt Talat die Präsidentenwahlen und ersetzt den langjährigen Präsidenten Rauf Denktaş. Mitte Mai erwägen Vertreter von UN und der Republik Zypern die Neuaufnahme von Verhandlungen. Diese Pläne scheitern jedoch im Juni, da die UN aufgrund der erstarrten Positionen beider Seiten keine Chance für einen Verhandlungserfolg sehen. Am 21. September fordern die EU Mitgliedstaaten die Türkei in einer Erklärung auf, die Republik Zypern vor dem Beitritt anzuerkennen.

ks

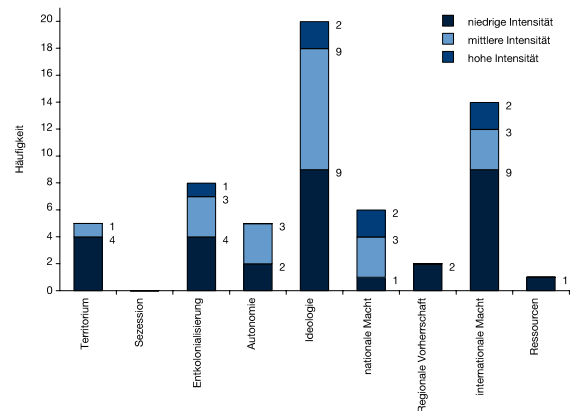
Afrika

Afrika südlich der Sahara ist nicht länger die Region mit der höchsten Anzahl an hochgewaltsamen Konflikten, wenn auch die Anwendung von Gewalt ein weit verbreitetes Instrument des Konfliktaustrags bleibt. Im Vergleich zu 2004 nimmt die Zahl der Konflikte hoher Intensität signifikant von 13 auf fünf ab, während die Anzahl der Konflikte, die als Krisen eingestuft werden, von zwölf auf 22 zunimmt. Die Gesamtanzahl der Konflikte, in denen Gewalt zur Anwendung kommt, steigt von 25 auf 27. Die Gesamtzahl der erfassten Konflikte nimmt von 53 auf 58 Konflikte zu. Die deutlichsten Deeskalationen finden in den Konflikten Ruanda (Hutu), Liberia (LURD) und Somalia (Somaliland) statt. Wie auch im vorangegangenen Jahr finden die Konflikte mit dem höchsten Gewalteinsatz in der Region der Großen Seen sowie in der Darfur Region des Sudan statt. Sudan (Darfur) verbleibt als der einzige Konflikt auf der höchsten Intensitätsstufe der Gewaltanwendung. Der häufigste Konfliktgegenstände ist nationale Macht, gefolgt von Ressourcen. Diese beiden Konfliktgegenstände treten dabei oft gleichzeitig auf, wobei man in einigen Fällen annehmen kann, daß sie sich wechselseitig bedingen, sodaß eine Unterscheidung von Zielen und Mittel kaum mehr möglich erscheint. Die überwiegende Mehrheit der Opfer sind Zivilisten, die in einigen Fällen auch bewusst das Ziel von Angriffen sind. Die generelle Sicherheitslage ist instabil, was auch auf die weite Verbreitung leichter Waffen sowie die Bewegung von Konfliktparteien über Staatsgrenzen hinweg zurückzuführen ist. Die meisten Vermittlungsversuche wurden von den UN unternommen. In ihren Missionen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) wurde von den UN mehrfach Waffengewalt eingesetzt, um ihr robustes Mandat durchzusetzen. Die AU unterhält eine Friedensmission in Sudan (Darfur).

Konfliktintensitäten in Afrika 2005 im Vergleich zu 2004



Häufigkeit von Konfliktgegenständen in Afrika 2005 nach Intensitätsgruppen



Äthiopien (Anyuak - Nuer)

Intensität: 3 Änderung: ↘ Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Anyuak vs. Nuer
 Konfliktgegenstand: Regionale Vorherrschaft

Der ethnische Konflikt in der westäthiopischen Region Gambella dauert an. Im März erklären die USA sowie Human Rights Watch, daß von äthiopischen Sicherheitskräften im Zeitraum von 2003 bis 2004 Morde, Vergewaltigungen und Folterungen an der Bevölkerung der Anyuak begangen hat. Im November werden bei einem Rebellenangriff mindestens vier Polizisten getötet und sechs weitere verletzt.

mh

Äthiopien (Oromo - Somali)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Oromo vs. Somali
 Konfliktgegenstand: Regionale Vorherrschaft

In Kämpfen um Vieh und Weideland zwischen Oromos und Somalis, zwei ethnischen Gruppen in Süd- und Ostäthiopien, kommen in diesem Jahr 73 Menschen ums Leben, 45 weitere werden verletzt. Die Auseinandersetzungen enden nach der Entsendung von Regierungstruppen in das Gebiet.

mh

Zusammenfassung: Konflikte in Afrika 2005

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Äquatorialguinea (Putschisten)*	Putschisten vs. Regierung*	Nationale Macht	2004	•	2
Äquatorialguinea - Gabun*	Äquatorialguinea vs. Gabun*	Territorium	1970	•	1
Äthiopien (Anyuak - Nuer)	Anyuak vs. Nuer	Regionale Vorherrschaft	2003	↘	3
Äthiopien (Ogaden)*	ONLF vs. Regierung*	Autonomie	1984	•	1
Äthiopien (Oromo - Somali)	Oromo vs. Somali	Regionale Vorherrschaft	2005	neu	3
Äthiopien (Oromo)	OLF vs. Regierung	Autonomie	1974	↑	3
Äthiopien (Opposition)	CUD, UEDF vs. Regierung	Nationale Macht	2005	neu	3
Äthiopien - Eritrea*	Äthiopien vs. Eritrea *	Territorium	1998	•	2
Angola (Cabinda)	FLEC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Angola (UNITA)	UNITA vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	3
Botswana (Basarwa)	Basarwa vs. Regierung	System / Ideologie , Ressourcen	1997	•	2
Burundi (Hutu)	verschiedene Hutu-Rebellengruppen vs. Regierung	Nationale Macht	1962	•	4
DR Kongo (Hema - Lendu)	Hema vs. Lendu	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2000	•	4
DR Kongo (Rebellen)	verschiedene Rebellengruppen vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1997	↘	4
DR Kongo - Ruanda*	DR Kongo vs. Ruanda*	Internationale Macht, Ressourcen	2002	•	2
DR Kongo - Uganda*	DR Kongo vs. Uganda*	Internationale Macht, Ressourcen	1999	↗	2
Elfenbeinküste (Rebellen)	FN, Gruppe der Sieben vs. Regierung	Nationale Macht	1999	↘	3
Gambia - Senegal	Gambia vs. Senegal	Ressourcen	2005	neu	2
Guinea (Guerze - Konianke)	Guerze vs. Konianke	Regionale Vorherrschaft	2001	•	3
Guinea (Mordanschlag)	Unbekannte Attentäter vs. Staatsoberhaupt Guinea	Nationale Macht	2005	neu	3
Guinea-Bissau (PAIGC)	PAIGC vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↗	3
Guinea-Bissau - Gambia*	Guinea-Bissau vs. Gambia*	Sonstige	2002	•	1
Kenia (ethnische Gruppen)	kenianische ethnische Gruppen vs. ugandische ethnische Gruppen	Ressourcen	1991	↑	3
Kenia (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	1999	•	3
Komoren (Regionen)*	Regionalregierung Anjouan vs. Regierung der Komoren auf Grand Comore*	System / Ideologie	1997	•	1
Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)	Ninja, CNR vs. Sassou-Ngesso	Autonomie	1997	•	3
Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Anhänger)	Charles Taylor, Taylor-Anhänger vs. LURD, MODEL	nationale Macht, Ressourcen	1999	↓	2
Madagaskar (CMMR)*	Komitee für die Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit vs. Regierung*	Sezession, nationale Macht	2001	↓	1
Mauretanien - Senegal*	Mauritanien vs. Senegal *	Ressourcen	2000	•	1
Mauritius - Vereinigtes Königreich*	Mauritius vs. Vereinigtes Königreich*	Territorium	1980	•	1
Namibia (Caprivi-Streifen)*	CLA vs. Regierung*	Sezession	1998	•	1
Niger (verschiedene Tuareg-Gruppen)*	Tuareg-Rebellen vs. Regierung*	Autonomie	1990	↘	2
Niger - Benin*	Niger vs. Benin*	Territorium	1960	•	1
Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)	Ijaw vs. Itsekiri, Regierung	Ressourcen	1997	↘	3
Nigeria (Nigerdelta - Ogoni)*	MOSOP vs. Regierung*	Autonomie, Ressourcen	1990	•	2
Nigeria - Kamerun	Nigeria vs. Kamerun	Territorium	1961	↑	3
Ruanda (verschiedene Hutu-Rebellengruppen)	Interahamwe, ex-FAR, FDLR vs. Regierung	Nationale Macht	1990	↓	2
Ruanda - Uganda*	Ruanda vs. Uganda *	Internationale Macht, Ressourcen	2000	↘	2
Sao Tomé und Príncipe (Fernando Pereira)*	Fernando Pereira vs. Regierung*	Nationale Macht	2003	•	1
Senegal (MFDC)	MFDC vs. Regierung	Autonomie	1982	↘	2

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Sierra Leone (AFRC, RUF, SMG)*	AFRC, RUF, SMG vs. Regierung*	Nationale Macht, Ressourcen	1991	•	2
Somalia (Somaliland)	Somaliland vs. Regierung, Puntland	Sezession	1991	↓	2
Somalia (Rebellen)	Warlords vs. Regierung	Nationale Macht	1980	↘	3
Südafrika (KwaZulu-Natal)*	IFP vs. Regierung (ANC)*	regionale Vorherrschaft	1990	•	1
Südafrika - Namibia*	Südafrika vs. Namibia*	Territorium/Grenze, Ressourcen	2000	•	1
Sudan (Darfur)	SLM/A, JEM, NMRD vs. Regierung, Janjaweed	Regionale Vorherrschaft	2003	•	5
Sudan (Östliche Front)	Östliche Front vs. Regierung	Autonomie	2005	neu	3
Sudan (SPLA)	SPLA vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1955	•	3
Swasiland (Opposition)	SFTU, PUDEMO, Jugend-Kongress Swasiland (SWAYOCO) vs. Regierung	System / Ideologie	2000	•	3
Swasiland - Südafrika*	Swasiland vs. Südafrika*	Territorium	1902	•	1
Tansania (Sansibar)	CUF vs. Regierung	Sezession	1993	↗	2
Togo (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2002	↑	3
Tschad (MDJT)*	MDJT vs. Regierung*	Nationale Macht	1998	•	2
Uganda (ADF, PRA)*	ADF, PRA vs. Regierung*	Nationale Macht	1987	•	2
Uganda (LRA)	LRA vs. Regierung	Autonomie	1987	•	4
Zentralafrikanische Republik (Patassé)*	Patassé vs. Regierung*	Nationale Macht	1997	•	2
Zimbabwe (Opposition)	MDC, NCA vs. Regierung	Nationale Macht	2000	•	3

-mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt

-aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien

-Änderungen der Intensität im Vergleich zum Vorjahr:

-Intensitätsstufen: 5: Krieg, 4: ernste Krise, 3: Krise, 2: manifester Konflikt, 1: Latenter Konflikt

Äthiopien (Oromo)

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 1974
 Konfliktparteien: OLF vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Vor dem Hintergrund der nationalen Parlamentswahlen am 15. Mai verschärfen sich die Spannungen zwischen der Regierung und der Befreiungsfront von Oromia (OLF). Am 8. Juni verkündet der Vorsitzende der OLF, Dawud Ibsa, die Ablehnung der Wahlergebnisse. Im gleichen Zeitraum kommt es nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen zu vermehrten repressiven Maßnahmen und Menschenrechtsverletzungen in Oromia. Die OLF beschuldigt darüber hinaus die staatlichen Sicherheitskräfte dutzende Menschen, bei Protesten gegen die Wahlergebnisse getötet zu haben, während von offizieller Seite lediglich der Tod von zwei Studenten in Stadt Ambo bestätigt wird. Am 13. September signalisiert der Ministerpräsident Äthiopiens, Meles Zenawi seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der OLF. Am 21. November verkündet die Regierung das Ende der Unruhen in

Oromia.

mh

Äthiopien (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: CUD, UEDF vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Die dritten demokratischen Wahlen in Äthiopien am 15. Mai haben das Land in eine ernste Krise gestürzt. Am 5. September erklärt die Wahlkommission die Demokratische und Revolutionäre Volksfront Äthiopiens (EPRDF) unter Premier Meles Zenawi zum Sieger. Die EPRDF beginnt ihre dritte Amtsperiode trotz einer Mehrheit von 59% geschwächt. Die Wahlen werden unter Aufsicht mehrerer hundert Wahlbeobachter durchgeführt. Dennoch sind sie geprägt von Vorwürfen des Wahlbetrugs, Tötungen, Gewaltakten, willkürlichen Verhaftungen, Einschüchterungen und Zensur. Zunächst beanspruchen sowohl die Regierungspartei als auch die wichtigsten Oppositionsparteien, die Koalition für Einheit und

Demokratie (CUD) sowie die Vereinigten Demokratischen Kräfte Äthiopiens (UEDF) den Wahlsieg für sich. Im Juni enden Demonstrationen in Addis Abeba gegen die EPRDF in gewaltsamen Auseinandersetzungen, in denen mindestens 38 Menschen von der Polizei getötet, 74 verletzt und mehrere Hundert verhaftet werden. Unterdessen legen mehrere Parteien Wahlbeschwerde in 55% der Wahlkreise ein. Im Vorfeld der zuvor verschobenen Wahlen im östlichen Somali Gebiet sterben im Juli 5 Menschen bei Granatengriffen. Die EU bestätigt, daß die Parlamentswahlen die internationalen demokratischen Standards nicht erfüllt haben. Zwischen dem 1. und 3. November fordern Zusammenstöße zwischen der Polizei und Oppositionsanhängern 42 Todesopfer und 150 Verletzte; 4.000 Menschen, darunter auch Oppositionsführer, werden verhaftet. Die EU und die USA stellen einen Katalog von Forderungen an die EPRDF, darunter die Befreiung von politischen Gefangenen, die Zulassung unabhängiger Medien und die Beendigung der Gewalt.

mh

Angola (Cabinda)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien: FLEC vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Sezession		

Der Konflikt zwischen der angolanischen Regierung und der Rebellenorganisation Front für die Befreiung der Enklave Cabinda (FLEC) um den zukünftigen Status der ölreichen Provinz Cabinda bleibt weiterhin ungelöst. Auch im Jahr 2005 behält die angolanische Regierung ihre massive Militärpräsenz von 30.000 Soldaten in Cabinda bei. Vor dem Hintergrund ihrer sich weiterhin verringernden militärischen Kapazitäten ist die Präsenz der FLEC vor allem auf das Gebiet der Mayombe Wälder begrenzt. Dennoch verkündet Estanislaus Miguel Boma, Vertreter des militärischen Armes der FLEC, im Mai die Wiederaufnahme von Kampfhandlungen gegen die angolanische Armee. Im Mai und Juli kommt es zu vereinzelt Kampfhandlungen mit Regierungstruppen. Im Zusammenhang mit diesen Zusammenstößen in den Regionen Bucu Zau und Necuto wird von der FLEC der Abschuss eines Militärhubschraubers sowie der Tod von 20 Regierungssoldaten gemeldet. Dies wird von den

angolanischen Behörden dementiert. Im April kommt es in Holland zu einem Treffen von Kirchenvertretern aus Cabinda und den verschiedenen Rebellengruppen, mit dem Ziel, sich auf eine gemeinsame Verhandlungsposition für zukünftige Gespräche mit der angolanischen Regierung zu einigen. Auch 2005 gibt es keine Anzeichen, daß es zu direkten Verhandlungen zwischen den Rebellengruppen und der Angolanischen Regierung gekommen ist.

rs

Angola (UNITA)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien: UNITA vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Kontroversen über Zeitpunkt und Durchführung der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für das Jahr 2006, der schleppende Integrationsprozess ehemaliger Union für die Totale Befreiung Angolas (UNITA) Kämpfer in die Zivilgesellschaft sowie eine gestiegene Anzahl von gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und UNITA kennzeichnen den Konflikt im Jahr 2005. Nachdem im August 2004 die MPLA-Regierung einen vorläufigen Zeitplan vorgelegt hatte, der die Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für den September 2006 vorsieht, halten die Auseinandersetzungen um den Zeitpunkt und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dieser Abstimmung an. UNITA beschuldigt dabei die Regierung der Verzögerung dieser Wahlen, sowie der Einsetzung einer Wahlkommission, die unter dem Einfluss der MPLA stehe. Im September beklagt das führende UNITA-Mitglied Isaias Chitombe den schleppenden Reintegrationsprozess von ehemaligen UNITA-Kämpfern ins Zivilleben. Nach seinen Angaben, profitieren von 87.000 ehemaligen Rebellenkämpfern zur Zeit lediglich 28.000 von Reintegrationsmaßnahmen. Im Vergleich zum Vorjahr kommt es 2005 zu einer Zunahme von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Anhängern der beiden Konfliktparteien. Im März werden bei Auseinandersetzungen in der Stadt Mavinga 20 Personen verletzt. Im April kommt es zur Plünderung des UNITA-Büros in der Stadt

Lumbala N'guimbo. UNITA beschuldigt die Regierung, diese Übergriffe zu initiieren oder zumindest zu tolerieren, was von staatlicher Seite zurückgewiesen wird. Trotz dieser Spannungen ist eine gewaltsame Eskalation des Konfliktes unwahrscheinlich.

rs

Botswana (Basarwa)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Basarwa vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie, Ressourcen	

Die Regierung Botswanas versucht seit 1997, die Basarwa, auch Sans genannt, aus ihrem angestammten Gebiet im Central Kalahari Game Reserve (CKGR) in außerhalb gelegene Siedlungen umzusiedeln. Diamanten im CKGR sind der Grund für den Konflikt. Die Regierung bestreitet allerdings jeden Zusammenhang mit vermuteten Diamantenvorkommen in diesem Gebiet und rechtfertigt ihr Vorgehen mit dem Recht auf Modernisierung und dem Schutz der Natur. Seit April 2002 beschäftigt sich der High Court mit der Frage, ob die Einstellung von grundlegenden Dienstleistungen (Wasser, Lebensmittel, Medizin) im Januar 2002 illegal war. 2005 finden weitere gerichtliche Anhörungen der Sans statt. Im September hindert die Polizei eine Gruppe von Sans daran, in das Reservat einzudringen. Dabei kommt es zum Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas. Mindestens 21 Demonstranten werden festgenommen.

br

Burundi (Hutu)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1962
Konfliktparteien:	verschiedene Hutu Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Neben dem Friedens- und Demokratisierungsprozess gehen die Kampfhandlungen der letzten aktiven Rebellengruppe in Burundi an. Agathon Rwasas extremistische Fraktion der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes - Nationale Befreiungsfront (Palipehutu-FNL) ist die einzige Rebellengruppe, die kein Friedensabkommen mit der Regierung unterzeichnet hat. Daher gehen die sporadischen, aber intensiven Gefechte zwischen Palipehutu-FNL und der Regierungsarmee weiter, wobei die Armee

von Kämpfern einer früheren Rebellengruppe, Pierre Nkurunzizas Rat für die Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD), unterstützt wird, die im November 2003 der Übergangsregierung beitrug und sich in eine politische Partei umwandelte. Ungefähr 35.000 Menschen fliehen zeitweilig vor den Kämpfen, die sich im Januar, Mai, Juni, August und September ereignen. Am 3. Juni unterbricht Rwasas Angriffe mit Gewehrsalven und Granaten die Kommunalwahlen in mehreren Distrikten. Im August greift die Palipehutu-FNL erstmals seit 1993 Ziele an, die außerhalb ihrer Hochburgen Bujumbura Rural und Bubanza liegen. Die Regierungsarmee verfolgt und bombardiert sie mit Kampfflugzeugen. Am 18. August beschießt Rwasas die Hauptstadt Bujumbura mit Granaten. Beide Parteien bezichtigen die jeweils andere Seite, der Aggressor zu sein und den Waffenstillstand zu verletzen, den sie am 15. Mai geschlossen hatten. Verhandlungen über die Implementierung des Waffenstillstandes, die am 10. Juni beginnen, werden nach sechs Tagen ergebnislos unterbrochen und seitdem nicht wieder aufgenommen. Daher stellt die Regierung der Palipehutu-FNL am 5. Oktober ein Ultimatum, die Gespräche wieder aufzunehmen, doch erfolglos. Doch seit Mitte September gibt es keine Berichte über Kämpfe mehr, da eine moderatere Gruppe in der Palipehutu-FNL, angeführt von Jean Bosco Sindyigaya Rwasas am 8. Oktober absetzt, der daraufhin Burundi verlässt. Weitgehend ungestört von den Kämpfen geht der Transitionsprozess des Landes weiter. Am 1. Dezember 2004 beginnt die UN-Mission in Burundi (ONUB) mit der Entwaffnung der ersten von schätzungsweise 55.000 Kämpfern in Burundi. Der Entwaffnungsprozess dauert an, mehrmals gestört durch Proteste und Ausschreitungen von Jugendlichen, die behaupten, zu früheren pro-Regierungsmilizen zu gehören und die Auszahlung der Entwaffnungsprämie fordern. Fast alle ehemaligen Rebellengruppen haben sich in politische Parteien transformiert. Nach dreimaliger Verschiebung findet das Verfassungsreferendum am 28. Februar statt, die neue Verfassung wird mit 90,1% der Stimmen angenommen. Nach einer mehrmonatigen Verzögerung finden am 3. Juni Kommunalwahlen statt, die die CNDD-FDD gewinnt. Daher beginnt die Hutu-dominierte Partei FRODEBU, politisch mit der Palipehutu-FNL

zusammenzuarbeiten. Am 7. Juli finden Parlamentswahlen statt, die ebenfalls die CNDD-FDD gewinnt. So auch die Präsidentschaftswahlen am 19. August, die der Führer und Präsidentschaftskandidat der CNDD-FDD, Pierre Nkurunziza, für sich entscheidet.

hlm

DR Kongo (Hema - Lendu)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Hema vs. Lendu	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft und Ressourcen zwischen den ethnischen Gruppen der Hema und der Lendu in der kongolesischen Ituri-Provinz dauert an. Kampfhandlungen finden hauptsächlich zwischen verschiedenen Milizen und der UN-Mission MONUC statt. Der einzige größere Angriff gegen zivile Ziele findet am 28. Januar statt, als Milizionäre der Front der Nationalisten und Fundamentalisten (FNI) ein Dorf angreifen und 15 Menschen töten. Im Jahr 2005 insgesamt erweitert MONUC ihr freiwilliges und zwangsweises Entwaffnungsprogramm in Ituri. Die Mission richtet weitere Reintegrationszentren ein, insgesamt bestehen sechs. Am 14. März stellt MONUC den Milizen ein Ultimatum, ihre Waffen niederzulegen. Rund 550 Kämpfer der Miliz der Bewaffneten Kräfte des Kongolesischen Volkes (FAPC) geben ihre Waffen eine Woche später ab. MONUC verstärkt auch ihre Bemühungen, die Entwaffnung der Milizen zwangsweise voranzutreiben. Die Anführer der Union der Kongolesischen Patrioten (UPC) und der Partei für Einheit, Sicherheit und Integrität des Kongo (PUSIC), Thomas Lubanga und Kahwa Panga Mandro, werden verhaftet. UN-Blauhelme töten bei ihren Aktionen rund 120 Milizionäre, dabei sterben mindestens zehn von ihnen. Der schwerste Zwischenfall ereignet sich im März, als Blauhelme die Verantwortlichen für einen früheren Überfall suchen, bei dem neun UN-Soldaten getötet wurden. MONUC Blauhelme töten mindestens 50 Milizionäre bei dieser Operation. Die kongolesische Regierung entsendet 2005 zum ersten Mal Truppen in die Ituri Provinz, um die UN-Mission dort zu unterstützen. Am Ende des Jahres sind die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Milizen^{pb} deutlich geschwächt.

DR Kongo (Rebellen)

Intensität: 4	Änderung: ↘	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	verschiedene Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Regierung von Joseph Kabila und verschiedenen ehemaligen Rebellengruppen die an der Regierung beteiligt sind und verbliebenen Rebellen sowie abtrünnigen Milizionären deeskaliert. Der Konflikt um die nationale Macht ist eng verknüpft mit dem um die Kontrolle der Ressourcen im Kongo. Die Integration von ehemaligen Rebellen in die neue Armee sowie die Repatriierung von ruandischen Flüchtlingen geht weiter. 2005 verbessert die Regierung Kabilas ihre Beziehungen zu Uganda und Ruanda. Diese beiden Länder hatten in der Vergangenheit aufgrund von strategischen Interessen verschiedene Rebellengruppen direkt unterstützt. Die strategischen Interessen bezogen sich auf ruandische bzw. ugandische Rebellen, die im Kongo Rückzugsgebiete besaßen. Unter den Rebellen, die sich nicht an der Übergangsregierung beteiligen, befinden sich Mayi-Mayi Milizen und abtrünnige Soldaten der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie Goma (RCD-G) unter Laurent Nkunda. Diese beiden Gruppen bekämpfen sich im Dezember 2004. Im September 2004 waren rund 350 loyale RCD-G Soldaten von loyalen Einheiten zu Nkunda übergelaufen. Trotz eines temporären Waffenstillstands zwischen Mayi-Mayi und Nkunda gehen die Kämpfe im Januar und Februar weiter. Dadurch werden 7.000 Menschen gezwungen, nach Uganda zu fliehen. Seit April kämpft die reguläre Armee regelmäßig mit Hutu-Milizionären der Interahamwe und Mayi-Mayi. Die Kämpfe finden in den Provinzen Katanga, Ituri, Nord- und Südkivu statt. Der externe Druck auf die Hutu und andere Milizen, ihre Waffen abzugeben, steigt. Am 24. Juni kündigt der EU Sondergesandte für das Gebiet der Großen Seen Aldo Ajello an, die EU werde eine zwangsweise Entwaffnung militärisch unterstützen. Die UN-Mission MONUC verstärkt ihr Programm der erzwungenen Entwaffnung im Juni. Die größte Einzeloperation findet am 9. November statt, als 336 Rebellen sich UN- und kongolesischen Regierungstruppen ergeben. Das Mandat von MONUC wird ende November vom Sicherheitsrat der UNO^{pb}

Elfenbeinküste (Rebellen)

Intensität: 3 Änderung: ↘ Beginn: 1999
 Konfliktparteien: FN, Group of Seven vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Regierung von Laurent Gbagbo, den Forces Nouvelles (FN) und den Oppositionsparteien um die nationale Macht besteht fort. In Auseinandersetzungen innerhalb der von Soldaten der UNO und Frankreich geschützte Pufferzone zwischen dem von den Rebellen besetzten Norden und dem von der Regierung kontrollierten Süden des Landes kommen 78 Menschen ums Leben. Infolge des Waffenstillstandsvertrags von Pretoria vom 6. April kommt es jedoch nicht mehr zu systematischen und dauerhaften Zusammenstößen zwischen Rebellen und Regierungsgruppen. Die in den Verträgen von Accra und Pretoria vereinbarte Entwaffnung der Rebellen sowie der regierungsnahen Milizen kommt nicht zustande. Am 1. August weigern sich die FN, ihre Waffen nieder zu legen, weil ihnen die Zugeständnisse der Regierung nicht weit genug gehen. Der geplante Beginn der Entwaffnung von regierungsnahen Milizen durch die UN am 24. August muß wegen Geldmangels verschoben werden. Als sich das Ende Gbagos Regierungszeit nähert, Wahlen jedoch nicht durchführbar erscheinen, optiert der UNO Sicherheitsrat in seiner Resolution 1633 für eine um 12 Monate verlängerte Amtszeit des Präsidenten Gbagbo. Innerhalb diese Zeitspanne muß der Präsident aber einen Großteil seiner Vollmachten an einen neuen Premier Minister abgeben, welcher in Abstimmung aller Konfliktparteien neu ernannt werden soll. Trotz Proteste von Seiten der Opposition und Rebellen gegen diese Entscheidung kommt es am 30. Oktober, dem Tage der geplanten Wahl, zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Nach intensiven Verhandlungen, an denen auch der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo beteiligt ist, gelingt es den Konfliktparteien, sich im Dezember auf den amtierenden Gouverneur der Bank Westafrikanischer Staaten (BCEAO) Charles Konan Banny als neuen Premier Minister zu verständigen.

mg

Gambia - Senegal

Intensität: 2 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Gambia vs. Senegal
 Konfliktgegenstand: Ressourcen

Die unangekündigte Verdoppelung der Fährgelühren für das Überqueren des Gambia Flusses durch die Behörden in Gambia im September, und der dadurch beeinträchtigte Güter- und Personenverkehr zwischen der Provinz Casamanance und dem übrigen Senegal bilden den Auftakt für intensive diplomatische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten. Nachdem Senegal aus Protest gegen diese Maßnahme seine Grenzen zu Gambia schließt, verkündet Gambia Anfang Oktober eine Senkung der Fährgelühren um 15%, was vom Senegal als ungenügend zurückgewiesen wird. Am 21. Oktober treffen sich die Konfliktparteien unter der Leitung des nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo in Dakar, Senegal. Als Ergebnis dieser Verhandlungen verpflichtet sich Gambia, die Fährgelühren drastisch zu senken, während Senegal ankündigt, die Grenzblockade aufzuheben. rs

Guinea (Guerze - Konianke)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 2001
 Konfliktparteien: Guerze vs. Konianke
 Konfliktgegenstand: Regionale Vorherrschaft

Die Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen der christlichen Guerze und der muslimischen Konianke im Süd-Osten Guineas, die bereits im Jahr 2001 über 100 Menschenleben gefordert hatten, nehmen 2005 erneut zu. Am 19. Oktober kommt es zu Zusammenstößen beider Gruppen in der Stadt Nzerekore, in deren Folge ca. 10 Personen schwer verletzt werden. Nach der Entsendung von Eliteeinheiten der Armee in das Konfliktgebiet werden ca. 100 Personen im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen. Die christlichen Guerze sehen sich als rechtmäßigen Bewohner des Südosten Guineas, was zu Spannungen gegenüber den erst im 19. Jahrhundert zugewanderten muslimischen Konianke führt. Diese Spannungen haben seit dem liberianischen Bürgerkrieg noch zugenommen, in dem die Konianke mit den LURD Rebellen sympathisierten, während die Guerze, aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer verwandten

ethnischen Gruppe, den Präsidenten Charles Taylor unterstützten.

ssw

Guinea (Mordanschlag)

Intensität: 3	Änderung: neu	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Unbekannte Attentäter vs. Staatsoberhaupt Guinea	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Inmitten internationaler Befürchtungen, daß Guinea sich vor dem Hintergrund regionaler Instabilität sowie innerer Spannungen zu einem weiteren "failed state" entwickeln könnte, kommt es am 19. Januar in der Hauptstadt Conakry zu einem Attentat auf die Wagenkolonne des Präsidenten Lansana Conté. Conté überlebt unverletzt. Offizielle Stellen in Guinea machen in der Folge ausländische Kräfte für das Attentat verantwortlich. Im Mai beschuldigt der scheidende Chef-Ankläger des Kriegsverbrechertribunals in Sierra Leone, David Crane, den ehemaligen liberianischen, im nigerianischen Exil befindlichen Präsidenten Charles Taylor, für das Attentat verantwortlich zu sein. Im liberianischen Bürgerkrieg hatte die Regierung Guineas massiv eine Rebellengruppe unterstützt, die gegen die damalige liberianische Regierung unter Präsident Charles Taylor kämpfte.

rs

Guinea-Bissau (PAIGC)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	PAIGC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen Regierung und der Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kap Verdes (PAIGC) ist deeskaliert um eine Stufe. Die Parlamentswahlen im März 2004 gewinnt die PAIGC. General Joao Vieira, kehrt im April 2005 aus dem Exil zurück und setzt sich in den Präsidentschaftswahlen am 24. Juli gegen den Kandidaten der bisherigen Regierungspartei PAIGC, Malam Bacai Sanha, durch. Der Interimspräsident Henrique Rosa, der seit der Entmachtung Yalas im September 2003 im Amt ist, wird damit abgelöst. Der Kampf um die nationale Macht zwischen Vieira und dem amtierenden Premierminister und Parteivorsitzenden der PAIGC Carlos Gomes junior nimmt Verlauf des Jahres an Schärfe zu.

Vieira hatte die PAIGC von 1980 bis 1998 angeführt und wurde 1994 in den ersten freien Wahlen zum Präsidenten gewählt, bis er 1999 durch die Armee entmachtet wurde. Premier Gomes junior befürchtet nun, daß der wiedergewählte Vieira das Land erneut in den Bürgerkrieg führen wird und verweigert zunächst die Zusammenarbeit mit ihm. Die Spannungen eskalieren soweit, daß Vieira am 28. Oktober die Regierung unter Gomes junior auflöst und seinen langjährigen Weggefährten Aristide Gomes zum neuen Premierminister ernennt. Vieira begründet dieses Vorgehen mit dem angeblichen Versagen Gomes juniors, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu bewältigen. Die PAIGC wertet dieses Vorgehen als Verfassungsbruch, da sie die stärkste Partei im Parlament bildet und demnach das Recht auf die Ernennung des Premierministers hat. Premier Gomes junior weigert sich sein Amt aufzugeben. Am 10. November präsentiert Vieira die neue Regierung, in der die stärkste Partei PAIGC nur ein Amt innehat und damit praktisch von der Regierung ausgeschlossen ist.

kaa

Kenia (ethnische Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	kenianisch Volksgruppe vs. ugandische Volksgruppe	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Bei Überfällen und Vergeltungsschlägen zwischen ethnischen Gruppen in Kenia wurden im Jahr 2005 über 180 Menschen getötet und mindestens 17.000 Personen aus ihren Dörfern vertrieben. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen (ethnischen) Gruppen in Kenias trockenen Grenzgebieten wurden hauptsächlich wegen den Ressourcen Wasser und Weideland ausgetragen. Im Januar wurden in bei inter-ethnischen Auseinandersetzungen zwischen den Garre und den Murule, zwei somalisch-kenianische Klans, in Mandela im Nordosten Kenias, 20 Menschen getötet. Weitere 14 Personen kamen im Januar in der Region Mai Mahiu im Nakuru Distrikt bei gewaltsamen Auseinandersetzungen um Wasser zwischen den Kikuyu und den Masai ums Leben, woraufhin 2.000 Personen aus ihren Dörfern flüchteten. Im März flohen weitere 1.500 Familien nach einem Massaker aus El Golicha, einem Dorf neben El Wak in Mandera. Der Angriff der Garre auf die

Murule war die Vergeltung für vorherige Überfälle der Murule. Ein Schlichtungskomitee, bestehend aus religiösen Führern und prominenten Personen inklusive lokalen Politikern, wurde mit Unterstützung der Regierung eingesetzt. Nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens kehrten die meisten Flüchtlinge zurück. Am 12. Juli überfielen hunderte der ethnischen Gruppe der Borana zuzuordnende Angreifer in Marsabit nahe der kenianisch-äthiopischen Grenze die Gabra. 76 Personen wurden getötet, woraufhin mehr als 6.000 Menschen flohen. Die kenianische Regierung kündigte im Juli die Schließung der kenianisch-äthiopischen Grenze an, nachdem somalische Milizen der Marehan zwei mal die Grenzen in Mandera überquerten und eine Person umbrachten sowie 39 Kuhköpfe stahlen. tk

Kenia (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System / Ideologie

Die Einführung einer neuen Verfassung in Kenia wird nach wie vor von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten begleitet. Das Parlament stimmte im Juli einem Verfassungsentwurf zu, bei dem, anders als im "Boma"-Entwurf der Verfassungskonferenz 2004 vorgeschlagen, der Präsident seine starke Position behalten und der neu eingerichtete Posten des Premier Ministers mit wenigen Befugnissen ausgestattet sein sollte. Zeitgleich wurden in Nairobi bei dreitägigen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei eine Person getötet und mehrere verletzt. Im Vorgeld des Referendums über den Verfassungsentwurf im November setzte die Polizei in der Stadt Kisumu in Westkenia am 31. Oktober Tränengas, Schlagstöcke und scharfe Munition gegen die Demonstranten ein. Auslöser der Auseinandersetzung, bei der erneut vier Demonstranten getötet und Dutzende verletzt wurden, war der Versuch jugendlicher Verfassungsgegner, politische Veranstaltung der Pro-Verfassungskampagne zu stören. tk

Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1997
 Konfliktparteien: Ninja, CNR vs. Sassou-Ngesso
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Der Konflikt zwischen der Regierung von Denis Sassou-Ngesso und der Ninja Miliz von Frédéric Bitsangou um die Autonomie der Pool-Region dauert an. Von Beginn des Reintegrationsprozesses der ehemaligen Rebellen im März an beklagt Bitsangou ungenügende Geldmittel. Am 25. Juni überfallen Ninja einen Hilfsgüterkonvoi der UNO. Am 13. Oktober versuchen Sicherheitskräfte der Regierung Ninja-Kämpfer und ihre Angehörigen aus Häusern in der Hauptstadt Bazzaville zu vertreiben, die diese vorher besetzt hatten. Eine Woche später kämpfen die Sicherheitskräfte erneut mit Ninja, schließlich beruhigt sich die Lage. pb

Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Anhänger)

Intensität: 2 Änderung: ↓ Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Charles Taylor, Taylor-Anhänger vs. LURD, MODEL
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen

Die Lage in Liberia hat sich deutlich entspannt. Seit Juni 2004 fanden keine Zusammenstöße zwischen den Konfliktparteien statt. Trotz der Deeskalation verlängert die UNO zweimal die Sanktionen für Diamanten und Holz um sechs Monate, da diese Ressourcen in der Vergangenheit dazu benutzt wurden, die Bürgerkriege in Liberia und seinen Nachbarländern anzuheizen. Um ein destabilisierendes Maß der Korruption zu verhindern, wollen die UN und die Weltbank Liberias Souveränität, Verträge über die Ausbeutung der reichen und vielfältigen Ressourcen des Landes abzuschließen, beschränken ein Plan, den die herrschende Elite des Landes energisch ablehnt. Erst nachdem die Geber drohen, die Hilfe für Liberia einzufrieren, erklärt sich die Regierung am 14. September mit dem Plan einverstanden. Ex-Präsident Charles Taylor, der im August 2003 nach Nigeria ins Exil gehen musste und in Sierra Leone wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist, wird verdächtigt, sich nach wie vor in die Geschehnisse Liberias einzumischen und mehrere bei den Wahlen antretende Parteien finanziell zu unterstützen. Am

11. Oktober finden die Wahlen für die beiden Kammern des Parlaments sowie die Präsidentschaftswahlen statt. Da es keinem Kandidaten gelingt, die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen, findet am 8. November ein zweiter Wahlgang zwischen den verbleibenden Kandidaten, dem ehemaligen Fußballstar George Weah und der UN-Mitarbeiterin Ellen Johnson-Sirleaf, statt, die Johnson-Sirleaf gewinnt.

hlm

Nigeria (Christen - Muslime)

Intensität: 3 Änderung: ▼ Beginn: 2004
 Konfliktparteien: Muslims, Hausa-Fulani vs. Christians, Yoruba
 Konfliktgegenstand: System / Ideologie

Der Konflikt zwischen Christen und Muslimen in den zentralen und nördlichen Bundesstaaten Nigerias deeskaliert. Vergangenes Jahr wurden hunderte von Menschen bei Zusammenstößen im Plateau Bundesstaat getötet. Muslime bewohnen hauptsächlich den Norden, Christen den Süden Nigerias. Die Zusammenstöße, die auch in diesem Jahr andauerten, finden häufig entlang religiöser Grenzen als auch entlang von Grenzen bezüglich der Nutzungsrechte von Ackerland statt. 1999 hatten mehrere Bundesstaaten nach dem Ende der Militärdiktatur das islamische Recht der Shari'ah angenommen. Seitdem starben rund 1.000 Menschen bei Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen, etwa 200.000 Menschen wurden vertrieben. Das UNHCR, Nigeria und Kamerun unterzeichnen 2005 ein Abkommen, das die freiwillige Repatriierung von rund 10.000 nigerianischen Flüchtlingen aus Kamerun vorsieht. Die Mehrzahl der Rückkehrer steht vor großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Ende Mai beklagen Menschenrechtsaktivisten die Freilassung von tatsächlichen und vermuteten Tätern der letztjährigen Zusammenstöße. Am 26. Juli führt der Kano Bundesstaat ein Gesetz ein, daß Frauen verbietet, Busse gleichzeitig mit Männern zu benutzen.

pb

Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)

Intensität: 3 Änderung: ▼ Beginn: 1997
 Konfliktparteien: Ijaw vs. Itsekiri, Regierung
 Konfliktgegenstand: Ressourcen

Das Niveau der Gewalt im Konflikt zwischen rivalisierenden ethnischen Gruppen und der nigerianischen Regierung nimmt ab. Anfang Februar überfällt das Militär ein Dorf im Rahmen einer Strafexpedition, nachdem in der Gegend zuvor Regierungsbeamte angegriffen worden waren. Menschenrechtsaktivisten behaupten, daß solche Strafexpeditionen regelmäßig durchgeführt würden. Am 4. Februar werden vier Personen vom Militär während einer Demonstration vor einem Chevron Texaco Ölterminal erschossen. Am 30. Juni kommt es bei der nationalen Konferenz, die eine ausgeglichene Verfassung ausarbeiten soll, zu einer Blockade hinsichtlich der Verteilung der nigerianischen Öleinkünfte. Nachdem nigerianische Beamte bekannt gegeben haben, daß der Anführer der Niger Delta Volksfreiwilligen Kräfte (NDPVF) Mujuhid Dokubo-Asari wegen Hochverrat angeklagt werden soll, besetzen militante Anhänger mehrere Ölförderanlagen. Asari hatte in Zeitungen eine Neuverteilung der Öleinkünfte gefordert. Am 27. September nehmen die Förderanlagen die Produktion wieder auf. Am 6. Oktober wird Dokubo-Asari angeklagt. Die Höchststrafe ist die Todesstrafe.

pb

Nigeria - Kamerun

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 1961
 Konfliktparteien: Nigeria vs. Kamerun
 Konfliktgegenstand: Territorium

Der Konflikt zwischen Nigeria und Kamerun um Bakassi-Halbinsel eskaliert auf ein gewaltsames Niveau. Die Halbinsel selbst besteht hauptsächlich aus Sumpfbereich und wird von Fischern bewohnt. In den Gewässern vor der Küste befinden sich jedoch reiche Ölvorkommen. Nachdem die UN nach einem Schiedsspruch des IGH die Übergabe der Halbinsel von Nigeria an Kamerun ausgehandelt hatte, protestieren Nigerianer auf Bakassi entschieden dagegen. Aufgrund dieser und weiterer interner Opposition zieht der nigerianische Präsident Olesgun Obasanjo seine Truppen nicht wie vereinbart zurück. Beide Staaten kommen überein erneut ein Treffen abzuhalten, das

die Übergabemodalitäten regeln soll. Im Juni nimmt Nigeria jedoch nicht an diesem Treffen teil. Kamerun wirft Nigeria vor, kamerunsche Außenposten in den folgenden Wochen zweimal angegriffen und dabei am 21. Juni einen Soldaten getötet zu haben. Nigeria weist diesen Vorwurf zurück und bestreitet, daß es zu Grenzzwischenfällen gekommen ist.

pb

Ruanda (verschiedene Hutu-Rebellengruppen)

Intensität: 2 Änderung: ↓ Beginn: 1990
 Konfliktparteien: Interahamwe, ex-FAR, FDLR vs. Regierung

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Regierung von Paul Kagamé und Hutu Rebellen der Interahamwe, der Demokratischen Kräfte für die Befreiung von Ruanda (FDLR) and der ehemaligen Armee (FAR) wird auf ruandischem Boden gewaltlos ausgetragen. Die Rebellen waren überwiegend in Nachbarländer, vor allem den Kongo, ausgewichen. Am 18. Januar nehmen die "Gacaca", traditionelle Gerichte, ihre Arbeit auf und machen der überwiegenden Zahl der über 80.000 der Teilnahme am Genozid von 1993 Verdächtigen den Prozess. Dies ist eine primordiale Gerichtsform, die von den jeweiligen Dorfältesten präsidiert und von der Dorfgemeinschaft besucht wird. Mehrere tausend Beschuldigte fliehen nach Burundi. Im April verweigert Burundi ihnen den Status als politische Flüchtlinge. Hochrangigen Beschuldigten wird der Prozess vor dem UN-Sondergerichtshof in Arusha, Kenia, gemacht. Am 1. August entlässt die Regierung 36.000 Personen, die vor Gacaca-Gerichten gestanden hatten. Die FDLR-Miliz, die in den Kongo ausgewichen war, erklärt am 31. März ihre Bereitschaft, sich zu entwaffnen und zu reintegrieren. Am 30. Mai antwortet Kagamé, daß er keine Verhandlungen mit der FDLR wie angestrebt als Vorbedingung für ihre Entwaffnung akzeptiere. Der Druck auf ruandische Rebellen auf kongolesischem Territorium steigt. Am 25. August drohen der Kongo, Uganda und Ruanda den Hutu-Milizen mit ernsthaften Konsequenzen, sollten diese sich nicht entwaffnen. Im November beginnen kongolesischen Truppen und MONUC-Blauhelmsoldaten mit einer Operation, die die FDLR aus dem Ost-Kongo vertreiben soll. Am 9.

November ergeben sich ihnen 336 Hutu Rebellen. Einige tausend weitere werden weiterhin im Kongo vermutet.

pb

Senegal (MFDC)

Intensität: 2 Änderung: ↘ Beginn: 1982
 Konfliktparteien: MFDC vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Die Unterzeichnung eines Friedensvertrages Ende 2004 wird sowohl von der senegalesischen Regierung als auch von dem Verhandlungsführer und langjährigen Vorsitzenden der Mouvement des Forces Démocratiques de Casamance (MFDC), Diamacoune Senghor, als ein Meilenstein für die Beendigung des über zwanzig Jahre dauernden Konfliktes bezeichnet. Auch das Ausland reagiert überaus positiv auf die Entwicklungen. So sichern insgesamt 19 Staaten, darunter auch die USA, Finanzhilfen für den Wiederaufbau zu. In der Folgezeit wird der Friedensvertrag eingehalten, es kommt 2005 zu keinen Anschlägen oder gewaltsamen Zusammenstößen in der Casamance-Region. Der Konflikt bleibt jedoch ungelöst. Der militärische Flügel der MFDC lehnt die Vertragsunterzeichnung weiterhin ab und droht mit neuen Anschlägen. Dies bekräftigt deren Führer Salif Sadio in einem Radiointerview Mitte Oktober. Die Radiostation wird vom senegalesischen Innenministerium für mehrere Tage geschlossen und die Mitarbeiter kurzfristig zur Vernehmung inhaftiert.

de

Simbabwe (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 2000
 Konfliktparteien: MDC, NCA vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt um nationale Macht zwischen der Regierungspartei Afrikanische Nationale Union Simbabwe - Patriotische Front (ZANU-PF) Robert Mugabes und der Oppositionspartei Bewegung für einen Demokratischen Wechsel (MDC) eskaliert, nachdem die ZANU-PF-Regierung im März die nationalen Wahlen gewinnt. Mugabes Regierungspartei gewinnt zwei Drittel der Sitze in den Parlamentswahlen und hat damit die Möglichkeit, die Verfassung zu ändern. Die Opposition kritisiert das Wahlverfahren und beschuldigt die Regierung des Wahlbetrugs. Kurz

vor der Wahl werden über 1.000 Wahlhelfer entlassen, da die Regierung sie verdächtigt, im Interesse der Opposition zu handeln. Kleinere Proteste in der Hauptstadt Harare sowie die Ankündigung der MDC, die Gerichte anzurufen, führen zu keinen nennenswerten Ergebnissen. Die Nationale Verfassungsversammlung (NCA) - eine Koalition pro-demokratischer Gruppen der Zivilgesellschaft - ruft die Oppositionsparteien zum Wahlboykott auf, bis eine neue Verfassung erlassen sei, die Wahlbetrug verhindere. Kurz nach den Wahlen beginnt Mugabe mit der "Operation zur Wiederherstellung der Ordnung". Tausende Häuser in den Vororten der großen Städte werden von Regierungstruppen zerstört, wodurch ca. 700.000 Menschen obdachlos werden. Die MDC bezeichnet diese Vertreibungen als einen Akt der Rache gegen die Oppositionswähler. Im November steht die MDC kurz vor einer Spaltung über der Frage, ob sie an den Wahlen zur wiedereingeführten ersten Kammer des Parlaments teilnehmen soll oder nicht. Während MDC-Führer Morgan Tsvangirai gegen die Teilnahmen seiner Partei ist, läßt eine Gruppe von 26 MDC-Mitgliedern sich als Kandidaten registrieren. bw

Somalia (Somaliland)

Intensität: 2	Änderung: ↓	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Somaliland vs. Regierung, Puntland	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen Somaliland und Somalia deeskaliert deutlich. Die sich einseitig für unabhängig erklärte Republik Somaliland, geographisch identisch mit dem ehemaligen Britisch-Somaliland, wird weiterhin international nicht anerkannt. Die Truppen Puntlands und Somalilands, die noch im Herbst 2004 schwere Gefechte um die umstrittene Region Sool ausgefochten hatten, haben sich seitdem zurückgezogen und sich keinen Anlass für eine Wiederaufnahme der Kämpfe geboten. Puntland beginnt ein DDR-Programm, vor allem wohl um die friedlichen Absichten seines ehemaligen Anführers und neugewählten gesamt-somalischen Präsidenten Abdullahi Yussuf zu demonstrieren. cb

Somalia (Rebellen)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Warlords vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Das Ausmaß der Gewaltanwendung nimmt im beobachteten Zeitraum im Machtkonflikt zwischen den verschiedenen Gruppierungen, Clans und Kriegsherren in Somalia ab. Ende 2004 scheint ein nachhaltiger Friede möglich: Föderale Übergangsinstitutionen (TFI) werden eingerichtet. Der neugewählte Präsident Abdullahi Yussuf, zuvor Führer der Region Puntland, die sich selbst für autonom erklärt hatte, ernennt im Januar 2005 Ali Muhammed Gedi zum neuen Premierminister und Chef der Föderalen Übergangsregierung (TFG). Die meisten Warlords und Anführer der verschiedenen Gruppierungen werden in die TFG als Minister oder stellvertretende Minister eingebunden. Kurz nach ihrer Bildung in Nairobi, Kenia, kündigt die TFG die Verlegung ihres Sitzes nach Somalia an. Von Februar an besuchen etliche Mitglieder der TFG und des Übergangsparlaments Somalia, um die Bevölkerung für die Unterstützung der TFG zu gewinnen. Präsident und Premierminister besuchen Somalia am 24. Februar zum ersten Mal seit ihrer Amtsübernahme. Im Mai 2005 beginnt die Regierung mit der Verlegung ihrer Einrichtungen nach Somalia. Präsident Abdullahi Yussuf und Premierminister Gedi ziehen mit dem größten Teil der Regierung nach Jowhar. Ein kleinerer Teil der Minister bezieht jedoch Posten in Mogadischu. Neben der Frage des Regierungssitzes ist zwischen den Beiden Fraktionen auch die Frage umstritten, ob benachbarte Staaten ebenfalls Truppen für eine von der AU zugesagte Friedensmission stellen sollen. Schwere innerfraktionelle Kämpfe werden lediglich aus Baidoa gemeldet, wo zwei rivalisierende Gruppierungen der Rahanweyn Widerstandsarmee (RRA) um die Herrschaft in der Stadt streiten. Die Gruppierungen können jeweils dem Regierungs- und Oppositionslager zugerechnet werden. Zwei Attentate auf Premierminister Gedi am 3. Mai und 6. November, beide in Mogadischu, fordern zusammen etwa 20 Menschenleben. Premierminister Gedi selbst bleibt jedoch unverletzt. Die Attentate auf Gedi wurden mit versteckten und ferngezündeten Bomben ausgeführt, was eine bislang in Somalia fast unbekannte, relativ weit entwickelte Methode

darstellt. Beobachter berichten von einem starken Anstieg illegaler, das Waffenembargo brechenden Waffenimporte nach Somalia.

cb

Sudan (Darfur)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	SLM/A, JEM, NMRD vs. Regierung, Janjaweed	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt in der westsudanesischen Darfur-Region über regionale Vorherrschaft dauert auf einem hochgewaltsamen Niveau an. Konfliktparteien sind die sudanesische Regierung sowie regierungsloyale Janjaweed-Milizen auf der einen Seite und die Rebellengruppen der Sudanesischen Befreiungsbewegung/-armee (SLM/A) sowie der Gerechtigkeits- und Gleichheitsbewegung (JEM) auf der anderen Seite. Das am 8. April 2004 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen von N'djamena (CFA), ergänzt von einer Prinzipienklärung, die während der fünften Runde der intersudanesischen Gespräche (ISPT) am 5. Juli unterzeichnet wird, bewirkt keine Deeskalation. Im Januar entsteht eine neue Rebellengruppe, die Nationale Bewegung für Wiederaufbau/Reform und Entwicklung (NMRD), welche erklärt, die Waffenstillstandsabkommen nicht anzuerkennen. Während des gesamten Jahres, insbesondere im November, sind die Parteien in Kampfhandlungen verwickelt und bewirken die Flucht von 15.000 Menschen, zusätzlich zu den schon vorhandenen 1,75 Millionen Binnenflüchtlingen, die der Konflikt schon verursacht hat. Zusätzlich zu der verstärkten Mission der Afrikanischen Union im Sudan (AMIS) entsendet die UN die Mission UNMIS in den Sudan. AMIS, die 2004 mit der Überwachung des CFA begonnen hatte, fehlen nach wie vor die Ressourcen sowie das Mandat zur Zwangsausübung, um das CFA durchzusetzen und Zivilisten zu beschützen. Am 8. Oktober sterben vier nigerianische AU-Soldaten in einem Rebellenangriff. Im März verhängt die UN begrenzte Sanktionen und weist die Jurisdiktion für die in dem Konflikt begangenen Gräueltaten dem Internationalen Strafgerichtshof (ISG) zu. Am 24. März autorisiert die UN UNMIS, die Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) zu unterstützen, das am 17. Januar zwischen der Regierung und der Nationalen

Allianz für Demokratie (NDA) - einer umfassenden Oppositionsorganisation, der auch die SLM/A angehört - geschlossen wurde. Am 14. Oktober stellt die UN fest, daß weder die Regierung noch die Rebellenbewegungen die vereinbarte Entwaffnung umgesetzt haben. Am 3. November steht die SLM/A kurz vor der Spaltung, als Minni Minnawi zum neuen Führer der SLM/A gewählt wird und das Votum vom früheren Führer Abdel-Wahed Mohamed el-Nur nicht anerkannt wird. Diese Spannung in der SLM/A behindert die Aufnahme der siebten Runde der Friedensverhandlungen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja. Die siebte Runde beginnt schließlich am 28. November.

lh

Sudan (Östliche Front)

Intensität: 3	Änderung: neu	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Östliche Front vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im östlichen Teil des Sudan entsteht ein neuer Konflikt als Ergebnis der Versuche, den Konflikt zwischen der sudanesischen Regierung und der Südsudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (SPLM/A) zu lösen. Diese beiden unterzeichnen am 9. Januar ein Friedensabkommen. Am 16. Januar unterzeichnet auch der wichtigste Dachverband der Opposition, die Nationale Allianz für Demokratie (NDA), der auch die SPLM/A und die Sudanesische Befreiungsbewegung/-armee (SLM/A) aus der westsudanesischen Darfur-Region angehören, ein Friedensabkommen mit der Regierung. Dies führt dazu, daß der Beja Kongress, eine ostsudanesische tribale Widerstandsorganisation, die NDA verläßt und mit den tribalen Freien Löwen-Kräften Raschida eine militärische Allianz mit dem Namen "Die Östliche Front" bilden. Sie verlangen, an Macht und Wohlstand beteiligt zu werden. Am 19. Januar werden in Port Sudan 25 Menschen getötet und 100 verwundet, als die Polizei auf Demonstranten des Beja-Stammes schießt, die größere Autonomie fordern. Nachdem die NDA am 16. Juni ein Machtbeteiligungsabkommen mit der Regierung unterzeichnet, beginnen Rebellen der Beja-Kongress-Gruppe im Ostsudan eine Großoffensive, zerstören drei Lager der Regierungsarmee und nehmen 20 Soldaten gefangen. Die Regierung reagiert mit einer

Gegenoffensive, bei der sie schwere Waffen einsetzt.

dc, hlm

Sudan (SPLA)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1955
 Konfliktparteien: SPLA vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Ressourcen

Nachdem bereits im vergangenen Jahr ein umfassendes Friedensabkommen zwischen der sudanesischen Regierung und den im Südsudan beheimateten Rebellen der Sudaese People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) ausgearbeitet wurde, unterzeichnen beide Seiten am 9. Januar einen weitreichenden Friedensvertrag, welcher den seit über 15 Jahren andauernden und über 1,5 Millionen Tote fordernden Bürgerkrieg beenden soll. Der Vertrag sieht unter anderem eine weitgehende Autonomie des Südsudan mit der Möglichkeit einer Separation, eine Neuregelung der Verteilung seiner Erdölressourcen sowie eine Beteiligung der SPLM/A an der Zentralregierung vor. Begleitet werden diese Entwicklungen durch parallele Abkommen der sudanesischen Regierung mit der Dachorganisation der sudanesischen Opposition, der National Democratic Alliance (NDA) am 16. Januar und 18. Juni. Zur Unterstützung des Abkommens beschließt der UN-Sicherheitsrat im März die Entsendung von 10.000 Blauhelmen in die Region. Die Ratifikation einer neuen Übergangsverfassung durch beide Seiten am 8. Juli macht den Weg für die Bildung einer neuen Regierung unter Teilhabe der SPLM/A frei. Gefährdet wird dieser Prozess durch den überraschenden Tod des Rebellenführers der SPLM/A und designierten Vizepräsident John Garang. Dieser stürzt am 30. Juli des Jahres während einer Reise nahe der Grenze zu Uganda mit einem Hubschrauber ab. Die Meldung von Garangs Unfalltod am 1. August löst Wut und Verzweiflung unter seinen Anhängern aus, welche sich in den Flüchtlingsiedlungen der sudanesischen Hauptstadt Khartoum und den Städten Juba und Malakal in gewaltsamen Ausschreitungen entlädt und 130 Tote fordert. Die angespannte Situation deeskaliert nach massivem Einsatz der Sicherheitskräfte und Friedensaufrufen des neuen Anführers der SPLM/A Salva Kiir Mayardit. Programmatisch setzt Salva Kiir Mayardit die Arbeit seines Vorgängers fort. Am

11. August übernimmt er das Amt des Vizepräsidenten des Sudan. Weitere Wegmarken des Friedensabkommens sind die erste Tagung des neuen Parlaments am 31. August sowie die Vereidigung der neuen sudanesischen Regierung am 22. September.

dc, te

Swasiland (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 2000
 Konfliktparteien: SFTU, PUDEMO, Swaziland Youth Congress (SWAYOCO) vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System / Ideologie

Der neue Verfassungsentwurf, erarbeitet von König Mswatis Brüdern, stärkt die Macht des Monarchen und verbietet weiterhin alle oppositionellen Parteien. Gegen diesen Verfassungsentwurf und gegen die Verschwendungssucht des Monarchen richtete sich Ende Januar der landesweite Generalstreik des Gewerkschaftsbundes Swasiland (SFTU) und anderer Oppositionsgruppen. Einen Rückschlag erlitten die prodemokratischen Oppositionsgruppen im März, als das Oberste Gericht ihre Klage gegen den Verfassungsentwurf zurückwies. Die oppositionelle PUDEMO (Peoples United Democratic Movement) wird von der Polizei beschuldigt für die Brandanschläge von Anfang Oktober verantwortlich zu sein. PUDEMO selbst bestreitet jedoch jegliche Beteiligung und bezeichnet das vermeintliche Bekenntschreiben als billige Propaganda. Ebenfalls im Oktober und zum ersten mal seit 33 Jahren gelang es der Opposition mit Jimmy Hlophe, einem Mitglied der verbotenen Partei Ngwane National Liberatory Congress (NNLC), ein Parlamentsmandat zu erhalten. Die Regierung bekundet zwar weiterhin ihre Zweifel an der Legitimation der Oppositionsgruppen, signalisiert aber zum ersten mal Bereitschaft mit ihren Kritikern zu reden.

Tansania (Sansibar)

Intensität: 2 Änderung: ↗ Beginn: 1993
 Konfliktparteien: CUF vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Nach relativ friedlichen Zeiten verschlechtert sich die Situation während der Vorbereitungen der Präsidentschaftswahlen auf der semi-autonomen Insel Sansibar. Während die Wahlen auf dem Festland aufgrund des Versterbens eines

Kandidaten der Opposition verschoben werden müssen, finden am 30. Oktober auf Sansibar Präsidentschaftswahlen statt. Bis auf einige gewaltsame Zusammenstöße zwischen der Polizei und Demonstranten der Opposition während der Auszählungen verlaufen die Wahlen relativ friedlich. Die Oppositionspartei Bürgerliche Vereinigte Front (CUF), welche die Wahl nur knapp verliert, erkennt die errungenen Sitze im Parlament an, bezweifelt jedoch den fairen Verlauf des Wahlgangs.

fl

Togo (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Nach dem Tod von Präsident Eyadema Gnassingbe am 5. Februar hebt das Militär die Verfassung auf. Diese sieht den Vorsitzenden der Nationalversammlung als Interimspräsidenten vor und verlangt Neuwahlen binnen 60 Tagen. Das Militär ernennt den Sohn des verstorbenen Präsidenten, Faure Gnassingbe, zum neuen Präsidenten des Landes. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft und nach Demonstrationen im Land setzt das Parlament die alte Verfassung wieder ein. Gnassingbe erklärt seinen Rücktritt als Interimspräsident. Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, Abass Bonfoh, übernimmt das Amt des Interimspräsidenten. Die Präsidentschaftswahlen sollen am 24. April stattfinden. Im Vorfeld kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Opposition und Anhängern der Regierung sowie den Sicherheitskräften, da die Opposition massiven Wahlbetrug befürchtet. Gnassingbe wird mit ca. 60% der Stimmen zum Sieger der Wahl erklärt. Die Opposition wirft der Regierung Wahlbetrug vor und erkennt den Wahlausgang nicht an. Es kommt zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und der Bevölkerung, denen eine unbekannte Zahl an Menschen zum Opfer fällt. Die Angaben schwanken zwischen 100 und 790. Ungefähr 40.000 Flüchtlinge suchen Schutz vor Verfolgung in Benin und Ghana. Nach dem Scheitern einer Zusammenarbeit von Regierung und Opposition bei der Regierungsbildung wird eine neue Regierung vorgestellt, die sich

überwiegend aus Gnassingbe-Treuen zusammensetzt.

as

Uganda (LRA)

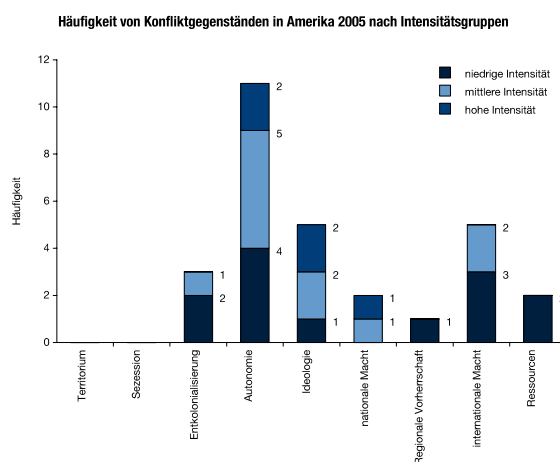
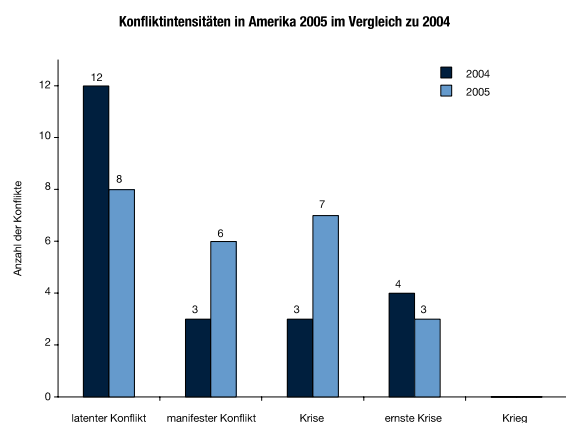
Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	LRA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der Regierung von Yoweri Museveni und der Widerstadsarmee Gottes (LRA) von Joseph Koni dauert an. Mehr als 1.600.000 Menschen mußten aufgrund des Konflikts fliehen. Die LRA entführte rund 20.000 Personen, die meisten Kinder. Diese wurden in Sexsklaverei gezwungen oder mußten Kindersoldaten werden. Am 30. Dezember 2004 hatten beiden Seiten vereinbart, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Im Januar und Februar 2005 herrschte ein unsicherer Waffenstillstand. Seit Ende Februar wurden die Kampfhandlungen wieder aufgenommen und dauern das Jahr über an. Im April tötet die Ugandische Armee rund 50 LRA-Kämpfer und befreit mehrere hundert Entführte, vor allem Kinder. Der Internationale Strafgerichtshof beginnt mit der Untersuchung der Verwicklung der LRA in Straftaten. Dies war noch zu Beginn des Jahres während der nichtgewaltsamen Verhandlungsphase als Behinderung der Konflikttransformation von Uganda betrachtet worden. Am 7. Oktober veröffentlicht der Strafgerichtshof fünf Haftbefehle gegen hochrangige LRA Mitglieder. Die militärischen Kapazitäten der LRA werden weiter durch die Zusammenarbeit des Sudan mit Uganda verringert. Das Territorium des Sudan diente der LRA bis 2004 als Rückzugsgebiet. Am 11. Oktober gestattet der Sudan Uganda zum wiederholten Mal die Verfolgung der LRA auf dessen Territorium für eine begrenzte Zeit. Im September weicht eine Gruppe der LRA vom Sudan auf kongolesisches Territorium aus, um der ugandischen Verfolgung zu entgehen. Nach erheblichem diplomatischem Druck zwingen kongolesischen und MONUC-Blauhelmsoldaten diese, das Territorium des Kongo wieder zu verlassen.

pb

Amerika

Die Gesamtzahl an Konflikten in Amerika steigt in diesem Jahr von 23 auf 25. Verglichen mit dem Vorjahr sind keine signifikanten Änderungen in den Intensitäten zu beobachten. Der Systemkonflikt zwischen den USA und Kuba intensiviert sich wegen eines großen Militärmanövers, an dem ca. vier Millionen Kubaner teilnehmen. Die nach wie vor unsichere und gespannte wirtschaftliche Lage in Mittel- und Lateinamerika scheint die Hauptursache für Instabilität in vielen Staaten der Region zu sein. In diesem Zusammenhang ist eine zunehmende Zahl an Konflikten mit der indigenen Bevölkerung zu beobachten, die für mehr Rechte kämpfen. Beispiele dafür sind die Konflikte Bolivien (Opposition), Ecuador (Opposition), Ecuador (Indigene Bevölkerung), Kolumbien (Guambianos), Brasilien (MST) und Mexiko (EZLN), welches der erste Konflikt dieser Art ist. Dies veranschaulicht die Graphik, die in der Kategorie Ideologie/System eine hohe Anzahl gewaltsamer Konflikte aufzeigt. Die innerstaatlichen Konflikte in Kolumbien verlieren an Intensität oder bleiben gleich, da die Regierung erneut Verhandlungen mit allen Konfliktparteien aufzunehmen versucht. Erfolgreich scheint jedoch nur die Demobilisierung der Paramilitärs (AUC) zu verlaufen. Die zwischenstaatlichen Konflikte werden nach wie vor gewaltlos ausgetragen.



Argentinien (Piqueteros)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 2001
 Konfliktparteien: Piqueteros vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie

Im Konflikt um das wirtschaftliche und soziale System Argentiniens zeichnet sich auch in diesem Jahr keine politische Lösung ab. Im August schlugen mehrere tausend Piqueteros ein Zeltlager auf der Plaza de Mayo vor dem Parlament auf, um für mehr Sozialleistungen, bessere Bildung und Arbeitsplätze zu protestieren. Die fünftägigen Proteste verlaufen friedlich. Nachfolgende Demonstrationen werden allerdings teilweise gewaltsam von der Polizei daran gehindert bis zur Plaza de Mayo vorzudringen, erst Mitte September gelingt dies wieder mit einer Demonstration von bis zu 40.000 Teilnehmern. Trotz der heftigen Kritik an der Regierung Kirchner wird diese bei

den Parlaments- und Senatsteilwahlen Ende Oktober deutlich bestätigt, indem der linke Flügel der peronistischen Partei eine komfortable Mehrheit erhält.

eg

Belize (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie

Nach der Veröffentlichung des Haushalts für 2005/06, der massive Steuererhöhungen vorsieht kommt es am 15. Januar in der Hauptstadt Belmopan zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Demonstranten fordern den Rücktritt von Premierminister Said Musa. Am 20. Januar beginnt ein von Wirtschaft und Gewerkschaften

Zusammenfassung: Konflikte in Amerika 2005

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Argentinien (Piqueteros)	Piqueteros vs. Regierung	System / Ideologie	2001	•	2
Argentinien - Iran*	Argentinien vs. Iran*	andere	1994	•	1
Belize (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	2005	neu	3
Bolivien (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, Autonomie	1983	↗	3
Brasilien (MST)	MST vs. Regierung	Ressourcen	1995	↘	2
Costa Rica - Nicaragua*	Costa Rica vs. Nicaragua*	Territorium	1945	•	1
Ecuador (Indigene Bevölkerung)	indigene Bevölkerung vs. Regierung	Ressourcen	1998	↑	3
Ecuador (Opposition)	Außerparlamentarische Opposition vs. Regierung	Ideologie / System, nationale Macht	1998	↑	3
Guatemala (PAC)	PAC vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1960	•	2
Haiti (Opposition)	Aristide-Anhänger vs. Aristide-Gegner vs. Übergangsregierung	Nationale Macht	1986	•	4
Kanada (Quebec)*	Opposition vs. Regierung*	Autonomie	1945	•	1
Kolumbien (AUC)	AUC vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1995	↘	3
Kolumbien (ELN)	ELN vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1964	•	4
Kolumbien (FARC)	FARC vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1964	•	4
Kolumbien (Guambianos)	Guambianos vs. Regierung	Ressourcen	2005	neu	3
Kolumbien - Venezuela*	Kolumbien vs. Venezuela*	Internationale Macht	2004	neu	2
Kolumbien - Venezuela (Monjes Inseln)*	Kolumbien vs. Venezuela*	Territorium, Ressourcen	1932	•	1
Mexiko (EZLN)*	EZLN vs. Regierung*	Autonomie, Sonstige	1994	•	1
Peru (Leuchtender Pfad)*	Leuchtender Pfad vs. Regierung*	System / Ideologie	1980	↘	2
Peru - Chile - Bolivien	Peru vs. Chile vs. Bolivien	Territorium, Ressourcen	1952	•	1
USA - Kuba	USA vs. Kuba	System / Ideologie	1959	↗	2
USA - Kuba (Guantanamo)*	USA vs. Kuba*	Territorium	1959	•	1
Venezuela (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2000	•	3
Venezuela - Guyana*	Venezuela vs. Guyana*	Territorium	1962	•	1

-Legende: siehe Seite 11

organisierter, zweitägiger Generalstreik. Am folgenden Tag werden Regierungsgebäude von Demonstranten angezündet und Straßensperren errichtet. Bei weiteren Zusammenstößen werden Regierungsmitglieder mit Steinen und Flaschen beworfen. Im April kommt es weiterhin zu gewaltsamen Demonstrationen.

fs

Bolivien (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: ↗ Beginn: 1983
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, Autonomie

Im Konflikt zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und der Regierung kommt es

zu einer neuen Welle von Protesten. Auslöser hierfür ist der Wegfall von Subventionen für Treibstoff. Hintergrund des Konflikts ist ein Streit über die Verstaatlichung der bolivianischen Erdöl- und Gasressourcen. Bei den Protesten blockiert die Opposition Strassen und legt das öffentliche Verkehrssystem in der Hauptstadt La Paz und in der Provinz Cochabamba lahm. Präsident Carlos Mesa's Angebot, zurückzutreten, wird vom Kongress abgelehnt. Im Mai flammen die Proteste erneut auf. Die Demonstranten fordern eine Verfassungsreform, mehr Rechte für die indigene Bevölkerungsgruppe sowie mehr Autonomie für einige Provinzen des Landes. Mesa reagiert auf diese Forderungen, indem er ein Referendum über eine Autonomie ankündigt. Der

6. Juni aufgrund landesweiter, gewaltsamer Proteste zurück. Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Angehöriger indigener Bevölkerungsgruppen, Minenarbeitern und Mitgliedern von Gewerkschaften und der Polizei erschießt die Armee einen Gewerkschaftsführer - das erste Todesopfer in den Protesten. Am 6. Juli drohen Vertreter ärmerer westlicher Provinzen mit weiteren Protesten, nachdem der Kongress keine Verstaatlichung der nationalen Energiereserven zustande gebracht hat. Übergangspräsident Eduardo Rodriguez kündigt Präsidentschaftswahlen für den 18. Dezember an. Am 5. Oktober erlangen die Sicherheitskräfte die Kontrolle über ein besetztes Ölfeld zurück.

cg, fs,mz

Brasilien (MST)

Intensität: 2 Änderung: ↓ Beginn: 1995
 Konfliktparteien: MST vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ressourcen

Der Konflikt zwischen der MST (Bewegung der Landarbeiter ohne Land) und Brasilien beruhigt sich diesem Jahr. Im März besetzen MST Aktivisten 12 Farmen brasilianische Großgrundbesitzer. Diese Aktion soll Druck auf die Regierung des Präsidenten Luiz Lacio "Lula" da Silva ausüben. "Lula" hatt während des Wahlkampfes 2002 eine Landreform versprochen. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit einem Wahlversprechen aus 2002. Bis 2007 sollen 400.000 Familien geeignete Ackerflächen zugewiesen werden, um die Agrarreform endlich voranzutreiben. Mitte Mai folgen 12,000 Landarbeiter einem Aufruf der MST zu einem 200km-Marsch in die Hauptstadt Brasilia, um ihre Forderungen zu bekräftigen.

mk

Equador (Indigene Bevölkerung)

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 1998
 Konfliktparteien: indigenous population vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ressourcen

Der Konflikt zwischen Teilen der indigenen Bevölkerung und der Regierung wird seit diesem Jahr erstmals gewaltsam ausgetragen. Im August kommt es zu Unruhen und Streiks der Arbeiter. Sie fordern eine höhere Gewinnbeteiligung und Investitionen in Infrastruktur und Arbeitsbedingungen. Die Ölproduktion kommt

nahezu zum Erliegen. Am 19. August wird in zwei Provinzen des Landes der Notstand ausgerufen. Daraufhin tritt der Verteidigungsminister zurück. Sein Nachfolger besucht die Provinzen und leitet ein Verhandlungsverfahren ein. Ein Kontrakt wird beschlossen, der versichert, daß die Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter eingehen; er findet bei der indigenen Bevölkerung Zuspruch. Die Streiks und Ausschreitungen werden beendet. Das Parlament hebt am 25. August den Notstand wieder auf.

cg

Equador (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 1998
 Konfliktparteien: nicht-parlamentarische Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ideologie/ System, nationale Macht

Der Konflikt zwischen Regierung und Opposition erreicht einen neuen Höhepunkt. Die Entlassung der Mehrheit der Verfassungsrichter durch Präsident Lucio Gutiérrez 10. Dezember 2004 führt zu Protesten. Die Opposition wirft der Regierung vor, durch die Entlassung demokratische Prinzipien zu verletzen. Die Opposition protestiert gegen Korruption und Armut, die in weiten Teilen der Bevölkerung Equadors vorherrscht. Am 16. April wird der Ausnahmezustand für die Hauptstadt Quito ausgerufen. Zehntausende Demonstranten fordern den Rücktritt Gutiérrez'. In der Nacht zum 19. April werden mindestens vier Person getötet. Nach dem Gutiérrez vom Kongress am 20. April abgesetzt wird, flieht ins Exil nach Brasilien. Die Proteste flauen daraufhin ab. Sein Nachfolger ist der bisherige Vizepräsident Alfredo Palacio. Palacio ist Equadors fünfter Präsident in acht Jahren.

cg

Guatemala (PAC)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1960
 Konfliktparteien: PAC vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Zivilen Selbstverteidigungstruppe (PAC) und der Regierung über Entschädigungszahlungen hat seinen Ursprung in dem 30 Jahre dauernden Bürgerkrieg. Die PAC fordert Entschädigungszahlungen, obwohl sie für Massaker in der Zeit des Bürgerkriegs

verantwortlich gemacht wird. Am 9. Februar erklärt der Oberste Gerichtshof die Entschädigungszahlungen für verfassungswidrig. Einige PAC-Mitglieder protestieren gegen das Urteil und blockieren Verkehrswege. Präsident Oscar Berger bietet an, die PAC mit Infrastrukturprojekten zu entschädigen.

ih, cg

Haiti (Opposition)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Aristide followers vs. Aristide opponents vs. interim Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der in Haiti seit 19 Jahren andauernde interne Konflikt in Haiti hält an. Eine weitere Destabilisierung des Landes resultiert aus dem steigenden Drogenhandel, Kriminalität und Korruption. Nach dem Sturz von Präsident Bertrand Aristide am 28.02.2004 ist das tägliche Leben von Demonstrationen, Überfällen, Entführungen und Ermordungen geprägt. Sie treten hauptsächlich in den Elendsvierteln der Hauptstadt Port-au-Prince auf. Ca. 250 Menschen fallen ihnen zum Opfer. Zeitweise sind bis zu 40% des Staatsgebietes nicht unter Kontrolle der Staatsgewalt. Die hohe Zahl an Kleinwaffen (ca. 200.000 im Umlauf) ist eine der größten Herausforderungen für die Gewährleistung der Sicherheit. Der Übergangsregierung von Alexandre Boniface gelingt es nicht die Lage zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund ist die Durchführung nationaler und demokratischer Wahlen ein entscheidender Aspekt im Konfliktverlauf. Die Anhänger Aristides bestehen nachdrücklich auf der Anerkennung von Aristide als legitimen haitianischen Präsidenten und fordern seine Rückkehr aus dem südafrikanischen Exil. Außer regelmäßigen Demonstrationen bilden Aristide-Befürworter gewaltbereite Gangs, die in hohem Masse zur herrschenden Unsicherheit beitragen. Sie beherrschen einige Elendsviertel in Port-au-Prince. Zudem bekämpfen vorwiegend ehemalige Soldaten der aufgelösten Armee, Aristide-Gangs und staatliche Akteure. Zeitweise kontrollieren sie auch ganze Teile des Landes. Die haitianische Polizei (PNH) versagt darin, Recht und Ordnung herzustellen und wird beschuldigt Aristide-Befürworter zu diskriminieren. Mindestens 10 Menschen werden bei einem Angriff der PNH auf ein Fußballspiel in Port-au-Prince

getötet. Im März beginnt die robuste UN-Mission aktiv mit der Demobilisierung von Gangs. Obgleich die Demobilisierungsmassnahmen teilweise erfolgreich sind, führen sie zum Tod von unbeteiligten Personen aus der Zivilbevölkerung. Die Entwaffnung der Gangs verläuft nur schleppend.

il

Kolumbien (AUC)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	AUC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System/ Ideologie	

Die Friedensverhandlungen zwischen den rechtsgerichteten Paramilitärs (AUC) und der Regierung werden fortgeführt. Trotzdem wird der Konflikt weiterhin gewaltsam ausgetragen. Ein Problem bei den Friedensverhandlungen bleiben anhaltende Verletzungen von Waffenstillständen. Am 4. April werden sechs AUC Rebellen bei Gefechten mit der kolumbianischen Armee getötet. Trotz dem gelingt es Präsident Alvaro Uribe, in diesem Jahr durch Friedensverhandlungen etwa 5.000 der 19.000 Kämpfer der AUC zu entwaffnen. Am 02. August legen in der Nähe von Medellin bei der größten Demobilisierung des Jahres 2.000 Mitglieder der AUC ihre Waffen nieder. Die Regierung hat das Amnestiegesetz - "Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden" - erlassen, das dem Großteil der entwaffneten Paramilitärs Straffreiheit zusichert; so können maximal 22 Monate Haft für ehemalige AUC Kämpfer verhängt werden. Menschenrechtsorganisationen kritisieren diesen Gesetzesentwurf, da so schwere Verbrechen ungestraft blieben. Am 6. Oktober droht die AUC mit der Beendigung des Demobilisierungsprozesses. Sie protestiert damit gegen die Überführung von Diego Murillo, einem ehemaligen Kommandeur der AUC, in ein Hochsicherheitsgefängnis. rt

Kolumbien (ELN)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	ELN (National Liberation Army) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die etwa

5.000-Mann starke Rebellenorganisation verhält sich in diesem Jahr mit militärischen Aktionen etwas zurückhaltender. Kolumbianische Behörden verhaften am 12. Dezember 2004 Jose Ramirez, der für mehrere Entführungen verantwortlich gemacht wird. Die ELN tötet am 15. August zwei Priester. Am 6. September übergibt die ELN dem Roten Kreuz den Leichnam von Ancizar Lopez, einem ehemaligen Gouverneur der Provinz Quindio, der in der Gefangenschaft gestorben war. Obwohl es von beiden Seiten vereinzelte Anzeichen von Gesprächsbereitschaft gibt, finden keine konkreten Friedensverhandlungen statt.

rt

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	FARC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), die etwa 16.000 Kämpfer unter Waffen haben, und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die militärische Offensive der Regierung - Plan Patriot - gegen die Linksrebellen löst eine neue Anschlagswelle auf Soldaten, Politiker und Infrastruktur in vielen Regionen des Landes aus. Allein im Zeitraum von Februar bis Ende Juli sterben etwa 120 kolumbianische Armeeangehörige in Feuergefechten mit der FARC. Die größten Kämpfe gab es im Staat Putumayo an der Grenze zu Ecuador, bei denen allein am 25. Juni 19 kolumbianische Soldaten getötet werden. Daraufhin ruft die Regierung dort den Ausnahmezustand aus, der für mehrere Wochen in Kraft bleibt. Die Regierung Kolumbiens signalisiert mehrmals im Laufe des Jahres Verhandlungsbereitschaft für einen Gefangenenaustausch. Die FARC besteht u.a. auf zwei demilitarisierten Zonen als Vorbedingungen für Verhandlungen, was die Regierung kategorisch ablehnt.

rt

Kolumbien (Guambianos)

Intensität: 3	Änderung: neu	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Guambianos vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der indigenen Gruppe der Guambianos und der kolumbianischen Regierung

um die Landverteilung in südwestlichen Provinz Cauca beginnt am 12. Oktober. 10.000 Protestanten besetzen eine 4.000 Hektar große Farm, die ihnen nach eigenen Angaben nach einer Landreform zustehen. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten stirbt ein Protestant, weitere 30 werden teilweise schwer verletzt. Die Regierung lehnt Verhandlungen ab, solange die Farm besetzt bleibt. Im Weiteren kündigen die Sicherheitskräfte an, die besetzte Farm gewaltsam zu räumen.

fs

Peru - Chile - Bolivien

Intensität: 1	Änderung: •	Beginn: 1952
Konfliktparteien:	Peru vs. Chile vs. Bolivia	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

Zwischen Peru und Chile kommt es in diesem Jahr zu einer deutlichen Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen. Am 3. November erlässt das peruanische Parlament ein Gesetz, welches eine Neuregelung der territorialen Hoheitsgewässer zwischen den Staaten Peru und Chile festlegt. Demnach soll das peruanische Hoheitsgewässer durch Übernahme von chilenischem Hoheitsgewässer um 37 900 km² erweitert werden. Chile protestiert dagegen heftig und bekräftigt, daß es besagtes Hoheitsgebiet und seine Fischereirechte nicht abtreten wolle und weiterhin kontrollieren werde. Dabei beruft sich Chile auf Verträge, die 1952 und 1954 geschlossen wurden, um die territorialen Konflikte zwischen Peru und Chile zu beheben. Peru hingegen bestreitet die Gültigkeit der Verträge und bekundet, daß eine klare Formulierung der Grenzen zwischen den Hoheitsgewässern Perus und Chiles bisher nicht vorliege.

jih

USA - Kuba

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1959
Konfliktparteien:	USA vs. Cuba	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen den USA und Kuba wird weiterhin gewaltlos ausgetragen. Am 13. Dezember vergangenen Jahres wird das größte Militärmanöver seit 20 Jahren unter dem Namen "Bastion 2004" von den kubanischen Streitkräften durchgeführt. Dabei nehmen neben 100.000 Soldaten auch mehrere Millionen Reservisten und

Produktionsbrigaden teil. Der stellvertretende Generalstabschef Andollo begründet das Manöver damit, den USA zu demonstrieren, die kubanische Revolution zu verteidigen. Zuvor hat Kubas Präsident Fidel Castro erneut die US-Regierung als "reaktionär und aggressiv" bezeichnet. Die USA dementieren erneut jede Absicht zu einer Invasion auf Kuba. Infolge der Spannungen zwischen beiden Ländern werden die Reisebeschränkungen weiter aufrechterhalten.

fs

Venezuela (Opposition)

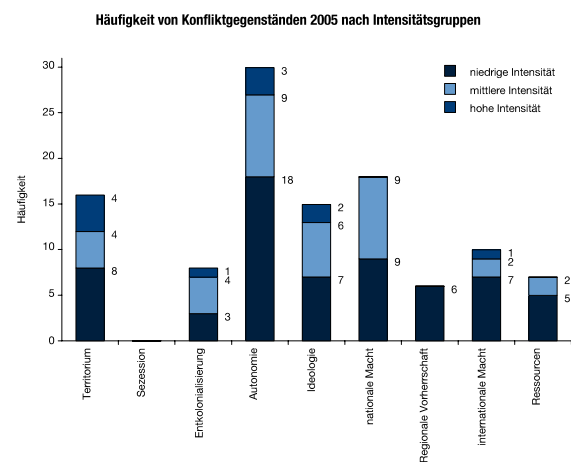
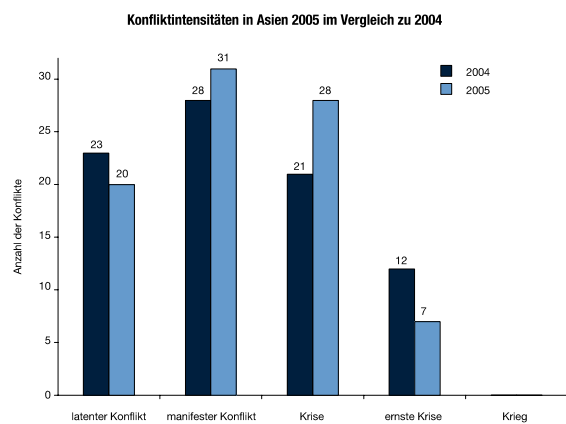
Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System/ Ideologie	

Der Macht- und Systemkonflikt zwischen der Regierung des Präsidenten Hugo Chavez und der Opposition verläuft in der ersten Jahreshälfte weitgehend gewaltfrei. Am 12. Januar kündigt Chavez an, die Besitzverhältnisse der Ländereien überprüfen zu wollen. Großgrundbesitzer befürchten Enteignungen. Am 24. März werden einige Farmen in Großgrundbesitz verstaatlicht. Das am 16.08.2004 abgehaltene Referendum über ein Amtsenthebungsverfahren gewinnt Chavez mit 58 Prozent der Stimmen. Die Opposition wirft ihm Wahlbetrug vor. Seither kommt es nur vereinzelt zu Demonstrationen. Bei Protesten am 29. August werden einige Menschen verletzt, als Gegner und Anhänger Chavez'

snm, cg, fs

Asien und Ozeanien

Im Jahr 2005 ist Asien und Ozeanien die Region, in der die meisten Konflikte beobachtet werden. Von den 86 andauernden Konflikten befinden sich 51 auf einer geringen Intensität, während 21 eine mittlere und 12 eine hohe Intensität verzeichnen. Ein Krieg wurde nicht registriert. Zwei Konflikte werden 2005 abgeschlossen und zwei neue brechen aus. Die Mehrheit der Konflikte sind intern und beziehen sich auf regionale Vorherrschaft. Die Umweltkatastrophen, die die Region trafen, beeinflussen die Entwicklung von zwei der relevantesten und längsten Konflikte positiv. Nachdem im Dezember 2004 ein von einem Seebeben hervorgerufener Tsunami im Indischen Ozean mehrere Anrainerstaaten traf, wird ein Friedensabkommen zwischen den GAM Rebellen der Provinz Aceh und der indonesischen Regierung unterschrieben. Des weiteren provoziert das Erdbeben im von Pakistan verwalteten Teil Kaschmirs vom Oktober 2005, welches über 70.000 Tote und über 3 Millionen Obdachlose hinterlässt, die erstmalige Öffnung Indiens seit 1947 entlang der "Line of Control" in der Region Kaschmir. Neue Konflikte brechen in Zentralasien aus. Grund dafür ist der wachsende Widerstand der Zivilgesellschaft und der politischen Parteien gegen das autoritäre Vorgehen der dortigen Regierungen. Einer der Konflikte eskaliert zu einer Krise: im März bewirkt der unter dem Namen "Tulpen-Revolution" bekannte Staatsputsch in Kirgistan den Rücktritt von Präsident Askayev.



Bangladesch (Awami Liga)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Awami League vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition Awami League Party (AL) über nationale Macht dauert an. Am 27. Januar sterben bei einem Granatanschlag während einer Demonstration der ehemalige Finanzminister Shah AMS Kibria und vier weitere Mitglieder der AL. Außerdem werden rund 70 Menschen verletzt. Die AL ruft zu einem viertägigen Generalstreik auf. Mindestens 50 Menschen werden während des Protests bei Zusammenstößen mit der Polizei verletzt. Am 21. September fordert die AL wiederum einen Streik, um gegen die Erhöhung der Ölpreise zu protestieren. 40 Menschen werden

während der Proteste in der Hauptstadt Dhaka verletzt

mih

Bangladesch (JMB)

Intensität: 3 Änderung: **neu** Beginn: 2005
 Konfliktparteien: JMB vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ideologie

Am 17. August explodieren in Bangladesch mehr als 300 kleine Bomben in mehreren Städten. Zwei Menschen sterben und mindestens 140 werden verletzt. Die Regierung macht die islamistische Gruppe Jamatul-Mujahedin-Bangladesh (JMB), welche am 23. Februar für illegal erklärt wurde, für die Anschläge verantwortlich, der an einigen Anschlagorten Flugblätter mit der Forderung nach der Einführung der Scharia gefunden

Zusammenfassung: Konflikte in Asien und Ozeanien 2005

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Bangladesch (Awami League)	Awami League vs. Regierung	Nationale Macht	1991	•	3
Bangladesch (Chittagong Hill Tracts)*	PCJSS vs. UPDF*	Regionale Vorherrschaft	1997	•	3
Bangladesch (JMP)	JMP vs. Regierung	Nationale Macht, Ideologie	2005	neu	3
Bangladesch (PCJSS, UPDF)*	PCJSS, UPDF vs. Regierung*	Autonomie	1971	↗	3
Bangladesch - Indien	Bangladesch vs. Indien	Territorium, Ressourcen (Wasser)	1971	↑	3
Bangladesch - Myanmar*	Bangladesch vs. Myanmar*	Ressourcen	1991	•	2
China (Falun Gong)	Falun Gong vs. Regierung	System / Ideologie	1999	•	2
China (Pro-demokratische Parteien Hongkongs)	Pro-demokratische Parteien Hongkongs vs. chinesische Regierung	Autonomie, System / Ideologie	1999	•	2
China (Hui)*	Hui vs. Regierung, Han*	andere	2004	↓	2
China (Taiwan)	China vs. Taiwan	Sezession, System / Ideologie	1949	•	2
China (Tibet)*	Tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung*	System / Ideologie, Sezession	1912	•	2
China (Xinjiang)	Islamische Bewegung Ost-Turkestan vs. Regierung	System / Ideologie, Sezession	1990	↘	2
China - Indien	China vs. Indien	Territorium, internationale Macht	1947	•	1
China - Vietnam*	China vs. Vietnam*	Territorium, Ressourcen	1945	•	1
China - Vietnam u. a. *	Brunei vs. China vs. Indonesia vs. Malaysia vs. Phippines vs. Singapore vs. Taiwan vs. Vietnam*	Territorium, Ressourcen	1945	•	1
Fidschi (ethnische Gruppen)*	Ethnische Fidschier vs. indische Wirtschaftselite*	Regionale Vorherrschaft	1987	↗	2
Indien (Assam)	ULFA, NDFB, BLTF vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1979	•	4
Indien (Ayohya)	Hindus vs. Muslime	Regionale Vorherrschaft	1901	↗	3
Indien (Bodos - Santhals)*	NDFB vs. Santhals*	regionale Vorherrschaft	1994	•	2
Indien (Dimasa - Hmar)*	Dimasa vs. Hmar*	Regionale Vorherrschaft	1987	•	2
Indien (GSU)*	Garo Students Union (GSU) vs. Regierung*	System / Ideologie	2005	neu	3
Indien (Gujarat)*	Hindus vs. Muslime*	Regionale Vorherrschaft	1987	↘	1
Indien (Kashmir)	Kaschmirische und pakistanische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1947	•	4
Indien (LTTE)*	LTTE vs. Regierung*	Andere	1987	•	1
Indien (Manipur)	UNLF, MPLF, ZRA vs. Regierung	Sezession	1964	•	4
Indien (Nagaland)	NSRN vs. Regierung	Sezession	1956	↓	2
Indien (Nagas - Kukis)*	NSCN vs. KNF*	Regionale Vorherrschaft	1947	↗	3
Indien (Naxaliten)	Naxaliten vs. Regierung	System / Ideologie	1997	↗	4
Indien (Sikhs)*	Sikhs vs. Regierung*	Regionale Vorherrschaft, Autonomie	1929	↑	3
Indien (Tripura)*	National Liberation Front of Tripura (NLFT) vs Regierung*	Sezession	1980	•	3
Indien (ULFA - Biharis, Bengalen)*	ULFA vs. Biharis, Bengalis*	Regionale Vorherrschaft	1981	•	3
Indonesien (Aceh)	GAM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1953	↘	3
Indonesien (Jeemah Islamiyah)	Jemaah Islamiyah vs. Regierung	Nationale Macht	1981	•	3
Indonesien (Kalimantan)*	Dayaks vs. Madurese*	Regionale Vorherrschaft	1997	•	1
Indonesien (Moluccans)	Muslime, Laskar Dschihad vs. Christen	System / Ideologie, regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Indonesien (Papua)*	OPM vs. Regierung*	Sezession, Ressourcen	1949	•	2
Indonesien (Sulawesi)	Laskar Dschihad, Jemaah Islamiyah vs. Christen	Regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Japan - China (Senkakus-Diaoyous Insel)*	Japan vs. China *	Territorium, Ressourcen	1972	↗	2
Japan - Russland (Kuril-Insel)*	Japan vs. Russland*	Territorium	1945	•	1

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Japan - Südkorea (Tokto - Takeshima Insel)*	Japan vs. Südkorea*	Territorium	1945	•	1
Kambodscha (CFF)*	CFF vs. Regierung*	System / Ideologie, Nationale Macht	2000	•	1
Kambodscha (CPP - FUNCINPEC, SRP)*	CPP vs. FUNCINPEC, SRP*	System / Ideologie, Nationale Macht	1979	↘	2
Kambodscha (Rote Khmer)	Rote Khmer vs. Regierung	Nationale Macht	1967	•	1
Kasachstan (Opposition)*	Oppositionsparteien vs. Regierung*	System / Ideologie	2004	•	2
Kirgistan (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	2005	neu	3
Laos (LCMD, CIDL)*	LCMD, CIDL vs. Regierung*	Nationale Macht, System / Ideologie, Autonomie	1975	•	4
Malaysia (KMM)*	Kumpulan Mujahideen Malaysia (KMM) vs. Regierung*	System / Ideologie	1998	•	2
Malaysia (ethnische Chinesen)*	Chinesen vs. Malaien*	Nationale Macht	1946	•	1
Malediven (MDP)*	Demokratische Partei der Malediven (MDP) vs. Regierung*	System / Ideologie	2003	↘	2
Myanmar (Rohingyas)	RSO, ARNO vs. Regierung	Sonstige	1948	•	3
Myanmar (Minderheiten)	Ethnische Minderheiten, Regierung	Sezession	1948	•	3
Myanmar (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	1982	•	2
Nepal (Maoisten)	KPN-M vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	1990	•	4
Nepal (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie	2002	•	2
Nepal - Bhutan*	Nepal vs. Bhutan*	Sonstige	1985	•	2
Nordkorea-Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	Internationale Macht, System / Ideologie	1945	•	2
Nordkorea - USA, Südkorea, Japan	Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan	Internationale Macht, System / Ideologie	1990	•	2
Osttimor - Australien *	Ost-Timor vs. Australien*	Ressourcen, Territorium	2002	•	2
Pakistan (Balochen)*	Belutschi-Befreiungsarmee, Paschtunische Milli-Awami-Partei, verschiedene Belutschi-Stämme vs. Regierung*	Andere	1998	•	3
Pakistan - Indien	Pakistan vs. Indien	Territorium, internationale Macht	1947	•	2
Philippinen (Abu Sayyaf)	Abu Sayyaf vs. Regierung	Sezession	1991	•	4
Philippinen (MILF)*	MILF vs. Regierung*	Sezession, System / Ideologie	1977	↗	3
Philippinen (NPA, CPP)*	NPA, CPP vs. Regierung*	System / Ideologie	1968	↘	1
Singapur (Jemaah Islamiah)*	Jemaah Islamiah vs. Regierung*	Regionale Vorherrschaft	1999	•	1
Singapur (Malaien)*	Malaien vs. Regierung*	Andere	1963	•	1
Singapur - Malaysia*	Singapur vs. Malaysia*	Internationale Macht, Territorium	1963	•	1
Solomonen (IFM - MEF)*	Istuba-Freiheitsbewegung (IFM) vs. Malaitische Adler-Kräfte (MEF)*	Nationale Macht, Ressourcen	1998	•	2
Sri Lanka (Buddhisten - Hinduisten, Muslime, Christen)*	Singhalesische Nationalisten, Konservative Buddhisten vs. Muslime, Christen, Tamilen*	System / Ideologie	1948	•	2
Sri Lanka (Jamiyathul Ulama - Sufis)*	Jamiyathul Ulama vs. Sufis*	regionale Vorherrschaft	1978	↘	1
Sri Lanka (LTTE - EPDP)*	Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) vs. Eelamische Volksdemokratische Partei (EPDP)*	Regionale Vorherrschaft	1996	•	3
Sri Lanka (LTTE - JVP)*	LTTE vs. JVP*	Sezession	1976	•	2
Sri Lanka (LTTE - PLOTE)*	LTTE vs. PLOTE*	Regionale Vorherrschaft	1979	•	1
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Autonomie	1976	•	3
Sri Lanka (LTTE, Tamilen - SLMC, Muslime)*	LTTE, Tamilen vs. SLMC, Muslime*	Regionale Vorherrschaft	1976	↘	2
Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)*	Karuna-Faktion (LTTE-Ost) vs. Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE)*	Regionale Vorherrschaft	2004	↘	3
Sri Lanka (SLMC)*	Sri-lankischer Muslim-Kongress (SLMC) vs. Regierung*	Andere	1982	↗	2

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Sri Lanka (singhalesische Nationalisten)*	Singhalesische Nationalisten, Jathika Hela Urumaya (JHU), konservativer buddhistischer Klerus vs. Regierung*	Ideologie / System	1948	•	3
Sri Lanka (Hochland Tamilen)*	Hochlandtamilen vs. Regierung*	Regionale Vorherrschaft	1948	↓	1
Tadschikistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	1997	•	3
Thailand (nördliche Hügelstämme)*	Ethnische Thais vs. Nördliche Hügelstämme, Stammesversammlung von Thailand*	Regionale Vorherrschaft	1955	•	1
Thailand (Südliche Grenzprovinzen)	Muslimische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1784	↘	3
Thailand - Kambodscha*	Thailand vs. Kambodscha*	Territorium, Internationale Macht	1954	•	1
Tonga (HRDM)*	Bewegung für Menschenrechte und Demokratie (HRDM) vs. Regierung*	Nationale Macht, Ideologie/System	1970	↗	2
Usbekistan (IMU)*	IMU vs. Regierung*	System / Ideologie, nationale Macht	1991	•	3
Usbekistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	2005	neu	3
Vietnam (KKNLF)*	KKNLF vs. Regierung*	Sezession, System / Ideologie	2002	•	2

-Legende: siehe Seite 11

wurden. Nach den Anschlägen verhaften die Behörden 169 Menschen. Am 26. August wird der JMB Führer Abdur Rahman in Abwesenheit für seine mutmaßliche Verwicklung in die Anschläge verurteilt.

vf, mih

Bangladesch - Indien

Intensität: 3 Änderung: ↑ Beginn: 1971
 Konfliktparteien: Bangladesh vs. Indien
 Konfliktgegenstand: Territorium, Ressourcen (Wasser)

Im Konflikt zwischen Indien und Bangladesch um Territorium und Ressourcen ereignen sich mehrere gewalttätige Zwischenfälle. Am 4. März liefern sich indische und bengalische Grenztruppen einen Schusswechsel, aufgrund des Baues eines Sicherheitszauns entlang der Grenze. Bangladesch weist darauf hin, daß der Zaun ein 1974 getroffenes Abkommen verletzt. Indien streitet dies ab und begründet den Zaunbau mit der Verhinderung illegaler Einwanderung. Am 19. April sterben ein indischer Offizier und ein Bengalischer Zivilist bei erneuten Grenzschiessereien. Laut indischen Behörden wird der Zivilist inmitten einer Untersuchung über eine Entführung getötet. Bangladesch wirft dem BSF (Indienn Border Security Service) vor, den Angriff auf bengalisches Territorium provoziert zu haben. Am 19. August finden erneut Gefechte statt. Grund dafür ist der Bau eines Staudamms seitens Bangladeschs am Fluss Mahananda. Mindestens

eine Person wird getötet und zwei weitere schwer verletzt. Die indischen Behörden behaupten, daß der Staudamm die Erosion in Indien verschlimmern wird und gegen ein bilaterales Abkommen von 1975 verstösst. Bangladesch behauptet, daß Indiens Vorwürfe ein Manöver seien, um Aufmerksamkeit von dem Grenzzaun abzulenken. Am 30. August gibt Indien zu, drei bengalische Staatsbürger beim Versuch, indisches Territorium zu betreten getötet zu haben.

mih

China (Falun Gong)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Falun Gong vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie

Der Konflikt zwischen der Regierung und Angehörigen der in China verbotenen spirituellen Gemeinde Falun Gong besteht fort. Gewaltakte werden nicht verzeichnet. Am 5. Mai macht der Oberste Gerichtshof in Hongkong die Verurteilung von acht Mitgliedern rückgängig, die drei Jahre zuvor nach einer Demonstration vor einem chinesischen Regierungsgebäude inhaftiert worden waren. Im Ausland demonstrieren Falun Gong-Anhänger gegen die chinesische Regierung.

jd

China (pro-demokratische Parteien Hong Kongs)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Hong Kong pro-democracy parties vs. Chinese Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Regierung und den pro-demokratischen Parteien Hongkongs über Autonomie und System besteht fort. Am 10. März tritt Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. Beobachter gehen von einem Rücktritt auf Druck der chinesischen Regierung aus. Tungs Nachfolger Donald Tsang darf nach einer Entscheidung Pekings nur die verbleibende Amtszeit seines Vorgängers von zwei Jahren amtieren, statt der von Hongkongs Grundgesetz vorgesehenen fünf. Am 1. Juli finden pro-demokratische Demonstrationen statt. Allerdings demonstrieren nur noch 10.000 Demokratieanhänger im Gegensatz zu mehreren Hunderttausenden im Jahr 2004. Im September ist eine Delegation von Hongkongs pro-Demokraten auf Besuch in der Hauptstadt Peking. Im Oktober stellt die Verwaltung Hongkongs Reformen vor, die zum universellen Wahlrecht führen sollen. Allerdings lehnt Peking eine Umsetzung in naher Zukunft ab.

jd

China (Taiwan)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1949
Konfliktparteien:	China vs. Taiwan	
Konfliktgegenstand:	Sezession, System/ Ideologie	

Der Sezessionskonflikt zwischen China und Taiwan dauert an. Am 14. März verabschiedet die chinesische Regierung ein Anti-Sezessionsgesetz, das China dazu berechtigt, im Falle der Erklärung formaler Unabhängigkeit von Seiten Taiwans Gewalt anzuwenden. Hunderttausende Taiwaner protestieren in der Hauptstadt Taiwans, Taipeh, gegen das Gesetz. Im Frühjahr besuchen Delegationen der beiden größten taiwanesischen Oppositionsparteien, der Kuomintang (KMT) und der Das-Volk-Zuerst-Partei (PFP), zum ersten Mal seit 1949 China. Im Mai fordert Taiwans Präsident Chen Shui-bian Peking zur Kontaktaufnahme mit der taiwanesischen Regierung auf. China verweigert Gespräche, solange sich Chen nicht mit

ihrer Ein-China-Politik einverstanden erklärt. Am 14. Mai gewinnt die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) des Präsidenten Chen Shui-bian die meisten Sitze der verfassungsgebende Versammlung. China sieht darin einen weiteren Schritt Taiwans in Richtung formaler Unabhängigkeit.

id

China (Xinjiang)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	East Turkestan Islamic Movement vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie, Sezession	

Der Konflikt zwischen den Uighuren, der muslimischen Minderheit in der Provinz Xinjiang, und der Regierung entspannt sich. Am 1. März lässt China eine führende uighurische politische Gefangene frei. Dennoch warnt der Weltkongress der Uighuren (WUC), einer Organisation, die die Unabhängigkeit Xinjians fordert, daß die Behandlung der Uighuren durch China zu starken und anhaltenden Unruhen in Xinjiang führen könnte. Im Ausland wird gegen die chinesische Politik gegenüber den Uighuren demonstriert.

id

China - Indien

Intensität: 1	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	China vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, internationale Macht	

Der Konflikt zwischen China und Indien über die nationalen Grenzen entschärft sich weiter. Indien und China unterschreiben am 11. April eine Vereinbarung, die den Konflikt über die Himalayagrenze beilegen soll. China hat seine Ansprüche auf den indischen Bundesstaat Sikkim aufgegeben, der 1975 von Indien annektiert wurde.

sbr

Indien (Assam)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	ULFA, NDFB, BLTF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Regierung und den separatistischen Gruppen Vereinte Befreiungsfront von Assam (ULFA), Nationale Demokratische Front von Bodoland (NDFB), und Tribale

Bodo-Befreiungsfront (BLTF) um die Errichtung eines unabhängigen Staates Assam verläuft weiterhin gewalttätig. Ein Verhandlungsangebot der Regierung an die ULFA im Dezember 2004 bleibt ergebnislos. Regierungstruppen greifen ULFA-Camps im April und September an, wobei bis zu 20 Rebellen ums Leben kommen. ULFA-Rebellen sabotieren im August Ölpipelines und mobilisierten im September einen Streik als Protestaktion gegen den Tod ihres Gründers Robin Handique im Gefängnis. Premierminister Singh führt im Oktober Friedensgespräche mit ULFA-Führern über Souveränität, Waffenstillstand und die Freilassung inhaftierter ULFA-Rebellen im Oktober.

sac

Indien (Ayohya)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1901
Konfliktparteien:	Hindus vs. Moslems	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Muslimen und Hindus in der indischen Stadt Ayodhya verschärft sich.

Muslimische Rebellen greifen am 5. Juli den Ram-Tempel in Ayodha an. Die Angreifer werden von Sicherheitsleuten getötet, bevor sie den Tempel erreichen können. In verschiedenen Städten folgen Proteste von Hindu-Nationalisten, die von der Oppositionellen Hindu Bharatiya Janata Partei (BJP) initiiert werden. Im Juli verhaftet die indische Polizei im Zusammenhang mit dem Angriff mehrere Menschen. Nach der Entscheidung eines indischen Gerichts am 6. Juli muß sich der Oppositionsführer L.K. Advani für seine Rolle bei der Zerstörung der Babri-Moschee vor Gericht verantworten. Er wird beschuldigt, den Angriff auf die Babri Moschee 1992 in Ayodha angestachelt zu haben.

sbr

Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Kaschmirische und pakistanische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die im Jahr 2004 wiederaufgenommenen und 2005 fortgeführten Friedensverhandlungen zwischen Indien und Pakistan um die Region Kaschmir führen nicht zu einer Deeskalation des

Konflikts zwischen Separatisten des Bundesstaates Dschammu und Kaschmir und der indischen Regierung. Zahlreiche Rebellen versuchen die "Line of Control" (LoC) weiter zu überqueren, was von der indischen Grenzbehörde mit Schußwechseln beantwortet wird. Neben Zwischenfällen an der LoC kommt es wöchentlich zu Zusammenstößen zwischen den Rebellen und den indischen Streitkräften im gesamten Bundesstaat. Infolgedessen werden nicht nur indische Kräfte und Rebellen, sondern auch viele Zivilisten getötet oder schwer verletzt. Am 9. September trifft sich der indische Premierminister Manmohan Singh mit Vertretern der APHC in der indischen Hauptstadt Delhi. Manmohan Singh verspricht, die in Kaschmir stationierten indischen Truppen zu reduzieren, wenn im Gegenzug alle Rebellengruppen die Gewalt unterbinden. Die Gewalt hält jedoch an und überschreitet die Grenzen des Bundesstaates Dschammu und Kaschmir: Am 30. Oktober töten drei Bomben über 60 Menschen in Delhi. Eine Subgruppe der Laskhar-e-Toiba (LeT), eine der aktivsten Gruppen in Kaschmir, die gegen ein Abkommen zwischen Indien und Pakistan über die Region Kaschmir ist, soll für die Explosionen verantwortlich sein.

yf

Indien (Manipur)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	UNLF, MPLF, ZRA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der indischen Regierung und verschiedenen separatistischen Gruppen, die für eine Unabhängigkeit Manipurs kämpfen, dauert an. Am 10. Januar werden drei mutmaßliche Anhänger der Vereinigten Nationalen Befreiungsfront (UNLF) bei einem Gefecht mit der Polizei getötet. Im Februar gibt die UNLF einen Vier-Punkte-Plan zur Lösung des Konfliktes anhand eines Plebiszites bekannt. Eine Reaktion der indischen Regierung auf die Punkte ist bislang nicht bekannt. Am 20. September sterben in einem Hinterhalt der Volksbefreiungsfront Manipur neun Soldaten. Auch unter den einzelnen Gruppen kommt es zu Gefechten. Am 14. Mai greifen Mitglieder der Zomi Revolutionären Armee Anhänger der UNLF in einem Dorf an. Sechs Menschen sterben. Am 29. Oktober beginnt die

indische Armee mit hunderten Soldaten eine Offensive gegen die UNLF.

sac

Indien (Nagaland)

Intensität: 2 Änderung: ↓ Beginn: 1956
 Konfliktparteien: NSCN vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Im Sezessionskonflikt zwischen dem National Socialist Council of Nagaland (NSCN) und der indischen Regierung werden die Gespräche über einen dauerhaften Frieden und ein separates Siedlungsgebiet intensiviert. Der Waffenstillstand von 2003 wird von beiden Seiten verlängert. Jedoch hat sich der NSCN in rivalisierende Fraktionen geteilt. Zwei davon stoßen am 24. März gewaltsam aufeinander und verursachen den Tod von mindestens sieben Menschen.

sac

Indien (Naxaliten)

Intensität: 4 Änderung: ↗ Beginn: 1997
 Konfliktparteien: Naxalites vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie

Der Systemkonflikt zwischen den Naxalet-Rebellen, welche in der Kommunistischen Partei Indiens Maoisten organisiert sind, und der Regierung verschärft sich. Die Gewaltanwendung der Naxaliten findet nicht mehr nur in den Bundestaaten Bihar und Jharkhand statt, sondern hat sich auf 12 weitere indischen Bundesstaaten ausgeweitet. In Bihar und Andhra Pradesh unterstützen zahlreiche, durch Großgrundbesitzer unterstützte Privatarmeen Angriffe gegen die maoistischen Rebellen. Den indischen Sicherheitskräften gelingt es nicht, in den betroffenen Staaten die Zahl der Rebellen zu reduzieren. 240 Zivilisten, 127 Mitglieder der Sicherheitskräfte und 204 Naxaliten sind bis vom 15. November 2004 bis zum 15. November diesen Jahres in den Zusammenstößen getötet worden.

res

Indonesien (Aceh)

Intensität: 3 Änderung: ↘ Beginn: 1953
 Konfliktparteien: GAM vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession, Ressourcen

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Bewegung für ein freies Aceh (GAM), die für die

Unabhängigkeit der Provinz kämpft, ist in der zweiten Jahreshälfte nach Friedensgesprächen deeskaliert. Nach dem verheerenden Tsunami vom 26. Dezember 2004, der besonders die Provinz Aceh getroffen hatte, erklärt die GAM im Januar einen einseitigen Waffenstillstand. Trotz der Aufforderung der Rebellen an die Regierung, dem Waffenstillstand beizutreten, töten Regierungstruppen im Januar bei einer Offensive nach eigenen Angaben 120 Rebellen, was die GAM bestreitet. Weitere sieben mutmaßliche Rebellen sterben bei einem Feuergefecht im Februar. Die Rebellen werden beschuldigt, Hilfsgüter für die Tsunami-Opfer zu beschlagnahmen. Trotz der Kämpfe treffen sich die Konfliktparteien in mehreren Gesprächsrunden in Finnland zur Ausarbeitung eines dauerhaften Friedens für die Provinz. Am 15. August unterzeichnen die Konfliktparteien einen Friedensvertrag. Danach rücken die Rebellen von ihrer Forderung nach einem unabhängigen Aceh ab und akzeptieren eine Form lokaler Selbstverwaltung verbunden mit dem Recht, eine politische Partei zu gründen. Die Regierung soll im Gegenzug politische Gefangene freilassen und ehemaligen Kämpfern Farmland zur Verfügung stellen, um ihre Rückkehr in das zivile Leben zu erleichtern. Ein Gerichtshof für Menschenrechte soll eingerichtet werden, ferner eine Kommission für Wahrheit und Versöhnung. Nicht aus der Provinz stammende indonesische Truppen sollen Aceh verlassen. Die Rebellen sollen unter Aufsicht der EU und der ASEAN entwaffnet werden. Am 31. August entlässt Indonesien im Zuge des Abkommens mehrere Hundert Gefangene. Am 15. September beginnen die Rebellen mit der Abgabe ihrer Waffen. Bis zum 24. Oktober zieht die Regierung insgesamt 12.000 Soldaten aus der Provinz ab.

bb

Indonesien (Jeemah Islamiyah)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1981
 Konfliktparteien: Jemaah Islamiyah vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt zwischen der islamistischen Gruppe Jemaah Islamiyah (JI), welche für die Errichtung eines islamischen Staates in Indonesien kämpft, und der Regierung besteht weiter. Am 3. März wird der islamische Geistliche Abu Bakar Bashyir für seine Teilnahme an den Bombenanschlägen von

2002 auf der Insel Bali zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die USA und Australien kritisieren das Urteil als zu mild. Am 1. Oktober sterben bei einem Selbstmordanschlag auf Bali 26 Menschen. Die JI soll für den Anschlag verantwortlich sein. Am 10. November wird Azahari Husin bei einem Polizeieinsatz getötet. Azahari soll ein Hauptmitglied der JI gewesen sein. Ihm werden mehrere Bombenanschläge, auch die Bomben auf Bali 2002, zugeschrieben.

bb

Indonesien (Molukken)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1998
 Konfliktparteien: Moslems, Laskar Jihad vs. Christen
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, Regionale Vorherrschaft

Der Konflikt zwischen Christen und militanten Muslimen auf den Molluken Inseln, einer Provinz Indonesiens, um Religion und Regionale Vorherrschaft dauert an. Am 15. Februar sterben zwei Menschen bei einem Überfall auf einen Klub in Ambon, der mehrheitlich von Christen bewohnten Hauptstadt der Insel Maluku. Am 12. März treffen sich die Oberhäupter der christlichen und muslimischen Kirchen mit Vizepräsident Jussuf Kalla in der indonesischen Hauptstadt Jakarta, um ein eventuelles Wiederaufflammen religiöser Gewalt zu vermeiden. Bei Zusammenstößen zwischen rivalisierenden Religionsgemeinschaften in Ambon werden am 22. März mindestens 19 Menschen verletzt. Die indonesische Polizei kann Ende März einen Anschlag mit fünf Bomben in Ambon verhindern. Anfang Mai kommt es zu Ausschreitungen zwischen rivalisierenden Gemeinden im Osten der Molluken, bei denen 17 Menschen verletzt werden.

bb

Indonesien (Sulawesi)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1998
 Konfliktparteien: Laskar Dschihad, Jemaah Islamiyah vs. Christen
 Konfliktgegenstand: Regionale Vorherrschaft

Der Konflikt um die Regionale Vorherrschaft auf der indonesischen Insel Sulawesi zwischen islamistischen Gruppen und Christen ist nach wie vor ungelöst. Bei einer Bombenexplosion auf einem Markt in der mehrheitlich von Christen bewohnten Stadt Tentena sterben am 28. Mai 22 Menschen und über 40 werden verletzt.

bb

Kambodscha (Rote Khmer)

Intensität: 1 Änderung: • Beginn: 1967
 Konfliktparteien: Khmer Rouge vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Das Jahr 2005 markiert einen Meilenstein bei der Vergangenheitsbewältigung der Herrschaft der Roten Khmer vom 1975 bis 1979. Fortschritte bei der Finanzierung des 1997 gegründeten Rote-Khmer-Tribunal-Task-Force wurden verzeichnet. Die UN werben im März bei ihren Mitgliedsstaaten dafür, 43 der insgesamt 56 notwendigen US-Millionen Dollar für die Errichtung des Tribunals aufzubringen. Am 14. August gibt der Premierminister Kambodschas, Hun Sen, bekannt, daß Kambodscha nicht in der Lage sein wird, seinen Anteil aufzubringen. Am 25. Oktober wird ein ehemaliger Führer der Roten Khmer, Chhouk Rin, festgenommen. Chhouk Rin wird die Beteiligung an der Ermordung dreier westlicher Touristen im Jahre 1994 vorgeworfen, für die er bereits 2002 zu lebenslanger Haft verurteilt worden war.

sg

Kirgistan (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Opposition parties vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, nationale Macht

Als Folge des Wahlbetruges im Februar und März ist in Kirgistan ein Konflikt zwischen der Regierung von Präsident Askayev und der Opposition entstanden. Der Konflikt, welcher als "Tulpen Revolution" bezeichnet wird, beginnt mit Massendemonstrationen gegen Präsident Askayev, die zu Krawallen eskalieren und schließlich zum Sturz der Regierung führen. Am 11. März übernehmen die Unterstützer der Opposition die Kontrolle in den südlichen Städten Jalal Abad und Osh. Am 13. März erreichen die Krawalle die Hauptstadt Bishkek. Die Demonstranten besetzen den Präsidentenpalast. Askayev flieht nach Russland, wo er offiziell am 4. April von seinem Amt zurücktritt. Währenddessen ernennt das Parlament Ishenbai Kadyrbekov zum Interimspräsidenten. Die Demonstranten sind jedoch mit dieser Entscheidung nicht einverstanden, die Krawalle gehen weiter. Am 25. März wird schließlich Oppositionsführer Kurmanbek Bakiev zum geschäftsführenden Präsidenten ernannt. Er

gewinnt die Neuwahlen, welche am 7. Juli stattfinden, mit 89 Prozent der Stimmen. Obwohl der Wahlverlauf internationalen Standards nicht genügt, attestiert die (OSZE), daß ein greifbarer Fortschritt im Vergleich mit den in Februar und März stattgefundenen Wahlen erzielt wurde. Als neu gewählter Präsident soll Bakiev die Demonstranten beschwichtigen und das korrupte demokratische System stabilisieren. Bakiev wird vorgeworfen, die Unterstützung lokaler Mafias erhalten zu haben, um die Regierung von Akayev zu stürzen.

vf

Myanmar (Minderheiten)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1948
 Konfliktparteien: ethnische Minderheiten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen der Regierung und den Rebellen verschiedener ethnischer Minderheiten von Kachin, Karen, Mon und Shan über die Zukunft dieser Regionen verschärft sich leicht. Die Regierung schloss zwischen 1989 und 1995 ca. 17 Waffenstillstandabkommen mit der Mehrheit der Gruppen, jedoch lehnen bis heute über 20 Gruppen den Waffenstillstand ab. In Oktober 2004 wird die Regierung vom Premierminister Khin Nyunt, welcher verantwortlich für die Abkommen mit den Rebellen gewesen war, gestürzt. Der neue Machthaber, General Soe Win, verschärft in diesem Jahr den Druck auf die Rebellen, ihre Waffen abzugeben. Während kleine Gruppen wie die Palaung-Staat-Befreiungsarmee (PSLA) und Fraktionen der Shan-Staat-Nationalarmee (SSNA) ihre Waffen abgeben, lehnen die wichtigeren Gruppen die Forderungen der Regierung ab und drohen mit der Wiederaufnahme der Kämpfe. Fraktionen der SNA vereinigen sich mit der Shan-Staat-Armee-Süd (SSAS), welche den Waffenstillstand nie akzeptiert haben. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Karen-National-Union (KNO) über einen Waffenstillstand enden ohne Ergebnis. Im Laufe des Jahres sind Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und verschiedenen Rebellengruppen zu beobachten. Die Zahl der "Intern-Versetzte-Menschen" (IDPs) bleibt weiter bei rund 500.000.

daf

Myanmar (Opposition)

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1982
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Regierung und der politischen Opposition über die Regierungsform und die gegenwärtige Machtverteilung besteht fort. Die Opposition gründet ihren Machtanspruch auf der demokratisch abgehaltenen Wahl von 1990, in der sie die Mehrheit erlangte. Die Regierung gibt abermals offiziell bekannt, ein demokratisches Mehrparteiensystem einführen zu wollen, legt sich aber auf keinen Zeitplan fest. Am 6. Juli werden 249 politische Gefangene entlassen. Trotz dieser Freilassungen kritisiert die demokratische Opposition Nationale Liga für Demokratie (NLD) die anhaltende Gefangennahme von mehr als 1100 politischen Häftlingen, unter ihnen die politische Führerin und Friedensnobelpreisträgerin der NLD, Aung Saaf Suu Kyi.

Myanmar (Rohingya)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1948
 Konfliktparteien: RSO, ARno
 vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sonstige

Der Konflikt zwischen der muslimischen Minderheit der Rohingyas, vertreten durch ARNO und RSO, und der Regierung Myanmars dauert an. Die Gewaltanwendung seitens Angehöriger des myanmarischen Militärs gegen die ethnische Minderheit aus dem Staate Arakan weisen im Vergleich zu den letzten Jahren eine gleich bleibende Intensität auf. Der Konflikt besteht seit der Unabhängigkeit Myanmars.

daf

Nepal (Maoisten)

Intensität: 4 Änderung: • Beginn: 1990
 Konfliktparteien: CPN-M vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, nationale Macht

Der gewaltsame Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Nepals-Maoisten (CPN-M) und der nepalesischen Regierung mit König Gyanendra an der Spitze über nationale Macht und Ideologie deeskaliert Ende 2005. Die Rebellen sind besonders in den ländlichen Regionen aktiv.

Zusammenstöße zwischen den Rebellen und der Armee finden wöchentlich statt. Die Rebellen und die Sicherheitskräfte verüben gleichermaßen Anschläge gegen die Zivilbevölkerung. Am 1. Februar wirft der König der Regierung vor, keine Lösung für den Konflikt zu finden und übernimmt die exekutive Gewalt. Der Putsch erfährt zum ersten Mal große Kritik von Seiten der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von den USA und Indien, welche daraufhin die militärische Unterstützung für Nepal aussetzen. Im Juli wird Indien allerdings den Waffenverkauf wiederaufnehmen. Im Juni rufen die Maoisten zu einem Ende der Angriffe gegen Zivilisten auf. Des Weiteren bieten sie den politischen Parteien ein Bündnis gegen König Gyanendra an. Sie bitten auch die internationale Gemeinschaft, Druck auf den König auszuüben, um die Demokratie in Nepal wiederherzustellen. Am 3. September erklären sie einen einseitigen Waffenstillstand und beginnen Verhandlungen mit der parlamentarischen Opposition. Am 25. Oktober bietet die Regierung den Maoisten eine Amnestie an, allerdings lediglich für diejenigen Rebellen, welche sich vor Januar 2006 ergeben.

vf

Nepal (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Opposition parties vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Parteien der parlamentarischen Opposition, welche nach einer vollen Demokratisierung Nepals streben, und der Regierung vom König Gyanendra besteht weiter. Am 1. Februar übernimmt Gyanendra die volle exekutive Gewalt und erklärt den Ausnahmezustand in Nepal. Als Rechtfertigung führt er die Korruption innerhalb der Regierung an, sowie deren Unfähigkeit, den Konflikt mit den Maoisten (CPN-M) zu lösen. Als Teil des Ausnahmezustands wird die Presse einer starken Zensur unterworfen. Bedeutende Politiker und Mitglieder der Opposition werden außerdem verhaftet. Der Ausnahmezustand wird formell am 30. April aufgehoben; es folgen Demonstrationen gegen den Staatsstreich des Königs. Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die EU und die USA, fordern Gyanendra zur Wiederherstellung der Demokratie auf. Der König

verspricht kommunale Wahlen für den 8. Februar 2006 und Parlamentswahlen für April 2007. Die Opposition kündigt an, die Wahlen zu boykottieren, solange die Demokratie nicht wiederhergestellt ist. Im Oktober werden neue Einschränkungen der Presse eingeführt. Durch ein neues Gesetz wird jegliche Kritik gegen die königliche Familie strafbar. Das Gesetz ermächtigt darüberhinaus die Regierung, Journalisten die Zulassung zu entziehen. Die Oppositionsparteien rufen zu einem Streik auf, um gegen das neue Pressegesetz zu protestieren.

vf

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	North Korea vs. Süd Korea	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen Nordkorea und Südkorea über die Zukunft der koreanischen Halbinsel dauert an. Beide Staaten gehen mit mehreren symbolischen Gesten aufeinander zu. Im Februar erklärt Nordkorea, daß es Südkorea nicht mehr als Hauptfeind sieht. Südkorea antwortet mit mehreren Angeboten humanitärer Hilfe. Auch werden mehrere bilaterale Gespräche geführt. Im Juli wird eine Videoverbindung für getrennte Familien zwischen beiden Ländern installiert. Am 12. August beginnen die Feierlichkeiten beider Staaten zum 60. Jahrestag des Endes des Krieges und des Beginns der Unabhängigkeit. Südkorea ruft Nordkorea zur Einheit des Landes auf. Am 15. August treffen sich nord- und südkoreanische Delegierte, um das Ende der japanischen Besatzung zu feiern. Im Oktober dürfen sich 150 Familien besuchen, die durch die Teilung getrennt sind.

ie

Nordkorea - USA, Südkorea, Japan

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	North Korea vs. USA, Süd Korea, Japan	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen Nordkorea und Südkorea, den USA und Japan über die Einstellung des nuklearen Aufrüstungsprogramms Nordkoreas besteht weiterhin. Nachdem die US-amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice im Januar Nordkorea als "Aussenposten der Tyrannei" bezeichnet hat, schließt Nordkorea weitere

Verhandlungen aus. Im April bestätigt Nordkorea, daß es sein Arsenal an Nuklearwaffen erhöhen will. Am 1. Mai feuert Nordkorea eine Kurzstreckenrakete in das Japanische Meer. Am 16. Mai treffen sich Südkorea und Nordkorea zu bilateralen Gesprächen. Am 25. Juli kommt es nach 13-monatiger Auszeit zu einer vierten Runde der Sechs-Nationen-Gespräche. Diese werden aber am 7. August ohne weitere Resultate verschoben. Am 13. September werden die Gespräche wieder aufgenommen und enden am 19. September mit einer historischen Vereinbarung zwischen den USA und Nordkorea. Nordkorea unterzeichnet ein Abkommen, wonach es sein nukleares Aufrüstungsprogramm gegen Hilfe- und Sicherheitsgewährleistungen einstellen und dem Nichtverbreitungs-Vertrag der IAEA wieder beitreten wird. Am 20. September revidiert Nordkorea jedoch die Abmachung und fordert einen Zivilreaktor. Eine neue Runde der Sechs-Nationen-Gespräche zwischen dem 3. und 11. November endet ergebnislos.

ie

Pakistan - Indien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Pakistan vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien über die Zukunft der Region Kaschmir besteht weiterhin. Im Dezember 2004 und Januar 2005 werfen sich Indien und Pakistan gegenseitig vor, den im Dezember 2003 erklärten Waffenstillstand entlang der Line of Control (LoC) zu brechen. Trotz der Vorwürfe erweitern die Parteien während des analysierten Zeitraums die im Jahr 2004 wiederaufgenommenen Verhandlungen um die Region Kaschmir. Dabei werden nicht nur Sicherheitsthemen behandelt, sondern auch eine gesellschaftlich-wirtschaftliche Annäherung angestrebt. Im Bereich der Sicherheit wird im Mai über den seit 1983 militarisierten Siachen Gletscher gesprochen, allerdings ergebnislos. Im Juni trifft sich der pakistanische Präsident Musharraf mit gemäßigten kaschmirischen Nationalisten. Die Mehrheit davon gehört zu der "Gesamtparteiliche Hurriyat Konferenz" (APHC). Diese fordern ihre Teilnahme an den bilateralen indo-pakistanischen Verhandlungen um Kaschmir, was die indische Regierung ablehnt. Am 8. August

vereinbaren beide Staaten, den Waffenstillstand entlang der LoC als Teil von vertrauensbildenden Maßnahmen (CBMs) zu verlängern. Weitere CBMs beinhalten die Freilassung inhaftierter Zivilisten, sowie Sicherheitsabkommen über ballistische Raketen und eine Kommunikationsverbesserung zwischen den beiden Marinebehörden. Die Sicherheitspolitik wird im Jahr 2005 trotzdem weiterhin von Machtdemonstrationen begleitet. Am 11. Oktober testet Pakistan seinen ersten Marschflugkörper, welche mit nuklearen und konventionellen Sprengköpfen bestückt werden kann und eine Reichweite von 500 km hat. Im Bereich der Handelsbeziehungen sind im Jahr 2005 Verbesserungen festzustellen. Im März wird eine Buslinie zwischen Srinagar, der Hauptstadt des indisch verwalteten Kaschmirs, und Muzaffarabad, der Hauptstadt des pakistanisch verwalteten Kaschmirs in Gang gesetzt. Diese Verbindung ermöglicht der kaschmirischen Bevölkerung zum ersten Mal seit 1947 das Überqueren der LoC. Im Juli verhandeln beide Staaten über eine geplante Erdgaspipeline von Iran nach Indien via Pakistan. Am 3. Oktober findet im Norden Pakistans ein Erdbeben statt, das den pakistanischen Teil Kaschmirs schwer trifft. Über 72.000 Menschen sterben und ca. 3,5 Millionen bleiben obdachlos. Die Verwüstungen verstärken die soziale Komponente bei den Friedensverhandlungen. Am 27. Oktober bietet Indien Pakistan 25 Millionen US Dollar an Unterstützung an. Dies ist das größte Hilfspaket für das Nachbarland seit 1960. Am 7. November beginnt die Öffnung der LoC an verschiedenen Punkten. Dies ermöglicht den indischen Kaschmiris, in den pakistanischen Teil zu fahren, um ihren Verwandten zu helfen.

vf

Philippinen (Abu Sayyaf)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Abu Sayyaf vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Regierung und der islamistischen Abu Sayyaf (AS) dauert an. Die AS kämpft für einen unabhängigen islamischen Staat im westlichen Mindanao und in der südlichen Sulu-Inselgruppe. Sie ist eine der kleinsten und gleichzeitig radikalsten Separatistengruppen auf den Philippinen. In diesem Jahr kommt es zu

mehreren Zusammenstößen zwischen der AS und der Armee mit Toten auf beiden Seiten. Am 14. Februar erschüttern gleichzeitige Explosionen die Städte Makati, Davao und General Santos. Nach diesen Ereignissen lehnt Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo Forderungen nach einem Waffenstillstand ab. Darüber hinaus befiehlt sie dem Militär, weiter in Sulu und Mindanao vorzudringen. Am 23. März vereitelt das Militär einen Versuch der AS, die Hauptstadt Manila mit Bomben zu treffen. Doch ist die AS am 1. August erfolgreich, als Bomben in den Städten Koronadal und Cotaboa explodieren. Ein geheimdienstlicher Bericht behauptet, daß die AS es geschafft hat, in wenigen Monaten mehr als hundert Rekruten anzuwerben. Darüber hinaus wird die AS verdächtigt, enge Verbindungen zur indonesischen Jemaah Islamiya und anderen örtlichen Terrorgruppen zu unterhalten. Trotz militärischer Unterstützung durch die USA gelingt es dem philippinischen Militär nicht, effektiv gegen Abu Sayyaf zu kämpfen.

cbr

Sri Lanka (LTTE)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	LTTE vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Rebellen-Gruppe der Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) geht weiter. Die Zahl der politischen Morde liegt in diesem Jahr bei ca. 200. Im Dezember 2004 werden in Sri Lanka mehr als 30.000 Menschen durch einen Tsunami getötet, Hunderttausende verlieren ihr zu Hause. Am 15. Juli hebt der Oberste Gerichtshof ein von der Regierung beschlossenes, die Tsunami-Hilfsmittel aufteilendes Abkommen mit den Rebellen der LTTE vorübergehend auf. Dieses Abkommen hatte eine Spaltung in der Regierung verursacht: Am 16. Juni zogen sich die singhalesischen Nationalisten der Volksbefreiungs-Front (JVP) aus Protest aus der Koalition zurück. Die Vereinbarung hatte die Absicht, eine gerechte Verteilung der Hilfsmittel auf alle Teile der betroffenen Gebiete sicherzustellen. Am 26. August ordnet der Gerichtshof an, daß Präsident Chandrika Kumaratunga Bandaranaikes Amtsperiode im Dezember beendet sein wird und öffnet auf diese Weise den Weg für Neuwahlen. Regierung und

LTTE stimmen am 19. August zu, ihre ersten Gespräche auf höchster Ebene seit dem Stocken der Friedensbemühungen von 2003 abzuhalten. Die LTTE ist damit einverstanden, die Implementierung des Waffenstillstandsabkommen von 2002 zu besprechen. Am 12. August wird der Aussenminister Lakshman Kadirgamar bei einem Attentat in der Hauptstadt Colombo ermordet. Die Regierung erklärt den Ausnahmezustand. Die LTTE wird beschuldigt, aber die Rebellen weisen die Verantwortung zurück. Die norwegischen Beobachter von der SLMM, die den Waffenstillstand beaufsichtigen, warnen, daß dieses Attentat das Waffenstillstandsabkommen gefährden könnte. Am 17. November gewinnt Premierminister Mahinda Rajapakse die Präsidentenwahlen. In seiner ersten Rede unterstützt er den Waffenstillstand, weist jedoch gleichzeitig jegliche Bestrebungen zurück, die Insel zu teilen. Die EU kündigt an, daß sie in Erwägung zieht, die LTTE auf ihre Liste terroristischer Gruppierungen zu setzen.

ps

Tadschikistan (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Opposition vs. government	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie	

Der aus dem Bürgerkrieg 1992-1997 entstandene Systemkonflikt zwischen der Regierung von Präsident Imomali Rahmonov und der Opposition besteht weiter. Der Regierung wird Betrug an den am 27. Februar stattgefundenen Parlamentswahlen vorgeworfen. Dort gewinnt die Demokratische Volkspartei Tadschikistans von Präsident Rahmonov (PDPT) 49 der 63 Sitze. Opposition und Presse werden von den Behörden unter Druck gesetzt. Eine Zeitung wird geschlossen. Journalisten und Politiker werden verhaftet und verurteilt. Tadschikistan wird dieses Jahr wiederum von Terroranschlägen heimgesucht. Am 31. Januar tötet eine Autobombe eine Person in der Hauptstadt Duschanbe. Am 6. Juni explodiert eine Bombe außerhalb des Notfallministeriums in Duschanbe.

vf

Thailand (Südliche Grenzprovinzen)

Intensität: 3 Änderung: ↘ Beginn: 1784
 Konfliktparteien: Muslimische Separatisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Die schwere Krise in den südlichen Grenzprovinzen Thailands setzt sich fort. Im April und Juni ereignen sich zahlreiche Bombenanschläge auf öffentliche Einrichtungen wie Banken, Restaurants, Hotels, Supermärkte, Wochenmärkte, Flughäfen, Energieversorger und Gefängnisse. Hinzu kommt eine Vielzahl gezielter Tötungen - häufig Enthauptungen - von Personen, die mit dem buddhistischen thailändischen Staat in Verbindung gebracht werden. Im Laufe des Jahres werden insgesamt über 100 Menschen getötet. Am 19. Juli ruft Premierminister Thaksin Shinawatra den Notstand im Süden Thailands aus. Am 30. August verabschiedet das Parlament Gesetze, die die Möglichkeiten der Regierung stärken, in dem Konflikt durchzugreifen. ct

Usbekistan (Opposition)

Intensität: 3 Änderung: neu Beginn: 2005
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie, nationale Macht

Zwischen der Opposition und der Regierung Usbekistans entsteht ein ideologischer Konflikt um die nationale Macht entstanden. Am 13. Mai werden über 500 Menschen in Andijan getötet, als usbekische Sicherheitskräfte eine Demonstration gewaltsam auflösen. Mehr als 1.000 Menschen fliehen daraufhin in das nahe Kirgisistan. Dabei werden sie von usbekischen Soldaten verfolgt. 15 Personen werden im September bei Schauprozessen als Verantwortliche des Massakers angeklagt. Allen wird eine enge Verbindung mit der islamistischen Gruppierung IMU vorgeworfen. In den ersten internationalen Reaktionen auf die Ereignisse in Andijan fordern die USA, die EU und die OSZE eine unabhängige und internationale Untersuchung, da sie glauben, der Terrorismusvorwurf werde nur erhoben, um die Opposition zu unterdrücken. Darüberhinaus verurteilen sie die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan. Im Oktober verhängen die USA und die EU Sanktionen gegen Usbekistan. Usbekistan jedoch beendet das Verfahren wegen der

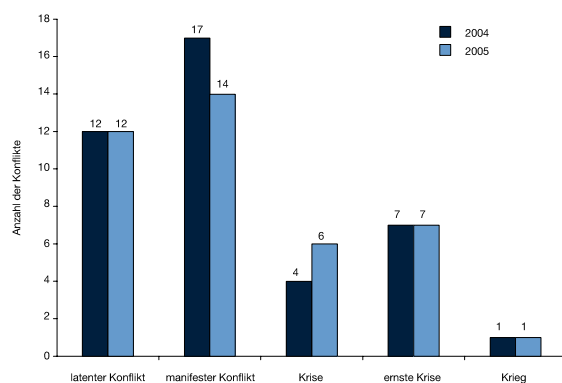
Andijan-Massakers nicht. Am 15. November werden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen zwischen 14 und 20 Jahren verurteilt.

cbr, vf

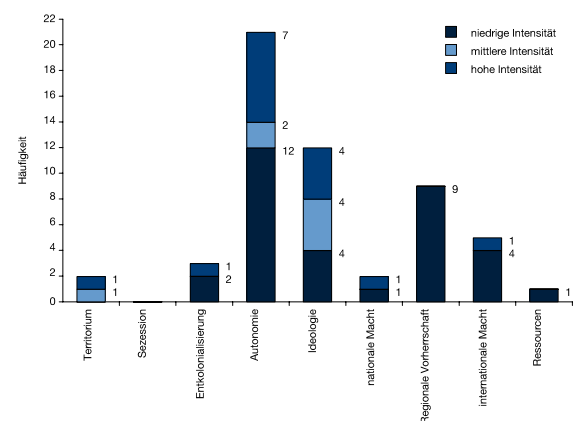
Vorderer und Mittlerer Orient

Im Jahr 2005 sinkt die Anzahl der Konflikte in der Region Vorderer und Mittlere Orient und Maghreb leicht von 41 auf 40 Konflikte. Die Konfliktgegenstände sind in der Mehrzahl der Konflikte die Ausrichtung des politischen Systems oder die politischen Ideologie. Nationale Macht ist der zweithäufigste Gegenstand. Wie im Jahr 2004 ist der Konflikt im Irak, der zwischen den Aufständischen und der irakischen Regierung, die weiterhin von den US geführten Koalitionstruppen unterstützt werden, der einzige Konflikt in der Region Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb mit der höchsten Intensität eines Krieges. Mit sieben Konflikten bleibt die Anzahl der hochgewaltsamen Konflikte mit der Intensität einer ernsten Krise unverändert. Auf der einen Seite deeskalieren die Konflikte zwischen des radikalen Schiiten Moqtada al-Sadr und der irakischen Regierung von der Intensität einer ernsten Krise auf die Intensität einer Krise. Die letztjährige ernste Krise zwischen den Widerstandskräften im Irak auf der einen und den US geführten provisorischen Regierung sowie der übergangsregierung auf der anderen Seite endete mit der Übergabe der Souveränität an die irakische übergangsregierung im Juli 2004. Allerdings eskalieren andererseits zwei Konflikte von einer Krise zu einer ernsten Krise: Der Konflikt zwischen der Hisbollah und der israelischen Regierung sowie derjenige zwischen der kurdischen PKK/KONGRA-GEL und der türkischen Regierung. Fünf weitere Konflikte werden im Jahr 2005 als ernste Krise eingestuft. Diese Konflikte, in Afghanistan, Algerien, Irak, Israel und dem Jemen, verbleiben auf diesem hohen Intensitätslevel. Die Anzahl Krisen, die durch sporadische Anwendung von Gewalt von mindestens einer Konfliktpartei definiert wird, ist von vier auf sechs Konflikte angestiegen. Die Konflikte zwischen verschiedenen islamische Gruppen und die ägyptische Regierung, zwischen dem "Militärischer Rat für Gerechtigkeit" und der mauretanischen Regierung sowie zwischen der POLISARIO Front und der marokkanischen Regierung deeskalieren auf diese Intensitätsstufe. Die beiden Konflikte zwischen verschiedenen religiösen Gruppen und der libanesischen Regierung und zwischen Islamisten und der saudiarabischen Regierung waren schon im Jahr 2004 auf der Intensität einer Krise. Die meisten Konflikte in der Region (14) wurden auf dem nichtgewaltsamen Level eines manifesten Konflikts ausgetragen. Wie bereits erwähnt, eskalieren drei der manifesten Konflikte des Vorjahres zur mittleren Intensität einer Krise. Alle zwölf latenten Konflikte aus dem Jahr 2004 bleiben im Jahr 2005 auf der gleichen Intensität. Insgesamt bleiben 34 der 40 Konflikte auf derselben Intensitätsstufe wie im Vorjahr.

Konfliktintensitäten im Vorderen- und mittleren Orient 2005 im Vergleich zu 2004



Häufigkeit von Konfliktgegenständen im Vorderen und Mittleren Orient 2005 nach Intensitätsgruppen



Zusammenfassung: Konflikte in Vorderer und Mittlerer Orient 2005

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Afghanistan (Taliban)	Taliban vs. Regierung	regionale Vorherrschaft, nationale Macht, System / Ideologie	1994	•	4
Algerien (Berber)	RCD, CIADC, FFS vs. Regierung	Autonomie, System / Ideologie	1919	•	2
Algerien (Islamische Gruppen)	verschiedene religiöse Gruppierungen vs. Regierung	nationale Macht, System / Ideologie	1919	•	4
Bahrain (schiitische Opposition)*	verschiedene schiitische Gruppierungen vs. Regierung*	nationale Macht	1919	•	2
Ägypten (islamische Gruppierungen)	islamische Gruppierungen vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	1992	↗	3
Ägypten - Sudan*	Ägypten vs. Sudan*	Territorium, Ressourcen, System / Ideologie	1958	•	1
Iran (Kurden)*	DPK vs. Regierung*	Autonomie	1979	•	1
Iran (Volksmudschaheddin) *	MEK vs. Regierung*	nationale Macht, System / Ideologie	1965	•	1
Iran (Reformer - Konservative)	Iranische Konservative vs. Iranische Reformer	Nationale Macht, System / Ideologie	1993	•	2
Iran - VAE*	Iran vs. VAE*	Territorium	1970	•	1
Iran - USA	Iran vs. USA	internationale Macht, System / Ideologie	2002	•	2
Irak (Sarkawi-Gruppierung)	Sarkawi-Gruppierung vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2003	•	4
Irak (Aufständische)	Aufständische vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2004	•	5
Irak (PUK - DPK)*	PUK vs. DPK*	regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1979	•	1
Irak (al-Sadr-Gruppe)	al-Sadr-Gruppe vs. Regierung	System / Ideologie	2004	↘	3
Irak - Iran*	Irak vs. Iran*	System / Ideologie, internationale Macht	1969	•	2
Irak - Israel*	Irak vs. Israel*	System / Ideologie , internationale Macht	1948	•	1
Irak - Kuwait*	Irak vs. Kuwait*	Territorium, Ressourcen	1961	•	1
Irak - Syrien*	Irak vs. Syrien*	System / Ideologie	2003	•	2
Israel (Hisbollah)	Hisbollah vs. Regierung	System / Ideologie	1982	↗	4
Israel (Palästinenser)	Islamischer Dschihad, Hamas, Al-Aksa-Brigaden, Palästinenser vs. Regierung	Sezession, System / Ideologie, Ressourcen	1920	•	4
Israel - Jordanien (Westjordanland)*	Israel vs. Jordanien*	Territorium	1967	•	1
Israel - Libanon (internationale Macht)	Israel vs. Libanon	Territorium, internationale Macht	1967	•	2
Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	System / Ideologie	2004	•	4
Jemen (Islamischer Dschihad)*	Islamischer Dschihad, Armee von Aden-Abyan vs. Regierung *	nationale Macht	1994	•	1
Jordanien - Israel (Wasser)*	Jordanien vs. Israel*	Ressourcen	1945	•	1
Libanon (religiöse Gruppen)	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	3
Libanon - Israel (Wasser)*	Libanon vs. Israel*	Ressourcen	2001	•	1
Libyen - USA	Libyen vs. USA	System / Ideologie	1964	•	2
Mauretanien (Putschisten)	Militärischer Rat für Gerechtigkeit vs. Regierung	Nationale Macht	2003	↗	3
Morokko (Western Sahara)	POLISARIO Front vs. Regierung	Sezession	1975	↗	3
Saudi Arabien (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	Nationale Macht	1990	•	3
Saudi Arabien (Reformer)*	Reformer vs. Regierung*	System / Ideologie	2001	•	2
Syrien - Israel	Syrien vs. Israel	Territorium, sonstige	1967	•	2
Syrien - Libanon	Syrien vs. Libanon	Internationale Macht	1976	•	2
Syrien - USA	Syrien vs. USA	Internationale Macht, System / Ideologie	2003	•	2
Türkei (Kurds)	PKK/KONGRA-GEL vs. Regierung	Autonomie	1920	↗	4

Konfliktname	Konfliktparteien	Konfliktgegenstände	Beg.	Änd.	Int
Türkei - Iran*	Türkei vs. Iran*	internationale Macht	1979	•	2
Türkei - Irak*	Türkei vs. Irak*	internationale Macht	1979	•	2
Türkei - Syrien*	Türkei vs. Syrien*	internationale Macht	1979	•	1

-Legende: siehe Seite 11

Afghanistan (Taliban)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Taliban vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, nationale Macht, System/ Ideologie	

Die ernste Krise zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung von Präsident Hamid Karzai um Regionale Vorherrschaft, nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems besteht weiterhin unvermindert. Die Parlaments- und Regionalwahlen am 18. September, die ersten seit 30 Jahren, werden von blutigen Anschlägen überschattet. Trotz des erhöhten Truppenaufgebots muß der Wahltermin aufgrund des Sicherheitsrisikos und logistischer Probleme wiederholt verschoben werden. Im Visier der Angreifer stehen Wahlbüros, der Flughafen von Jalalabad und das Haus eines Kandidaten. Mit 50% Wahlbeteiligung liegt die Partizipation etwa 25 Prozentpunkte unter der Präsidentschaftswahl des letzten Jahres. Wegen wiederholten Vorwürfen von Unregelmäßigkeiten und Betrug verzögert sich die Bekanntgabe der Endergebnisse. Erst am 12. November wird die Zusammensetzung der Wolesi Jirga, die afghanische Nationalversammlung, und der 34 Regionalräte von der Wahlkommission veröffentlicht. Das Bild des künftigen Parlaments ist politisch wie ethnisch zersplittert. Ehemalige Mujahideen-Führer und sogenannte Warlords, wie Yunus Kanuni, haben Sitze erhalten. Nach einer Kampfpause in den Wintermonaten flammen mit dem Frühling in Afghanistan die Gefechte erneut auf. Beide Konfliktparteien starten massive Offensiven. Die aufständischen Taliban Kämpfer greifen dabei vermehrt auf Guerilla-Taktik, Selbstmordanschläge und Morde an Zivilisten zurück. Die neuen Wellen der Gewalt führen zu Spannungen mit dem Nachbarstaat Pakistan. Afghanistan beschuldigt Pakistan, nicht ausreichend gegen Taliban-Kämpfer vorzugehen, die über die pakistanisch-afghanische Grenzen nach Afghanistan kommen. Gespräche sowie die Auslieferung von 14 mutmaßlichen Taliban Ende Oktober entspannen die Lage gegen Ende des

Jahres. Von August an, in Zusammenhang mit der Wahl, werden täglich Angriffe und Zusammenstöße berichtet. Am 3. August töten Taliban Kämpfer mindestens acht Sicherheitskräfte und einen Wahlhelfer. Damit steigt die Zahl der getöteten Wahlhelfer auf insgesamt fünf. Die Gewalt nimmt nach der Parlamentswahl nicht ab. Bereits Anfang Oktober entscheidet die NATO, das Kontingent der ISAF-Schutztruppe bis Ende 2006 auf 15.000 Soldaten zu erhöhen. Erklärtes Ziel ist die Ausdehnung des Einsatzgebietes außerhalb der afghanischen Hauptstadt Kabul auf den Süden des Landes, der momentan im Aufgabengebiet der US-geführten Koalitionstruppen liegt.

th

Algerien (Islamistische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1919
Konfliktparteien:	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System/ Ideologie	

Die ernste Krise zwischen den islamistischen Gruppen und der algerischen Regierung über die Ausrichtung des politischen Systems und die nationale Macht dauert an. Terroristische Attentate der Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) und schwer bewaffnete militärische Operationen der staatlichen Streitkräfte verstärken sich. Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika erhöht im Dezember 2004 als Reaktion auf die Bedrohung der Sicherheit staatliche Streitkräfte und Überwachungssysteme. Anfang 2005 werden Führer der Islamischen Armee Gruppe (GIA) und im Juni der stellvertretende Führer der GSPC gefangen genommen. Im Februar gewinnt Bouteflika den Machtkampf mit der algerischen Regierungspartei, der Nationalen Befreiungsfront (FLN), und ebnet mit der Charta für Frieden und Nationale Wiederversöhnung den Weg für eine allgemeine Amnestie. Dies beinhaltet eine Amnestie für die bewaffneten islamischen Militanten, welche für schwere Menschenrechtsverbrechen und Gewalthandlungen verantwortlich gemacht werden.

Aber sie gewährt keine Amnestie für diejenigen, die Massaker, Vergewaltigung und Bombenattentate begangen haben. Im September werden während der Chartakampagne Familienmitglieder von entführten Personen verprügelt und verhaftet. Im April gibt eine von der Regierung beauftragte Kommission die Beteiligung staatlicher Streitkräfte an ungesetzlichen Aktionen während des Konflikts und das Verschwinden von Zivilisten zu. Im August, nach einer neuen Angriffswelle intensiviert Bouteflika den Kampf gegen Extremisten. Die Armee setzt schwere Artillerie und Helikopter in umfangreichen Militäroperationen ein, um Rebellen aufzuspüren. Zehn Aufständische werden getötet und zwei verhaftet. Trotz des Angebots einer Amnestie für islamistische Gruppen verstärken bewaffnete Kämpfer ihre Angriffe im Oktober, dem heiligen Monat Ramadan.

Algerien (Berber)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1919
Konfliktparteien:	RCD, CIADC, FFS vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, System/ Ideologie	

Der manifeste Konflikt zwischen der ethnischen Minderheit der Berber und der algerischen Regierung besteht weiter. Die Berber werden politisch durch den Zusammenschluss der Dorf- und Stammesältesten (CIADC), die Partei der Sozialistischen Kräfte (FFS) und die Versammlungsbewegung für die Kultur und die Demokratie (RCD) repräsentiert. Die Berber fordern die Anerkennung ihrer Kultur, der Berbersprache Tamazight als Amtssprache, staatliche Unterstützung für die Opfer der Polizeieinsätze im Jahr 2001 und ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Am 16. Januar vereinbaren die algerische Regierung und die Stammesführer der Berber einen weit reichenden Friedensplan, die El-Kseur-Plattform. Im Juli ordnet der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika als Bestandteil des Friedensplans die Auflösung von lokalen Räten in berberischen Städten an. Die FFS würde dadurch lokale Sitze verlieren und droht mit friedlichen Protesten und politischen Aktionen. Die Unruhen in der Kabylei erschweren es der Regierung, hunderte von islamistischen Rebellen, welche sich in der Kabylei aufhalten, zu ergreifen [=> Algerien (Islamist groups)]. Am 29. September entscheidet ein

nationales Referendum über die Charta für Frieden und Nationale Wiederversöhnung, das allerdings von den Berbern boykottiert wird.

bhu

Ägypten (Islamische Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	verschiedene islamische Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System/ Ideologie	

Der Konflikt um die nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems zwischen verschiedenen islamischen Gruppen und der ägyptischen Regierung eskaliert vor dem Hintergrund der Reform des Wahlverfahrens und der Präsidentschaftswahl, die im September stattfindet. Im März protestieren die Muslimische Bruderschaft und weitere Oppositionelle Gruppen gegen ein Referendum für eine Reform des Wahlverfahrens. Als Reaktion darauf verhaften die Behörden April und Anfang Juni etwa 3.000 Mitglieder der protestierenden Gruppen. Dennoch nimmt die Muslimische Bruderschaft in der Präsidentschaftswahl eine neutrale Position ein. Daraufhin werden einige ihrer verhafteten Führer entlassen. Im November werden, im Zusammenhang mit der Parlamentswahl, Zusammenstöße zwischen Unterstützern der Muslimischen Bruderschaft und der Regierung berichtet. Andere islamische Gruppen verüben drei Selbstmordanschläge im April und im Juni, die auf Touristen zielten und mehr als 88 Opfer allein in Sharm el-Sheik fordern.

cha

Irak (Sarkawi-Gruppierung)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	al-Sarkawi Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System/ Ideologie	

Der gewaltsame Konflikt mit der al-Qaeda zugehörigen militanten Gruppe von Abu Musab al-Sarkawi, der versucht, ein islamisches Regime im Irak zu etablieren, begann nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Frühling 2003. Der Konflikt folgt auf einem Konflikt im Norden des Landes zwischen irakischen Kurden, welche die Gegend kontrollierten, und islamischen Gruppen wie der Ansar al-Islam, die für ein theokratisches Regime kämpften. Al-Sarkawi, ein Jordanienier palästinensischer Herkunft, der in

al-Qaeda-Ausbildungslagern in Afghanistan tätig war, weitet diesen Konflikt auf Zentralirak aus. Seine Gruppe besteht aus bis zu 500 Kämpfern, die Mehrheit von ihnen Nicht-Iraker, die nach dem Sturz der Taliban von Afghanistan aus in den Irak kamen. Die terroristischen Anschläge, die von der Sarkawi Gruppe verübt werden, zielen unter anderem auf schiitische und kurdische Politiker, irakische Regierungsmitarbeiter und US-Truppen. Irakische und US-geführte Koalitionstruppen führen mehrere militärische Offensiven in überwiegend sunnitisch muslimischen Gegenden durch, um sogenannte "strong points" zu treffen und Netzwerke zu zerstören. So sind im Oktober die Operationen "Iron Fist" und "River Gate", die auch die Wiederherstellung der Sicherheit entlang der irakisch-syrischen Grenze zum Ziel haben. Sarkawis Gruppe gilt als verantwortlich für das Einschleusen von ausländischen Kämpfern und das Einschmuggeln von Geld und Ausrüstung. In einer Serie von Bombenanschlägen in der Stadt Baguba am 7. März werden fünf irakische Soldaten und fünf weitere Menschen getötet. Am 28. September sterben acht Menschen in einem Armeerekrutierungsbüro in Talfar im Nordirak. Am nächsten Tag werden nahe der irakischen Hauptstadt Bagdad bei Selbstmordanschlägen mit Autobomben 62 Menschen getötet und weiter 68 verletzt. Am 5. Oktober sterben während eines Bombenanschlages auf die Shia Moschee in Hill südlich von Bagdad 25 Menschen. Die Bombe explodiert, während sich Gläubige am ersten Tag des islamischen heiligen Monats Ramadan versammeln. Am 18. November töten zwei Autobomben sechs Menschen und verletzen mindestens 40 weitere vor dem Innenministerium in Bagdad. ho, os

Irak (Aufständische)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien: Rebellen vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht, System/ Ideologie		

Der Konflikt zwischen der irakischen Interimsregierung und Aufständischen um nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems wird weiterhin auf einem hohen Gewaltniveau ausgetragen. Die überwiegend sunnitischen Kämpfer, inklusive der Anhänger und Mitglieder der Sicherheitskräfte des ehemalige

Irakregimes, versuchen, das Land durch die Anwendung von Guerilla-Kriegsführung und terroristischen Angriffen zu destabilisieren. Hauptziele sind Rekrutierungsbüros der neuen irakischen Sicherheitskräfte, die von den USA geführten Koalitionstruppen, welche die Regierung unterstützen, und Zivilisten. Am 28. Februar werden mindestens 114 Menschen von einer einzigen Autobombe in Hilla, südlich der irakischen Hauptstadt Bagdad, getötet. Alleine im Mai sterben insgesamt 672 Zivilisten in Folge von Autobomben, Sprengsätzen und Schießereien. Im August sprengt ein Selbstmordattentäter einen Treibstofflaster und tötet dabei 90 Menschen in Musayibb. Während einer Serie von Angriffen sterben Hunderte Menschen im September. Während des gesamten Jahres führen die irakischen Streitkräfte, zusammen mit den USA geführten Koalitionstruppen, mehrere Militäroperationen durch. Zum Jahresende nehmen die Einsätze zu, mit dem Ziel, die Bedingungen für die Wahl am 15. Dezember zu verbessern. So auch die Offensiven im November, die auch den Widerstand der al-Sarqawi Gruppen brechen sollen [=> Irak (Sarqawi Gruppierung)], zum Beispiel die Operation "Tiger" in Ramadi, an der etwa 150 irakischen und 400 Soldaten der Koalitionstruppen teilnehmen, sowie die Operation "Steel Curtain" mit etwa 1.000 irakischen und 2500 US-Truppen nahe der syrischen Grenze. Diese dauert 17 Tage, 139 Aufständische und zehn US-Soldaten kommen dabei ums Leben. ho, os

Irak (al-Sadr-Gruppe)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 2004
Konfliktparteien: al-Sadr Gruppe vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: System/ Ideologie		

Die al-Sadr Gruppe kämpft für die Etablierung eines islamischen Regierungssystems im Irak. Der radikale Shia-Kleriker Moqtada al-Sadr und die Mahdi Miliz spielt eine große Rolle im Widerstand gegen die US-geführten Koalitionstruppen und die irakische Übergangsregierung nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein gefallen war. Der Konflikt de-eskaliert nach den letztjährigen gewalttätigen Krawallen in mehreren Städten, die mit einer großen Militäroffensive mit schwerer Artillerie und Luftschlägen beantwortet wurden. Die meisten der Zusammenstöße, die sich gegen

Ende 2005 intensivieren, ereignen sich in den Shia-Außenbezirken der irakischen Hauptstadt Bagdad und im südlichen Irak nahe den Ortschaften Karbala und Najaf. Fünf Iraker werden bei Angriffen der Mahdi-Miliz am 12. August getötet. Am 24. August sterben sieben Menschen bei einem Angriff auf ein al-Sadr-Büro in Najaf. Während solche Angriffe den Machtkämpfen der verschiedenen Shia-Fraktionen zugeordnet werden können, stoßen am 25. September, das erste Mal seit mehr als einem Jahr, al-Sadr Anhänger mit US Truppen in Bagdad aufeinander. Vier Kämpfer sterben dabei. Am 20. Oktober werden mindestens zwölf Sadr-Anhänger bei Kämpfen mit Sunniten, die versuchten eine Geisel zu nehmen, getötet. Mit Blick auf die bevorstehende Wahl am 15. Dezember schließen am 28. Oktober einige politische Parteien Koalitionen. Trotz ihrer Rivalität vereinigen sich die al-Sadr-Gruppe mit dem Supreme Council für eine islamische Revolution im Irak (SCIRI) und der Daawa-Partei zu einem islamischen Koalitionsblock, genannt die Vereinte Irakische Allianz (UIA). Zuvor hatte al-Sadr gezögert, voll am politischen Prozess teilzunehmen.

Iran (Reformer - Konservative)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	iranische Reformer	Konservative vs. iranische Reformer
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System/ Ideologie	

Der Konflikt über die Machtbeschränkung zwischen der konservativen iranischen Judikative und dem religiösen Führer Ayatollah Sayed Ali Khamenei auf der einen und den Reformern um Regierungschef Sayed Mohammed Khatami auf der anderen Seite bleibt manifest. Am 28. Mai ernennen die Reformer Mostafa Moin zu ihrem Kandidaten für die anstehende Präsidentschaftswahl. Nach dem schwachen Abschneiden ihres Kandidaten im ersten Wahlgang entschließen sich die Reformkräfte bei der Stichwahl um das Präsidentenamt, Akbar Hashemi Rafsanjani zu unterstützen. Am 24. Juni gewinnt der ultra-konservative Mahmoud Ahmadinejad, ehemaliger Bürgermeister der iranischen Hauptstadt Teherans, die Stichwahl und wird neuer iranischer Präsident. Der in den 1990er Jahren verhaftete Autor Akbar Ganji wird am 18. Juli nach mehr als einem Monat des Hungerstreiks in ein Hospital eingeliefert. Er wurde zu Gefängnisstrafe

verurteilt, nachdem er iranische Führer mit einer Serie von politischen Morden in den 1990ern in Verbindung gebracht hatte. Die USA, die EU und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern seit langem die Freilassung Ganjis, was der Iran bislang ablehnt. Etwa 250 Menschen protestieren für seine Freilassung.

rd

Iran - USA

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Iran vs. USA	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System/ Ideologie	

Der Streit um die atomare Aufrüstung im Iran zwischen dem Iran und den USA bleibt auch 2005 ein manifester Konflikt. Die USA und die EU drängen Iran, auf alle Maßnahmen, die zum Bau atomarer Waffen genutzt werden können zu verzichten, inklusive der Aufbereitung von Uran. Iran weist diese Forderungen im August zurück und bekräftigt, daß sein Atomprogramm rein zivilen Zwecken diene und man nicht den Bau atomarer Waffen anstrebe. Infolgedessen werden die Verhandlungen zwischen Iran und den EU-3 (Frankreich, Großbritannien, Deutschland) ausgesetzt. Am 9. Februar betont der damalige iranische Präsident Mohammed Chatami erneut, daß Iran an seinem Atomprogramm für zivile Zwecke festhält. In seiner Rede vor der Generalversammlung der VN erklärt der neugewählte Präsident Ahmadinejad am 17. September, daß Iran ein Recht auf eigene nukleare Energie habe. Ende November trifft die IAEA zu einem erneuten Treffen zusammen um über die Überweisung des Konflikts an den Sicherheitsrat zu entscheiden. Russland bietet an, Uran für den Iran anzureichern. Neben dem Konflikt um das iranische Atomprogramm kommt es zu Beschuldigungen durch die USA gegenüber dem Iran in Bezug auf den internationalen Terrorismus.

rd

Israel (Hisbollah)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Hisbollah vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie	

Der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah geht mit gewaltsamer Stufe weiter. Hauptkonfliktgegenstand sind die Shebaa Farmen,

Teil der seit 1967 durch Israel besetzten Golanhöhen. Nach libanesischer und syrischer Auffassung ist das Gebiet libanesisch, daher sei der israelische Rückzug unvollständig. Die UN betrachten das Gebiet als syrisch, doch die syrischen und libanesischen Behörden können den Grenzverlauf zwischen ihren Staaten selbst bestimmen. Im Januar greifen israelische Flugzeuge und Artillerie mutmaßliche Stellungen der Hisbollah im Südlibanon an. Zuvor ist ein israelischer Soldat von Kämpfern der Hisbollah getötet worden. Am 15. März drängt US Präsident George W. Bush die Hisbollah, die Waffen abzugeben, wie in der UN Sicherheitsrat Resolution 1559 gefordert. Die Hisbollah weist die Aufforderung zurück. Ein solcher Schritt könne nur dann in Betracht gezogen werden, wenn Israel sich aus dem umstrittenen Gebiet zurückziehen würde. Am 11. April fliegt die Hisbollah zum zweiten Mal seit November 2004 mit einer Aufklärungsdrohne über israelisches Gebiet. Am 13. Mai greifen israelische Kampfflugzeuge Stellungen nahe der libanesischen Ortschaft Kfar Shouba im Gebiet der Shebaa Farmen an. Ende Juni kommt es zu häufigen Feuerkämpfen zwischen der israelischen Armee und Hisbollah-Kämpfern. Ein israelischer Soldat stirbt bei einem Mörserangriff. Die israelische Armee eröffnet das Feuer auf zwei Hisbollahkämpfer, die nach Nordisrael eindringen wollen. Bei dem schwersten Kämpfen seit 2.000 sterben am 21. November bei einem größeren Angriff der Hisbollah auf israelische Stellungen drei ihrer Kämpfer. Dabei werden mehrere Israelis verwundet. Am nächsten Tag bombardieren israelische Flugzeuge den Südlibanon.

hl

Israel (Palästinenser)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	Islamischer Dschihad, Hamas, al-Aqsa-Brigaden, Palästinenser vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, System/ Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Israel und der palästinensische Autonomiebehörde um die Errichtung eines eigenständigen palästinensischen Staates ist leicht deeskaliert. Ausgangspunkt für diese Entwicklung bildet die Wahl von Mahmud Abbas zum neuen palästinensischen Präsidenten und der Abzug Israels aus dem Gaza-Streifen. Am 8. Februar verkünden Palästinenserführer Abbas

und Israels Premierminister Sharon nach amerikanischer und ägyptischer Vermittlung im ägyptischen Sharm-al-Scheich eine Waffenruhe. An diese Waffenruhe fühlen sich Hamas und Islamischer Dschihad allerdings nicht formal gebunden. Am 13. Februar lässt Israel 500 Häftlinge frei, im Juni weitere 400. In Kairo verpflichten sich am 17. März militante Palästinensergruppen in einer gemeinsamen Erklärung zu einer "Ruheperiode" bis Ende 2005. Am 21. März bestätigt die israelische Regierung Pläne zum Ausbau seiner größten Siedlung im Westjordanland. Israel gibt den Plan aufgrund Kritik der USA am 2. September vorläufig auf. US Präsident George W. Bush sagt am 28. Mai Palästinenserpräsident Abbas bei einem Treffen in Washington Finanzhilfe in Höhe von 50 Millionen Dollar zu. Etwa 8.000 Siedler, die unter ca. 1,4 Millionen Palästinensern leben, müssen den seit 1967 von Israel besetzte Gaza-Streifen gegen eine Entschädigung verlassen. Im Vorfeld des Räumungstermins kommt es zu Protesten der Siedlungsgegner. Die Räumung beginnt am 15. August und ist mit der Evakuierung von vier Siedlungen im Westjordanland am 24. August abgeschlossen. Ägypten übernimmt die Grenzkontrolle zwischen seinem Land und Gaza. Am 12. September haben alle Israelischen Truppen den Gaza-Streifen verlassen. Nach einer Serie palästinensischer Raketenangriffe aus dem Gazastreifen in der Woche vom 15. Juli tötet Israel sieben Palästinenser, darunter vier Mitglieder der radikal-islamischen Hamas-Bewegung mit Hubschrauberangriffen. Bei Gefechten zwischen palästinensischen Sicherheitskräften und Radikalen der Hamas sterben zwei Menschen, 20 verletzt werden. Die palästinensischen Sicherheitskräfte haben Anweisung, Angriffe auf Israel zu unterbinden. Am 25. August sterben fünf Palästinenser bei einem Feuerwechsel mit israelischen Einheiten. Am 24. September feuern radikale Palästinenser 30 Raketen auf die israelische Stadt Sderot ab und verwunden fünf Israelis. In den folgenden Tagen beschießt die Israelische Luftwaffe wiederholt Ziele im Gaza-Streifen und tötet zwei Mitglieder der Hamas. Die Armee nimmt 400 mutmaßliche militante Palästinenser fest. Die radikale Palästinenserorganisation Hamas kündigt am 2. November an, den Waffenstillstand nach dem Tod eines ihrer militärischen Führer nicht zu verlängern. Am 25. November öffnen Israel und

Palästina die Grenze zwischen Gaza, Ägypten und Israel, nach Vermittlung durch die USA.

hl

Israel - Libanon

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Israel vs. Libanon	
Konfliktgegenstand:	Territorium, internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon über Territorium und den Grenzübergang besteht weiter. Israel besetzte die Gebiete der Sheeba-Farmen im Libanon während des Arabisch-Israelischen Krieges 1967. Libanon fordert den Rückzug der Israelischen Truppen. Die israelische Armee greift wiederholt Stellungen der Hisbollah [=> Israel (Hisbollah)] mit Kampfflugzeugen auf libanesischem Hoheitsgebiet an und untergräbt somit die libanesishe Souveränität. Am 23. September teilt UN-Generalsekretär Kofi Annan dem israelischen Premier Minister Ariel Sharon mit, daß eine UN-Resolution in Bezug auf den Konflikt unumgänglich ist.

sus

Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/ Ideologie	

Die ernste Krise zwischen der nationalen Regierung und der Bewegung Gläubiger Jugendlicher (al-Shabab al-Mu'men) über die Ausrichtung des politischen Systems im Jemen bleibt akut. Ende März sind yemenitische Sicherheitskräfte und Anhänger der Bewegung Gläubiger Jugendlicher in zwei Tage andauernde Kämpfe verwickelt, bei denen schwere Artillerie eingesetzt wird und 33 Menschen sterben. Sicherheitskreise beschuldigen Badr al-Din al-Houthi, den Vater des ehemaligen Führers der Bewegung Gläubiger Jugendlicher Hussein al-Houthi, die Aufstände anzuführen und die Rolle seines im September 2004 getöteten Sohnes übernommen zu haben. Nach fehlgeschlagenen Verhandlungen eskaliert die Situation Anfang April erneut und es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, die mindestens 70 Tote auf Seiten der Rebellen fordert. Schätzungen gehen von 100 bis 700 Toten während des gesamten Jahres

aus. Im Mai akzeptiert al-Houthi das Ende der Kämpfe und bittet um Amnestie, die der Präsident Jemens, Ali Abdallah Saleh, ihm am 25. September gewährt. Saleh begnadigt außerdem einige hundert inhaftierte Anhänger der Bewegung Gläubiger Jugendlicher. Bis Oktober entließ die Regierung 404 Häftlinge.

rd

Libanon (Religiöse Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die politische Macht zwischen verschiedenen religiösen Gruppen und der Regierung im Libanon besteht fort. Besonders die christlichen Maroniten fordern ein Ende des politischen Einflusses Syriens und den Rückzug aller syrischen Streitkräfte, die seit 1976 im Norden präsent sind [=> Syrien - Libanon]. Der ehemalige libanesischen Premierministers Rafik Hariri stirbt am 14. Februar bei einem Mordanschlag. Bei der Bombenexplosion werden 20 weitere Menschen getötet. Hariri war im November 2004 aus Protest an einer durch Syrien unterstützen Ausweitung der Macht des libanesischen Präsidenten Emile Lahoud zurückgetreten. Im Oktober veröffentlicht eine UN-Untersuchungskommission die Einschätzung, daß eine Beteiligung von libanesischen und syrischen Staatsbediensteten an Hariris Mord möglich sei. Syrien bestreitet jegliche Beteiligung und erlaubt am 25. November der Untersuchungskommission, seine Staatsbediensteten zum Mord zu befragen. Eine Serie von Bombenanschlägen in hauptsächlich christlichen Gebieten und gegen bekannte anti-syrische Personen hält das ganze Jahr über an. Im März verletzt eine Autobombe elf Menschen in einem christlichen Vorort der libanesischen Hauptstadt Beirut. Eine Bombe in einem Einkaufszentrum im Norden von Beirut tötet drei Menschen. Drei Tage später explodiert eine weitere Bombe in einem christlichen Viertel von Beirut und verletzt sechs Menschen. Am 8. Mai findet eine Massendemonstration in der Hauptstadt zur Feier der Rückkehr von Michel Aoun aus dem Exil statt. Die Parlamentswahlen im Mai bringen einen Sieg für die anti-syrische Koalition, die Rafik-Hariri-Märtyrer-Liste, eine Koalition der Saad Hariris

Zukunftsbewegung, der Progressiven Sozialisten Partei und der Qornet Shehwan Versammlung.

es

Libyen - USA

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1964
 Konfliktparteien: Libyen vs. USA
 Konfliktgegenstand: System/ Ideologie

Der Konflikt zwischen Libyen und den USA, der sich in den vergangenen Jahren hauptsächlich um Rüstungskontrolle gedreht hatte, wird nun über die Demokratisierung und die Einhaltung von Menschenrechten in Libyen geführt. Seit Dezember 2004 werden gegenseitige diplomatische Vertretungen in der US Hauptstadt Washington D.C. und der libyschen Hauptstadt Tripolis eröffnet. Am 23. März bekräftigt der libysche Führer Muammar Gaddafi, fünf bulgarische Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt nicht zu begnadigen. Ihnen droht die Todesstrafe für die angebliche Infizierung von 426 Kindern mit dem HIV Virus. Die Krankenschwestern und der Arzt bestehen auf ihrer Unschuld. Die USA, die EU und die UN fechten die Urteile an und unterstützen die bulgarischen Versuche die Krankenschwestern zu befreien. Gaddafi verlangt eine Entschädigung in gleicher Höhe der libyschen Zahlungen für die Familien der Opfer des Bombenanschlags in Lockerbie 1988. Am 3. August schlagen die USA vor, sie könnten volle diplomatische Beziehungen mit Libyen wiederherstellen, wenn Libyen die Demokratie- und Menschenrechtsforderungen erfüllt. Am 15. November schiebt das höchste libysche Gericht die Todesstrafe für die Krankenschwestern und den Arzt bis 31. Januar 2006 auf.

sus

Mauretanien (Putschisten)

Intensität: 3 Änderung: ↗ Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Military Council for Justice vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Das Regime des mauretanischen Staatspräsidenten Maaouiya Ould Taya wird - zwei Jahre nach einem ersten Putschversuch in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott - gestürzt. Während eines Staatsbesuch Tayas in Saudi Arabien übernimmt eine Gruppe der Republikanischen Garde, die sich selbst Militärischer Rat für Gerechtigkeit nennt, die Macht. Es wird von Schüssen in der Umgebung

des Präsidentenpalastes berichtet. Der Militärische Rat für Gerechtigkeit erklärt das Ende einer totalitären Herrschaft und den Anfang einer transparenten und demokratischen Regierung. Politische Gefangene des ehemaligen Regimes werden freigelassen.

os

Marokko (Westsahara)

Intensität: 3 Änderung: ↗ Beginn: 1975
 Konfliktparteien: POLISARIO Front vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen der marokkanischen Regierung und der POLISARIO Front, die für eine souveräne Westsahara kämpft, eskaliert. Der UN-Sicherheitsrat verlängert die UN-Mission MINURSO bis zum 31. Oktober. Am 5. Juni verletzen Sicherheitskräfte 30 Anhänger der POLISARIO und nehmen 20 Personen bei Demonstrationen für Unabhängigkeit in Aauin fest. Zwölf von ihnen werden am 13. Juli zu bis zu achtjährigen Haftstrafen verurteilt. Unter Vermittlung des Roten Kreuzes und der USA entlässt die POLISARIO am 19. August die letzten 404 marokkanischen Gefangenen. Aus Anlass des 30-jährigen Jahrestages der Besetzung der Westsahara gewährt der marokkanische König Mohammed VI am 7. November eine teilweise Autonomie. Diese wird von der POLISARIO mit der Forderung nach einem Referendum über die Unabhängigkeit abgelehnt. Im November setzen Anhänger der POLISARIO ihre Straßenproteste in Laayoune fort.

gs

Saudi-Arabien (Islamisten)

Intensität: 3 Änderung: • Beginn: 1990
 Konfliktparteien: Islamisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Konflikt um nationale Macht zwischen Islamisten und dem saudischen Königshaus hält unvermindert an. Nach Angriffen auf westliche Ausländer im letzten Jahr wird der Konflikt nun hauptsächlich zwischen saudischen Sicherheitskräften und den Islamisten, die mit al-Qaeda in Verbindung stehen sollen, ausgetragen. Ihr Ziel ist die Destabilisierung der saudischen Monarchie und der Abzug aller US-Truppen. Am 6. Dezember 2004 sterben acht Menschen bei einem Angriff auf das US Konsulat in der Stadt

Jeddah. Ende Dezember töten saudische Sicherheitskräfte zehn mutmaßliche militante Islamisten bei einer Reihe von Überfällen und Anschlägen in der Hauptstadt Riad. Bei einem Angriff auf das Innenministerium stirbt einer der meist gesuchten Islamisten, Abdullah Saud al-Sebaie. Am 6. April, nach einem drei Tage andauernden Kampf, stürmen saudische Sicherheitskräfte ein Haus und töten zehn militante Kämpfer, mehr als 50 Sicherheitskräfte werden verletzt. Ende Juni veröffentlicht die Regierung eine neue Liste mit 36 gesuchten militanten Islamisten. Am 3. Juli töten Sicherheitskräfte den meist gesuchten Mann des Landes, al-Qaeda Chef Younis Mohammed Ibrahim al-Hayyari. Im selben Monat werden acht verdächtige Islamisten verhaftet. Am 18. August stirbt der mutmaßliche Anführer der al-Qaeda in Saudi Arabien, Saleh Awfi, während eines Polizeieinsatzes. hl

Syrien - Israel

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1967
 Konfliktparteien: Syrien vs. Israel
 Konfliktgegenstand: Territorium, System/ Ideologie

Die umstrittenen Golanhöhen, die Israel seit 1967 besetzt hält, sind nach wie vor Gegenstand eines manifesten Konfliktes zwischen Israel und Syrien [=> Israel (Hisbollah)]. Am 25. November 2004 drängt Israels Präsident Mosche Katsav seine Regierung, das syrische Angebot erneuter Friedensverhandlungen anzunehmen. Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon kündigt an, es werde keine Verhandlungen geben, solange palästinensische militante Gruppen von syrischem Gebiet aus operierten. Am 26. Februar sterben bei einem Selbstmordbombenanschlag in der israelischen Hauptstadt Tel Aviv fünf Menschen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten werden belastet, als Israel Syrien beschuldigt, in diesem Anschlag verwickelt zu sein. Syrien streitet diese Anschuldigung ab. Am 14. April nimmt die israelische Armee einen Palästinenser bei dem Versuch die Golanhöhen nach Israel zu überqueren, fest. hl

Syrien - Libanon

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 1976
 Konfliktparteien: Syrien vs. Libanon
 Konfliktgegenstand: Internationale Macht

Vor der Hintergrund des Konflikts zwischen verschiedenen religiösen Gruppen im Libanon stirbt der ehemalige libanesischen Premierministers Rafik Hariri am 14. Februar [=> Libanon (religiöse Gruppen)]. Daraufhin protestieren einige tausend Libanesen und beschuldigen Syrien für die Ermordung verantwortlich zu sein. Zusätzlich übt die internationale Gemeinschaft zusätzlich Druck auf die syrische Regierung aus und fordert den Rückzug syrischer Truppen und des syrischen Geheimdienstes aus dem Libanon [=> Syrien - USA]. Syrische Truppen waren 1976, kurz nach dem Ausbruch des 15-jährigen Bürgerkriegs, in den Libanon einmarschiert um die verschiedenen kriegführenden libanesischen Gruppierungen zu trennen. Anfang März gibt Syrien einen Zeitplan für den Abzug seiner Truppen und des Geheimdienstes bekannt. Nachdem Syrien am 17. März die erste Phase des Abzugs abgeschlossen hat, äußert der Generalsekretär der UN, Kofi Annan, daß er einen vollständigen Truppenabzug noch vor den Wahlen im Mai erwartet. Die UN unterstellen, daß alle syrischen Truppen am 23. Mai aus dem Libanon abgezogen sind, aber sie bezweifeln, daß alle syrischen Geheimdienstmitarbeiter den Libanon verlassen haben. ho

Syrien - USA

Intensität: 2 Änderung: • Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Syrien vs. USA
 Konfliktgegenstand: Internationale Macht, System/ Ideologie

Der andauernde Konflikt zwischen USA und Syrien zur Aufrüstung und Syriens Einfluss im Libanon bleibt bestehen. Im Januar droht die US-Außenministerin Condoleezza Rice Syrien neue Sanktionen an, aufgrund angeblicher Verbindung zu Terroristen im Libanon und Irak. Infolge der Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri am 14. Februar wird Syrien zusätzlich international unter gesetzt Druck [=> Libanon (religiöse Gruppen)]. Die USA ziehen ihren Botschafter aus der syrischen Hauptstadt Damaskus ab. Die von den USA im

letzten Jahr verhängten Sanktionen werden am 6. Mai verlängert. Als Reaktion darauf beendet Syrien die militärische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit den USA. US-Präsident George W. Bush verstärkt den Druck auf Syrien und spricht von der Anwendung von Gewalt als "letztes Mittel", in Bezug auf die Rolle Syriens in der Ermordung Hariris. Daraufhin ist Syrien bereit vollständig mit der UN zusammenarbeiten.

hl

Türkei (Kurden)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	PKK/KONGRA-GEL vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im kurdischen Kampf für mehr Autonomie in der Türkei sterben mehr als 100 Menschen bei Angriffen und Kämpfen zwischen Anhängern der Kurdischen Arbeiter Partei/ Kurdischer Volkskongress (PKK/Kongra-Gel) und türkischen Sicherheitskräften. Am 15. April werden dabei 21 kurdische Kämpfer in Kämpfen in der Siirt Provinz getötet. Am Ende des Monats stirbt ein Polizist während eines Bombenanschlags in der Stadt Kusadasi. Neun kurdische Aktivisten sterben am 14. Mai östlich von Tunceli. Mitte Juli verüben kurdische Aktivisten Anschläge auf Touristenzentren an der türkischen Mittelmeerküste und töten mehrere Personen. Am 19. August verkünden PKK/KONGRA-GEL einem einmonatigen Waffenstillstand. Vorangegangen ist eine Rede des türkischen Premier Ministers Tayyip Erdogan, in welcher er die Situation in Südost Anatolien als ein politisches Problem einstuft, das durch mehr Demokratie beigelegt werden muß. Ein Anschlag auf einen PKK/ KONGRA-GEL-Sympathisanten in der Kleinstadt Semdinli löst am 2. November nahe der iraktischen Grenze gewalttätige Proteste aus. Die Demonstranten beschuldigen den türkischen Geheimdienst für den Anschlag verantwortlich zu sein.

aj

Datenbank KOSIMO 2.0

Das HIIK erfasst in seiner Datenbank Kosimo Informationen zu politischen Konflikten ab 1945. Seit 2003 führt es ein relationales Datenbanksystem, das den Datensatz von Kosimo 1 vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert hat. Derzeit enthält Kosimo 2 Informationen zu weit mehr als 500 Konflikten in über 2.500 Teilphasen. Die neue Konzeption ermöglicht die detaillierte Darstellung des Konfliktverlaufs in gewaltsamen und nichtgewaltsamen Phasen anhand der systematischen Erfassung der Einzelmaßnahmen des Konfliktaustrags. Die Datenbank enthält zudem umfangreiche Angaben zur Struktur staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die in Jahreszeitreihen erfasst sind.

finanziert von



realisiert von

DYMATRIX
CONSULTING GROUP

gesponsert durch



Weitere Informationen unter www.hiik.de

Impressum

Herausgeber:

HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG

an dem Institut für Politische Wissenschaften, Universität Heidelberg, Marstallstrasse 6, D-69117 Heidelberg

Autoren (Heads der Regionalgruppen sind kursiv):

EUROPA: *Janine Conrad (jc)*, *Katja Wezel (kw)*, Stefan Dobler (sd), Anja Geyer (ag), Alan Götz (aog), Alexander Jossifidis (aj), Lukasz Kowalczyk (luk), Sophie Kraume (sk), Anne Lübbers (al), Alexander Pinz (ap), Velina Rudarska (vl), Tobias Schäfer (ts), Kai Stenull (ks), Matthias Trefs (mt), Tobias Würtz (tw)

AFRIKA: *Peer Böhrnsen (pb)*, *Heidrun Lotta Mayer (hlm)*, *Rüdiger Schwarz (rs)*, Christian Baukhage (cb), Daniel Cubelic (dc), David Epp (de), Tobias Etzkorn (te), Moritz Gentsch (mg), Laura Hauke (lh), Melina Heinrich (mh), Anette Kappler (kaa), Thierry Kühn (tk), Florian Lux (fl), Benjamin Rebenich (br), Miriam Speh (ms), Sonja Schwalb (ssw), Arlo Schweizer (as), Benjamin Werner (bw)

DIE AMERIKAS: *Claudia Günther (cg)*, *Friedemann J. Schirrmeister (fs)*, Laura Bastine (lb), Eva Gutjahr (eg), Johannes Heckmann (jh), Jens Hofmann (jjh), Michael Kirchmayer (mk), Julia Leininger (jl), Simon Müller (snm), Nikolas Schwank (nis), Raphael Turn (rt), Miguel A. Zamorano (mz)

ASIEN UND OZEANIEN: *Yolanda Fernandez (yf)*, *Christoph Trinn (ct)*, Sandra Bärnreuther (sbr), Bernhard Bildstein (bb), Simon Andreas Cubelic (sas), Jan Deuter (jd), Julienne Ernst (je), David Akrami Flores (daf), Michaela Hamberger (mih), Stephan Giersdorf (sg), Constantin Groll (cbr), Pascal Sadaune (ps), René Schultens (res)

MITTLERER OSTEN UND MAGHREB: *Holger Oswald (ho)*, *Suat Selcuk (sus)*, Christian Arnold (cha), Ruben Dieckhoff (rd), Tina Hennecken (th), Britta Huss (bhu), Alexander Jossifidis (aj), Hendrick Lehmann (hl), Gerrit Schlomach (gs), Eric Sangar (es), Omar Sharaf (os)

REDAKTIONSTEAM: Peer Böhrnsen, Janine Conrad, Yolanda Fernandez, Claudia Günther, Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer, Holger Oswald, Suat Selcuk, Friedemann J. Schirrmeister, Rüdiger Schwarz, Katja Wezel

DATENBANK UND STATISTISCHE ANALYSEN: Julian Albert, Lars Scheithauer, Nicolas Schwank

LAYOUT: Julian Albert, Lars Scheithauer

KONZEPTUALISIERUNG: Pamela Jawad, Nicolas Schwank

VERÖFFENTLICHUNGSLEITUNG: Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE
KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**

am Insitut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstrasse 6
69117 Heidelberg
Germany
E-Mail: info@hiik.de**

**Phone: +49(0)6221 - 54 31 98
Fax: +49(0)6221 - 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

10.00 Euro